

20. DGB-Bundeskongress

5. Tag – Donnerstag, 15. Mai 2014

(Eröffnungsfilm)

(Beginn des 5. Kongresstages: 9.04 Uhr)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Ein herzliches Glückauf, Kolleginnen und Kollegen! Zum 5. Kongresstag unseres 20. Parlamentes der Arbeit begrüße ich Euch herzlich mit dem Bergmannsgruß „Glückauf!“

Kolleginnen und Kollegen, im Bergwerk Soma sind bislang 274 Tote zu beklagen, etwa 150 Bergleute werden noch vermisst. Wir haben gestern Aktuelles gehört.

Jedes Unfallopfer hinterlässt eine trauernde Familie, Ehepartner und Kinder. Die Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie hat sich spontan entschlossen, ein Solidaritätskonto einzurichten. Dieses wollen wir nach dem Vorbild unserer August-Schmidt-Stiftung gezielt insbesondere für die Kinder der Hinterbliebenen. In enger Zusammenarbeit mit der zuständigen türkischen Bergbaugewerkschaft Maden IS werden wir in geeigneter Form Maßnahmen zur Überwindung des Traumas und zur Ausbildung von Kindern und Jugendlichen unterstützen. (Beifall)

Darüber hinaus wollen wir mit Kooperationsmaßnahmen die türkische Gewerkschaft darin unterstützen, Unglücke und Unfälle, die durch Verletzung von Sicherheitsvorschriften durch unterlassene Investitionen in Sicherheitstechnik verursacht werden, zu vermeiden. Kolleginnen und Kollegen, so etwas passiert eben nicht. Die Steinköhler, die Braunköhler und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Salz und wir alle aus der Industrie wissen sehr wohl um die Notwendigkeit und die Unterstützung beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir wollen die türkische Gewerkschaft auch darin unterstützen, Einfluss auf Unternehmensleitungen und Aufsichtsbehörden zu nehmen.

Der Hauptvorstand der IG BCE hat gestern beschlossen, das Konto mit einem Anfangsgeld von 25.000 Euro zu füllen. (Beifall) Spontan hat sich die RAG, also die ehemalige Deutsche Steinkohle, angeschlossen und hat gesagt, sie verdoppele diesen Betrag von 25.000 Euro erst einmal. Tolle spontane Aktion! Vielen Dank an die RAG. (Beifall)

Wir werden hier im Laufe des Tages das Solidaritätskonto einblenden und bitten die Mitgliedsgewerkschaften des DGB und die Delegierten dieses 20. Parlamentes der Arbeit, diese Summe durch eigene Spenden zu erhöhen. Dazu seid Ihr aufgefordert. Vielen Dank erst einmal für die solidarische Unterstützung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall – Zuruf: Saalsammlung!)

Lasst uns das miteinander bereden. Wir werden uns dann entsprechend äußern und Euch kundgeben, wenn wir das Konto haben; dann werden wir das miteinander abstimmen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute gilt es, den Tag mit Antragsberatungen zu verbringen. Uns liegen noch eine Menge Anträge vor, über die wir befinden müssen. Zunächst einmal werden wir noch ein Grußwort entgegennehmen. Wir hatten gestern drei Grußworte aus den politischen Parteien. Eine Partei fehlte noch. Heute Morgen ist bei uns der neue Vorsitzende der Partei Die Linke, also einer der beiden aus der Doppelspitze. Herr Kollege Bernd Riexinger, herzlich willkommen und herzlichen Glückwunsch zur Wahl vor fünf Tagen! Bernd, Du hast das Wort. (Beifall)

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, wie schwierig es am 5. Kongresstag ist, noch einmal eine Rede anzuhören. Aber ich freue mich sehr darüber, dass ich die Gelegenheit habe, zu Euch zu sprechen.

Ich habe bewusst „liebe Kolleginnen und Kollegen“ gesagt. Nachdem ich 40 Jahre ehren- und hauptamtlich bei Gewerkschaften gearbeitet habe, bin ich bei den Linken anfangs immer aufgetreten und habe die Leute mit „liebe Kolleginnen und Kollegen“ begrüßt. Heute dagegen hatte ich ein wenig Angst, ob ich Euch mit „liebe Genossinnen und Genossen“ begrüßen würde. Aber ich habe es richtig gemacht.

Natürlich möchte ich zuallererst Reiner Hoffmann zu seiner Wahl zum neuen DGB-Vorsitzenden gratulieren. Ich habe mich sehr über das Ergebnis gefreut.

Du hast einiges vor Dir: ehrgeizige Ziele, Kampf für einheitliche Spielregeln für einen europäischen Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik, eindeutige Positionierung für die Regulierung der Finanzmärkte, mehr Steuergerechtigkeit und Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Das ist nur einiges von dem, was ich in den letzten Tagen gehört habe. Für diese Ziele, die bevorstehende Arbeit und die anstehenden Auseinandersetzungen wünsche ich Dir eine glückliche Hand und viel Erfolg. (Beifall)

Ich möchte mich auch ganz herzlich bei Michael Sommer bedanken, den ich auch noch aus meiner Zeit als Geschäftsführer bei ver.di kenne. Er war zwölf Jahre an der Spitze des DGB, in Zeiten, in denen die Politik, freundlich formuliert, nicht gerade die Interessen der Beschäftigten wahrgenommen hat. Das ist eine lange Zeit, und manchmal ging das auch an die Grenzen der Belastbarkeit.

Für die Zukunft wünsche ich ihm mehr Zeit für die Familie und die schönen Dinge des Lebens. Ich bedanke mich bei ihm ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt für die Gewerkschaften einiges zu tun. Gerade in dieser Woche hat die OECD Deutschland wieder einmal bescheinigt, wie dringend dies notwendig ist. Der Aufschwung geht an den sozial Schwächsten vorbei. Zu diesem Ergebnis kommt die Industriestaatenorganisation OECD. Das relativ hohe Armutsrisiko und die Einkommensungleichheit sind in den letzten Jahren weitgehend unverändert geblieben.

Weiter heißt es in dem Bericht, die Arbeitslosigkeit sei zwar niedrig, problematisch seien jedoch der stark gewachsene Niedriglohnsektor und der hohe Anteil befristeter Beschäftigter, vor allem Minijobber, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose.

Zudem verfügten 37 Prozent aller Haushalte über keinerlei Vermögen. Dieser Anteil sei im internationalen Vergleich sehr hoch. Rund 25 Prozent der Beschäftigten und ein Drittel der Bevölkerung sind von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt und in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse abgeschoben. Vieles spricht im Übrigen dafür, dass dies Ausdruck des vorherrschenden Produktionsmodells und der daran anknüpfenden Organisation ist. Längst hat sich die prekäre Arbeit vom konjunkturellen Auf und Ab gelöst und verfestigt sich in der Gesellschaft, dehnt sich aus wie ein Krebsgeschwür.

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne sachlichen Grund hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt und wird für junge Leute nach der Ausbildung inzwischen zur Regel, ebenso wie für Neueinstellungen. Selbst im öffentlichen Dienst ist prekäre Beschäftigung in viele Bereiche eingekehrt, insbesondere durch Outsourcing oder auch befristete Arbeitsverträge in den Universitäten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser finanzgetriebene Kapitalismus ist längst nicht mehr in der Lage, seine Wohlfahrtsversprechungen für Millionen Menschen einzulösen. Während ein kleiner Teil der Gesellschaft seine überschäumenden Gewinne und Vermögen in Luxuswohnungen der Weltstädte anlegt und mit der Größe seiner Yachten prahlt, wissen Millionen von Menschen in Werkverträgen, in Leiharbeit, in Mini- und Midijobs oder Zeitarbeitsverträgen, im Niedriglohnbereich oder als Soloselbstständige nicht, ob sie im nächsten Monat noch Beschäftigung haben, wie sie die Miete und Energiekosten bezahlen sollen und wie sie mit ihrem bescheidenen Lohn überhaupt über die Runden kommen. Während die Politiker der Großen Koalition vom „Arbeitsplatzwunder“ in Deutschland schwärmen, fragen sich doch ein bis zwei Millionen Langzeitarbeitslose, warum dieses Wunder so beharrlich an ihnen vorbeigeht. Leider ist die Große Koalition weder willens noch fähig, dieses Problem wirklich zu lösen. Ich sage es einmal deutlich: Was sie an Regulierung versucht, ist doch irgendwie, als wollte man ein Raubtier durch sanftes Zureden zähmen. Es gibt noch nicht einmal die Garantie auf einen flächendeckenden Mindestlohn, der existenzsichernd für alle ist. Wo gibt es denn eine einzige plausible Begründung, dass Jugendliche unter 18 Jahren, die die gleiche Arbeit verrichten wie junge Erwachsene über 18 Jahren, vom Mindestlohn ausgenommen werden? Für uns muss es doch heißen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. (Beifall)

Besonders skandalös für mich ist die Ausnahme bei den Langzeitarbeitslosen. Das ärgert mich unsäglich, dazu noch in Firmen, die nicht tarifgebunden sind. Das ärgert doppelt, denn es wird wieder einmal so getan, als gäbe es einen Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe und der Höhe der Arbeitslosigkeit. Auch die Gewerkschaften haben diesen Zusammenhang immer bestritten. Hohe Löhne führen eben nicht zu mehr Arbeitslosigkeit. (Beifall) Es darf doch nicht wahr sein, dass Arbeitslose schon wieder deklassiert werden, obwohl sie doch diejenigen sind, die immer an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und jetzt nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn wert sein sollen. Ich finde, das ist unerhört. (Vereinzelt Beifall)

Ich bleibe auch dabei: Ich weiß, dass die Gewerkschaften 8,50 Euro fordern. Die Linke fordert 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn. Ich weiß auch, dass 8,50 Euro ein Fortschritt sind, dass es ihn überhaupt geben soll. Wir müssen aber ein bisschen beachten: Wenn er dann zum ersten Mal flächendeckend 2017 eingeführt wird, ist er nicht einmal mehr 8 Euro wert. Ich sage auch noch einmal: Bei unseren 10 Euro haben wir trotzdem das Problem der Altersarmut. 8,50 Euro, wenn es dabei bleibt, führen definitiv in die Altersarmut. Auch bei 10 Euro müssen die Menschen 45 Jahre am Stück in Vollzeit arbeiten, um bei der Rente gerade einmal etwas über der gesetzlichen Grundsicherung von 688 Euro zu bekommen. Deshalb bleibe ich dabei: 10 Euro sind eigentlich die unterste Grenze. Ich begrüße es auch sehr, dass einige Gewerkschaften das inzwischen auch fordern und öffentlich gesagt haben: Wir brauchen Löhne, die den Menschen auch eine auskömmliche Rente garantieren und die sie nicht in die Altersarmut führen. (Beifall)

Trotzdem ist der gesetzliche Mindestlohn ein Signal, dass sich gewerkschaftlicher Druck lohnt. Niemand kann doch ernsthaft glauben, dass eine CDU-Kanzlerin einem gesetzlichen Mindestlohn zugestimmt hätte, wenn sich die Gewerkschaften – ich sage jetzt ganz bewusst: auch die Linke – in den letzten Jahren dafür nicht ganz stark gemacht hätten und massiven gesellschaftlichen Druck aufgebaut hätten. Der Mindestlohn ist meines Erachtens nicht primär Ergebnis erfolgreicher Koalitionsverhandlungen, sondern eines gesellschaftlichen Stimmungswandels. Daran gilt es anzuknüpfen, andere Positionen zur Regulierung der Arbeit ähnlich breit zu machen. Wir werden das im Rahmen unserer Möglichkeit unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es gesagt, die prekäre Arbeit verfestigt sich. Der Stuttgarter Krimi-Autor Wolfgang Schorlau hat gerade einen neuen Krimi geschrieben, der die Verhältnisse in deutschen Schlachthäusern zeigt: Werkverträger, die über Vermittlerfirmen aus verarmten europäischen Ländern angeworben wurden. In diesem Krimi lässt er den Schlachtereikonzernbesitzer Carsten Osterhannes Folgendes sagen: „Ohne die Werkverträge müssten wir Tariflöhne bezahlen. Mir schaudert bei dem Gedanken. Durch die Werkverträge haben wir ein Niedriglohnparadies in Deutschland geschaffen. Das ist unsere Basis, um den europäischen Markt aufzurollen. Mitten in Deutschland, im schönen Oldenburger Land, rund um das idyllische Münster mit den schönen Boutiquen, im Herzland des Katholizismus, haben wir es geschafft, ein Lohnniveau zu schaffen wie in den Karpaten.“ Man fühlt sich hier an die Schilderungen der unmenschlichen Zustände in den Schlachthöfen von Chicago Anfang des 20. Jahrhunderts erinnert. So wie dort das Fließband erfunden wurde – viele wissen nicht: es wurde nicht bei Ford erfunden, sondern in den Schlachtereien in Chicago und dann von Ford übernommen –, hat man heute das Gefühl, dass die Werkvertragsstruktur der Schlachthöfe inzwischen auch in die industriellen Kerne und in die anderen Bereiche der Gesellschaft einzieht.

Das herrschende Produktionsmodell – so hat man das Gefühl – sieht doch so aus: Auf der einen Seite immer mehr überlastete Kernbelegschaften, die unter Dauerstress stehen. Der Stress am Arbeitsplatz nimmt dauernd zu. Im neuesten DGB-Index „Gute Arbeit“ geben 56 Prozent der Befragten an, häufig oder sehr häufig gehetzt zu arbeiten. 17 Prozent arbeiten sehr oft oder häufig außerhalb der bezahlten Arbeitszeit. Auf der anderen Seite rackern prekäre Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Beschäftigte in Werkverträgen und Befristungen, die übrigens auch dauernd in Stress und Existenzsorgen leben. Diese Arbeitsformen dienen doch der Lohndrückerei, und sie verstärken die Ausbeutung. Wir als Gewerkschafter – das sage ich bewusst: wir als Gewerkschafter – dürfen uns niemals mit einem System arrangieren, das Millionen von Menschen von der gleichberechtigten Teilhabe ausschließt. (Beifall)

Wir dürfen nicht akzeptieren, dass in einer der reichsten Gesellschaften der Erde Menschen in unsicheren, ja zum Teil rechtlosen Verhältnissen arbeiten und leben müssen. Und wir müssen allen Menschen begreiflich machen, dass Prekarisierung nicht eine kleine Gruppe von Abgehängten oder Ausgeschlossenen betrifft, sondern nahezu alle Menschen. Die Prekarisierung ist im Übrigen auch eine Bedrohung für die Gewerkschaften. Ich weiß, wovon ich rede. Ich weiß, wie schwierig es ist, Befristete zum Streik aufzurufen. Das ist fast unmöglich. Es schwächt die Gewerkschaften, wenn die Arbeitsverhältnisse immer mehr prekarisiert werden.

Deshalb brauchen wir eine Alternative zu diesem Produktionsmodell. Wir brauchen drei strategische Orientierungen: Erstens den Kampf gegen die Prekarisierung der Arbeit, zweitens den Kampf für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um damit Spielräume zu schaffen für den Ausbau des öffentlichen Sicherungssystems und der sozialen Sicherheitssysteme und drittens auch die Prekarisierung der Lebensverhältnisse zu bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür wäre mindestens folgendes Programm notwendig: Schluss mit Werkverträgen und Leiharbeit. Sie führen zu Tarifdumping und Rechtlosigkeit. (Beifall) Schluss mit Tarifflucht durch Outsourcing der Beschäftigten. Es muss wieder die Regel werden, dass Beschäftigte unter Tarifverträge fallen; das darf nicht zur Ausnahme verkommen. (Beifall)

Ich habe es gesagt: Die Zahl der sachgrundlosen Befristungen hat sich in wenigen Jahren auf 1,3 Millionen Menschen verdreifacht. Fast jede zweite Neueinstellung wird befristet. Das ist doch jämmerlich und unsozial. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass jahrelange Probezeit, Willkür und Unsicherheit die Beschäftigten zwingen, sich anzupassen und unterzuordnen. Wer kann denn streiken? Ich habe H&M und andere Betriebe in den Streik geführt, wo 30 bis 40 Prozent der Beschäftigten befristet beschäftigt sind. Da musst Du lange Wochen streiken, um irgendeinen Erfolg zu erzielen. Das kann man mit anderen Strukturen gar nicht vergleichen.

Deshalb sagen wir: Wir müssen Schluss machen mit den sachgrundlosen Befristungen. Es muss wieder normal sein, dass Menschen einen unbefristeten Arbeitsplatz bekommen. (Beifall)

Ich sage es auch deutlich: Die unsäglichen Mini- und Midijobs müssen der Vergangenheit angehören. Es ist doch ein Anachronismus, dass im 21. Jahrhundert Millionen Menschen in Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen, von denen sie nicht leben können und die später im Alter zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig einbringen. Das sind doch halbfeudale Zustände und keine in einer zivilisierten Gesellschaft. Deshalb müssen wir endlich dafür sorgen, dass es ab dem ersten Tag nur sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gibt. (Beifall)

Immer mehr Menschen sind übrigens auch in unfreiwillige Teilzeitarbeit abgedrängt und unterbeschäftigt. Vier Millionen Menschen sind erwerbslos, während gleichzeitig Millionen Beschäftigte unter Dauerstress, Überforderung und Entgrenzung der Arbeit leiden. Ich glaube, wir müssen wieder neu definieren, was normal ist und was ein Normalarbeitsverhältnis ist.

Wenn wir auf der einen Seite strukturelle Unterbeschäftigung haben und auf der anderen Seite strukturelle Überbeschäftigung, dann sollten auch die Gewerkschaften das Thema Arbeitszeitverkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit wieder auf die Tagesordnung der gesellschaftlichen Diskussion setzen. (Beifall) Ich habe es als Gewerkschafter immer bedauert, dass dieses Zukunftsprojekt eingeschlafen ist.

Dazu gehört für mich, dass wir neu definieren, was normal ist. Normal muss es werden, dass alle Arbeit haben, von der sie leben können. Normal muss es werden, dass leben und arbeiten, Kinder erziehen und Partnerschaften pflegen zusammengehören. Die Arbeitszeit muss den unterschiedlichen Lebenslagen Rechnung tragen und die größtmögliche Selbstbestimmung ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist doch klar: Den Lohnausgleich haben wir durch die Reallohnverluste der vergangenen Jahrzehnte längst bezahlt. Ich weiß, wie schwierig das Arbeitszeitverkürzungsthema ist. Deswegen kriegt man da nicht so viel Beifall. Man hat mit anderen Problemen zu kämpfen. Ich glaube aber, wir können dieses Auseinanderdriften der Gesellschaft nicht auf Dauer akzeptieren, wenn wir uns als Gewerkschafter nicht selber schwächen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bezeichnend für den Zustand unserer Gesellschaft und der veröffentlichten Meinung, dass es bei den Rentenreformen von Frau Nahles hörbar Kritik hauptsächlich von den Kapitalverbänden gibt, wo wir doch auch allen Grund hätten, Kritik zu üben, weil die wichtigen existenziellen Fragen der Renten nicht angepackt werden. Selbstverständlich sind wir dafür, dass Menschen, die 45 Jahre arbeiten, früher in Rente gehen können; wenn es nach uns ginge, schon nach 40 Jahren und ab 60. Aber die Rente mit 63 ist auch eine Mogelpackung. Nur wer zwischen dem 1. Juli 1951 und Sylvester 1952 geboren wurde und die 45 Beitragsjahre zusammenbekommt, nur für den gilt die Rente ab 63. Wir brauchen eine Rentenlösung, die für alle gilt, auch für die Jungen. (Beifall)

Wir stellen mal fest: Durch die Absenkung des Rentensicherungsniveaus von 53 auf 43 Prozent fallen auch die Durchschnittsverdiener in die Altersarmut. Insbesondere Frauen, aber auch mehr und mehr Männer, haben keine ununterbrochene Erwerbsbiografie mehr. Ich sage es hier auch mal deutlich: Ich war mit Walter Riester in meiner Jugend befreundet. Aber die Riester-Rente ist ein wirkliches Betrugssystem. (Beifall) Die meisten Versicherten bekommen nicht einmal ihre eingezahlten Beiträge zurück, geschweige denn eine Rente, die diesen Namen verdient.

Ich sage es mal: Vor Altersarmut können wir die Leute nur schützen, wenn die Umlagefinanzierung der Renten gestärkt wird. (Beifall) Wir brauchen eine Mindestrente, die diesen Namen wirklich verdient. Die Rentenkürzungen der letzten Jahrzehnte müssen rückgängig gemacht werden. Mit der Rente erst ab 67 werden wir uns nicht abfinden, und ich hoffe, die Gewerkschaften auch nicht. (Beifall)

Legen wir es doch mal klar auf den Tisch: Das ganze Gerede über Demografie und darüber, dass die Renten nicht mehr finanzierbar wären, täuscht doch nur darüber hinweg, dass es bei dem ganzen Rentenschwindel immer nur um zwei Dinge ging: Erstens die Kapitalseite bei den Rentenbeiträgen zu entlasten und zweitens die Versicherungswirtschaft zu mästen.

Rentenfragen sind Verteilungsfragen, und bei der Verteilungsfrage sollten wir hier Flagge zahlen. Ich glaube im Übrigen auch, dass dafür dieser Großen Koalition der Mut fehlt. Sie legt sich mit den Reichen, den Vermögenden nicht an und wird deshalb wichtige Fragen auch nicht lösen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neoliberale Politik hat in den letzten Jahren alles getan, um die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur zu privatisieren. Und sie hat die öffentlichen Investitionen halbiert. Sie lässt große Teile des öffentlichen Eigentums verrotten und hat die Axt an zentrale Säulen unserer Systeme gelegt.

Das Gegenteil muss heißen: Wir müssen das Öffentliche ausbauen. Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe. Dass alle Menschen dazu Zugang haben, ist für uns Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit, von Wohlstand und von Lebensqualität. (Beifall)

Das Öffentliche ist ein Instrument gegen die Ausgrenzung der Armen. Aber nicht nur: Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge entlastet alle, übrigens auch die gestressten Mittelschichten. Sie ist die materielle Grundlage der Demokratie. Sie schafft die Räume, die gemeinsame soziale Erfahrungen erst möglich machen. Ohne das Öffentliche kann die Demokratie vor Ort nicht gelebt werden. (Beifall)

Was wir brauchen, ist eine solidarische Gesellschaft und keine mit beschränkter Haftung. Deshalb bin ich auch der Meinung: Bereits privatisierte Einrichtungen müssen rekommunalisiert werden.

Es ist im Übrigen auch ein Skandal und Ausdruck großer Ignoranz gegenüber öffentlicher und sozialer Arbeit, dass Beschäftigte, die Kinder erziehen, Kranke und Alte pflegen, die den Müll wegtragen, die Parks und Anlagen sauber halten oder mit Bussen und Bahnen Millionen von Menschen täglich sicher durch den Verkehr bringen, im Prinzip schlecht bezahlt werden. Deshalb unterstützen wir als Linke jeden Kampf und jeden Streik um eine bessere personelle Ausstattung und eine bessere Bezahlung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit nahezu 30 Jahren sind die Regierenden Mittäter und Komplizen, wenn es darum geht, die Mehrheit der Bevölkerung zu enteignen und den Vermögenden, den Millionären und Milliardären zu helfen, ihre Profite zu mehren. In keinem europäischen Land sind die Vermögen so ungerecht verteilt wie in Deutschland. Beim Geld sind die Regeln der Schwerkraft offensichtlich außer Kraft gesetzt: Das fällt nicht nach unten, sondern immer nach oben. Daran sieht man, dass da etwas nicht stimmt. (Beifall)

Das Ausmaß der Umverteilung zugunsten der Kapital- und Vermögensbesitzer ist ohne Beispiel in der Nachkriegsgeschichte, und zwar in allen Bereichen, von den Löhnen bis zu den Gewinnen. Die Lohnquote ist in den vergangenen Jahren um 80 Milliarden Euro gesunken, während die Vermögen um 40 Prozent gestiegen sind, von den Besitzlosen zu den Vermögenden.

Warum gibt es denn keinen Aufstand in diesem Land, dass 10 Prozent des reichsten Teils der Bevölkerung über 60 Prozent des gesamten Vermögens verfügen, während über 50 Prozent der Bevölkerung über gar kein Vermögen verfügen? Das können wir doch nicht akzeptieren. Alle sind doch an der Erarbeitung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt! (Beifall)

Im Übrigen findet die Umverteilung auch von den öffentlichen Haushalten und Finanzen zu den privaten Vermögensbesitzern statt. In ganz Europa verzichten die Regierenden seit Jahren auf Steuereinnahmen von Reichen und Vermögenden, während sie Rentnerinnen und Rentner, Beschäftigte und Erwerbslose schröpfen. In ganz Europa sind die Steuersätze für Vermögende im Schnitt um 10 Prozent gefallen.

Dieser Verzicht auf Steuereinnahmen von Reichen und die Kosten für die Bankenrettung haben die öffentlichen Schulden erhöht, nicht die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Merkel und Co. weismachen wollen.

Man muss es endlich begreifen: Wenn die Schulden wachsen, wachsen auch die Vermögen. Den 11 Billionen Euro Staatsschulden in ganz Europa stehen mindestens 14 Billionen Euro Vermögen der europäischen Millionäre und Milliardäre gegenüber. Wer ernsthaft die staatlichen Schulden senken will, der muss den Vermögensturm kleiner machen. Wer das nicht tut, darf sich nicht wundern, dass trotz rigider unsozialer Kürzungs- und Verarmungsprogramme und Austeritätspolitik die Schulden immer größer werden, weil eben auch die Vermögen der Reichen und Superreichen immer weiter und weiter steigen.

Da ist im Übrigen auch die Gegenfinanzierung für die Abschaffung der kalten Progression. Wenn wir Steuervergünstigungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener durchführen wollen, müssen wir auch an die Geldbeutel der Reichen und Vermögenden herangehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die wachsende öffentliche Armut und der dramatisch steigende private Reichtum in wenigen Händen sind nur zwei Seiten derselben Medaille.

Interessant ist übrigens, dass selbst der Internationale Währungsfonds feststellen musste, dass Ungleichheit nicht nur soziale Spaltung und Elend produziert, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung bremst. So sagte der Vizechef des Weltwährungsfonds, David Lipton, erst kürzlich - ich zitiere -: „Das Thema Ungleichheit ist von enormer Bedeutung, und zwar nicht nur für Amerika. Ökonomen haben bisher argumentiert, dass Umverteilung das Wachstum schwächt. Wir behaupten: Es ist die Ungleichheit, die das Wachstum bremst.“

Das ist vollkommen richtig, auch wenn der IWF in der Praxis genau das Gegenteil tut, genauso wie die Große Koalition, die Troika und die EZB zum Schaden der Mehrheit der Bevölkerung in ganz Europa und auch hier in Deutschland. Die Rückumverteilung von Einkommen und Vermögen ist zentral für die Frage, ob ein Politikwechsel stattfindet oder nicht. Wer nicht in den Geldbeutel der Reichen greift, kann die Flaute in den Kassen der meisten Kommunen nicht beheben. Wer nicht für Steuergerechtigkeit sorgt, kann weder eine vernünftige öffentliche Infrastruktur aufbauen noch ein dringend benötigtes Zukunftsprogramm für Europa finanzieren. Die meisten Menschen sind doch für die Millionärssteuer. Aber sie glauben offensichtlich nicht daran, dass es möglich ist, denn die Erfahrung in den letzten 20 Jahren war doch immer umgekehrt: Die Reichen haben in den Geldbeutel der Armen gegriffen und nicht die Armen in den Geldbeutel der Reichen.

Da sage ich, hier gilt doch irgendwie der etwas abgewandelte biblische Spruch: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, bevor ein Reicher etwas freiwillig abgibt. (Beifall)

Deshalb sollten wir gesellschaftliche Mobilisierung aufbauen für die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen in dieser Gesellschaft. (Beifall)

Dazu gehören im Übrigen auch harte Maßnahmen gegen Steuerflucht. Es ist schon erstaunlich, zu welchen Ausreden sich unsere prominenten Straftäter nicht zu blöde sind. Ich zitiere nur vier.

Der Unternehmer Reinhold Würth sagte, er habe keine Steuern hinterzogen, er habe nur ans falsche Finanzamt überwiesen. Das war zufällig in der Schweiz.

Alice Schwarzer kam auf der Flucht vor ihren Feinden einfach nicht dazu, Steuern zu bezahlen. Ein klarer Fall von Notwehr.

Theo Sommer von der „Zeit“ hat es nicht geschafft, zwischen mehreren Büchern auch noch eine Steuererklärung zu schreiben. Dafür schämt er sich jetzt seitenlang.

Für Ex-CDU-Schatzmeister Helmut Linssen war es zu kompliziert, seiner 90-jährigen Mutter zu erklären, dass er ihr Erbe zur Kreissparkasse bringen könnte, wo es doch so viel einfacher ist, es auf den Bahamas und in Panama zu parken.

Wisst Ihr, was ich noch nie gehört habe? Dass einer einfach einmal sagt: Wisst Ihr, ich habe das Geld außer Landes geschafft, um die ganze Kohle für mich zu behalten. Ich war raffgierig und geldgeil und nehme alle Vorteile, die mir dieses Land gewährt, gerne mit; die Finanzierung des Gemeinwohls geht mir gerade mal am Arsch vorbei. (Beifall)

Deshalb brauchen wir hier klare Maßnahmen, denn freiwillig wird es nie passieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war so viel wirtschaftliche Macht in wenigen Händen konzentriert und noch nie wurde sie brutaler und rücksichtsloser ausgespielt.

Die Regierungen in ganz Europa werden von Banken, Konzernen und ihren Lobbyorganisationen am Nasenring durch die Arena geführt. Immer mehr Menschen fühlen sich ohnmächtig gegenüber dieser Übermacht - das spüren wir bei den Europawahlen ganz deutlich -, und sie haben recht. Das wird heute in ganz Europa von rechtspopulistischen und rechtsnationalen Parteien ausgenutzt, um ihr übles Spiel zu treiben. Dabei haben sie alles im Sinn, aber nicht Demokratie und Gerechtigkeit. Im Gegenteil, sie sind Vorbote für autoritäre, fremdenfeindliche, unsoziale und undemokratische Regimes. Wir müssen sie alle zusammen bekämpfen, wo wir nur können, und wir dürfen nicht zulassen, dass sie Erfolg haben. (Beifall) Jetzt könnte ich noch dazu sagen: Das beste Mittel gegen rechte Politik war immer gute linke Politik.

Ich muss auch noch einmal deutlich machen: Demokratie heißt eben nicht, dass diejenigen mehr zu sagen haben, die mehr Geld und Vermögen besitzen. Deshalb darf sich im Übrigen Demokratie auch nicht nur auf die Parlamente beschränken. Wir brauchen einerseits mehr direkte Demokratie, wir brauchen aber auch mehr Demokratie in der Wirtschaft. Deshalb unterstützen wir alle Bestrebungen in Richtung mehr Mitbestimmung und auch in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Ich glaube, das Projekt der Wirtschaftsdemokratie sollte für die Zukunft wieder diskutiert werden. Wir dürfen es nicht nur Managern und den unsichtbaren Gesetzen des Marktes überlassen, wer was zu sagen hat. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen wieder mehr zu sagen haben in der Demokratie. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Versprechungen von Merkel, Steinbrück, Gabriel und Schäuble, die Banken und die Finanzmärkte zu regulieren, haben sich doch weitgehend in Luft aufgelöst. Wer aber die Banken nicht an die Kette legt, die Finanzmärkte nicht kontrolliert und die Steueroasen nicht trockenlegt, der darf sich nicht wundern, wenn sich die nächste Finanzkrise unter der Hand schon wieder aufbaut. Es ist unverantwortlich, dass sich weder die Große Koalition noch die Europäische Union in irgendeiner Form ernsthaft mit den Zockerbanken anlegen. Was an Regulierungen versucht wird, ist doch in etwa so, als würde man im Kasino das Pokerspielen verbieten. Die Spieler wechseln dann an den nächsten Tisch und versuchen es mal mit Black Jack. Und wenn das geschlossen wird, wechseln sie zum Roulette. Wer nicht den Mut hat, das gesamte Kasino zu schließen, der braucht doch mit der Regulierung gar nicht erst anzufangen. Wir wollen das gesamte Kasino schließen und nicht einfach die Spieltische wechseln. (Beifall)

Das ist im Übrigen nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen zwingend, sondern auch aus demokratischen. Der ehemalige Bundesbankchef Hans Tietmeyer hat bereits 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gesagt, ich zitiere: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle lang anhaltenden Beifall der zahlreich anwesenden Regierungschefs und Minister. Sie klatschten wie verrückt, als gesagt wurde, dass sie jetzt nichts mehr zu sagen haben. Das kann doch ernsthaft nicht wahr sein. Deshalb müssen wir dringend die Finanzmärkte regulieren, die Banken verkleinern und unter öffentliche Kontrolle stellen. Ich möchte einmal daran erinnern: Es war der DGB, der in seinem Grundsatzprogramm nach 1945 die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien gefordert hat. Um wie viel ungleich größer ist heute die Macht von Großbanken, Investmentbanken und Hedgefonds als damals nach 1945. Deshalb muss dieser Finanzmarkt dringend kontrolliert, verkleinert und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage noch kurz etwas zu Europa. Es ist ein Witz, wenn Frau Merkels Politik als erfolgreich dargestellt wird. Die Massenarbeitslosigkeit ist in ganz Europa explodiert. Gerade junge Menschen sind betroffen. Ich war in Griechenland und ich finde es unfassbar, dass wir dort Zustände haben, dass Mütter ihre Kinder in SOS-Dörfern abgeben, weil sie sie nicht mehr ernähren können, dass ältere Menschen vor dem Gesundheitsministerium protestieren, weil sie krebserkrank sind und die nötigen Medikamente nicht mehr bekommen und sicher sterben müssen, dass es zum ersten Mal wieder Hunger gibt. Solche Bilder kannten wir seither aus der Dritten Welt, aber nicht aus den Zentren von Europa.

Wenn die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland 60 Prozent und in Spanien 50 Prozent beträgt und ganze Generationen von den Renten ihrer Eltern und Großeltern leben müssen, dann stimmt etwas nicht. Ich mache nur einen Vergleich. Für die Rettung der Banken vor dem Fall ins Uferlose haben die Staaten der Europäischen Gemeinschaft 5.100 Milliarden Euro mobilisiert, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 6 Milliarden Euro. 6 Milliarden Euro für die Zukunft der Jugend, 5.100 Milliarden Euro für die Banken. Müsste es nicht umgekehrt sein? Müsste uns die Zukunft der Jugend nicht viel mehr wert sein als die Rettung der Zockerbanken? (Beifall)

Wir müssen auch deutlich sagen: Noch nie in der Geschichte hat es zum Erfolg geführt, in die Krise hinein zu kürzen und Austeritätspolitik zu verordnen. Das sagt auch der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. Die Fakten geben ihm recht. Nach wie vor hat sich die Konjunktur in Europa nicht erholt. Wir brauchen dringend ein Zukunftsprogramm. Wir brauchen im Übrigen auch hier höhere Löhne.

Frau Merkel will Europa als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum. Die Regionen und Länder stehen dort in einem ruinösen Wettbewerb zueinander. Das würde im Übrigen auch durch das Freihandelsabkommen TTIP verstärkt. Deswegen freue ich mich sehr darüber, dass inzwischen auch die kritischen Stimmen in den Gewerkschaften gegen dieses Freihandelsabkommen lauter werden.

Wir müssen zusammen für ein soziales, demokratisches und gerechtes Europa kämpfen. Wir müssen das bewusst als Alternative zu dem Motto „Die anderen zum Bettler machen“ formulieren. Wer die anderen zum Bettler machen will, hat keine Zukunft für Europa, weder für alle, noch für uns selber. Deshalb lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass bei der Europa-

wahl rechtspopulistischen nationalistischen Parteien eine Absage erteilt wird und dass die Forderungen für ein demokratisches und soziales Europa im Vordergrund stehen. - Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Danke an Bernd Riexinger für das Grußwort. Reiner Hoffmann dankt ihm noch einmal persönlich.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lieber Bernd, Du hast in Deinem Beitrag viele gemeinsame Ziele für eine gerechtere Gesellschaft, für Gute Arbeit, für ein soziales Europa deutlich gemacht. Du hast Dich nicht gescheut, auch Unterschiede deutlich zu machen. Ich verspreche Dir den kritischen Diskurs mit Euch, mit den Linken, wie mit allen anderen gesellschaftlichen Parteien und Gruppen. Danke, dass Du da warst. Vielen Dank für Deinen Beitrag. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen im Verlauf dieses Kongresses jetzt wieder zur Antragsberatung. Bevor wir in die Antragsberatung einsteigen, noch einige organisatorische Hinweise. Zunächst möchte ich mich vorstellen. Mein Name ist Petra Reinbold-Knape. Ich bin Landesbezirksleiterin Nordost der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und habe das Vergnügen, heute Vormittag das Präsidium zu leiten und diesen Kongress zum Arbeiten zu bekommen.

Ihr wisst, Kolleginnen und Kollegen, das Interesse der Öffentlichkeit ist groß. Wir sind im Internet gut vertreten mit dem Livestream und wir werden, wie ich finde, vom DGB sehr gut unterstützt, was Fotos und weitere organisatorische und inhaltliche Fragen im Internet angeht.

Wir haben aber natürlich hier oben auch nicht über alles den Überblick, will ich vorweg sagen. Wir hatten gestern bei dem Antrag E 001 nicht die 2 Gegenstimmen gesehen. Seht es uns nach. Wir schauen alle sehr aufmerksam nach links und nach rechts. Manchmal sieht man das nicht. Diese 2 Stimmen werden noch in das Protokoll aufgenommen.

Ich darf vonseiten der Organisation noch erwähnen: Es fehlen noch 20 Dolmetschergeräte. Sollte jemand eines aus Versehen mit ins Hotel genommen haben, kann man das heute noch abgeben.

Noch ein Hinweis: Die Delegierten aller Gewerkschaften und Gäste aus Köln möchten heute, wenn wir in die Mittagspause einsteigen, sich hier vorne versammeln und ein gemeinschaftliches Kölner Foto machen, ebenso die Delegierten und Gäste der IG BCE. Ich gehe davon aus, dass es noch eine Reihe anderer Delegationen gibt, die hier Fotos machen wollen.

Zum weiteren Organisatorischen noch, Kolleginnen und Kollegen: Wir werden die sieben Minuten einhalten. Es gibt hier vorne eine Redeampel, die auf sieben Minuten eingestellt ist. Nach sechs Minuten schaltet sie auf Gelb. Dann werden wir ab heute vom Präsidium aus kurz einwenden, dass der Redner oder die Rednerin noch eine Minute hat und langsam zum Schluss kommen sollte, damit wir alle zu Wort kommen lassen können. (Vereinzelt Beifall)

Wir werden heute Morgen mit den Antragsberatungen fortfahren. Wir werden eine Pause dazwischen machen und eine flexible Mittagspause einführen, gegen 13/13.30 Uhr. Vor der Mittagspause wird die Jugend der EVG noch zu einer kleinen Aktion hier einladen. Sie werden wir uns im Rahmen der Europawahl gerne anschauen und dann in die verkürzte Mittagspause gehen. Während der Mittagspause werden wir, Antragsberatungskommission und Präsidium, schauen: Wo stehen wir, was können wir zum weiteren Ablauf des Kongresses sagen?

So weit zum Organisatorischen. Ich schaue links und rechts: Alles gesagt. Dann darf ich der Antragsberatungskommission das Wort erteilen. Da wir noch im Antragsblock E sind, macht das weiterhin der Sprecher der Antragsberatungskommission Erhard Ott. Ein Hinweis noch: Die Wortmeldezettel für alle Anträge könnt Ihr schon jetzt abgeben. Dann können wir sehen, wie viele Wortmeldungen wir zu jedem einzelnen Antragsblock haben. Erhard Ott, Du hast das Wort.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. - Schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der erste Antrag, mit dem wir uns heute Morgen beschäftigen, ist der E 003: „Der Kampf gegen die Schuldenbremse muss verstärkt werden“. Es steht für uns außer Frage, dass die Schuldenbremse gravierende negative Auswirkungen auf viele Lebensbereiche hat. Wir haben in der Antragsberatungskommission diskutiert und empfehlen Euch eine aus unserer Sicht präzisere Formulierung, wie wir mit der Schuldenbremse politisch weiter umgehen, ab der Zeile 4. Der Text liegt Euch vor. Ich glaube, ich brauche ihn nicht im Einzelnen vorzulesen.

Deswegen: Insgesamt schlägt die Antragsberatungskommission Annahme in geänderter Fassung vor.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Erhard. - Ich schaue mich um: Haben wir Wortmeldungen dazu? - Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag E 003. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission, Annahme in geänderter Fassung, ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag E 003 bei 1 Gegenstimme und keinen Enthaltungen so beschlossen. Damit ist der Antrag E 004 erledigt.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag E 004 ist wort- und inhaltsgleich und ist mit der Annahme von E 003 erledigt.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Damit kommen wir zum Antrag E 005: „Steuersatz Babynahrung“. Erhard, Du hast das Wort.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ihr erwartet jetzt wahrscheinlich eine ausführliche Begründung der Antragsberatungskommission. (Vereinzelt Heiterkeit - Zuerufe: Nein!) Die bekommt Ihr auch nicht. (Vereinzelt Beifall) Wir haben uns in der Antragsberatungskommission im Interesse eines zügigen Verlaufs der Diskussionen darauf verständigt, dass wir zu Anträgen, die zur Annahme empfohlen sind, keine Begründung mehr abgeben (Beifall) und nur noch da erläutern, wo Änderungen oder Ablehnung empfohlen wird, und natürlich zu den Leitanträgen im Einzelnen, somit auch nicht zum E 005. Hier empfehlen wir Annahme.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. - Ihr habt es gehört: die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einzelne Gegenstimmen. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 006 auf: „Mehrwertsteuersenkung auf Baby- und Kinderwaren“.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Hier muss ich eine kurze Erläuterung geben. Aus Sicht der Antragsberatungskommission gibt es regelmäßig Abgrenzungsschwierigkeiten, wenn man Forderungen nach einem abgesenkten Steuersatz für Kinderkleidung, -nahrung und -schuhe fordert. Außerdem gibt es Gegner des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes. Wir wollen in der steuerpolitischen Diskussion ernst genommen werden und wollen nicht Gegnern eines ermäßigten Steuersatzes unnötig Wasser auf die Mühlen leiten. Deswegen empfehlen wir in diesem Fall die Ablehnung des Antrages.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Wir haben eine Wortmeldung. Das Wort hat nun die Kollegin Roswitha Emondts-Richter von der Gewerkschaft EVG mit der Teilnehmernummer 66. Roswitha, Du hast das Wort.

Roswitha Emondts-Richter

Mein Name ist Emondts-Richter. Ich arbeite seit vielen Jahren in der EVG und im DGB ehrenamtlich mit. Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der reduzierte Mehrwertsteuersatz wurde 1968 eingeführt. Produkte, die dem Gemeinwohl dienen und für das Existenzminimum nötig sind, sollten dadurch privilegiert werden. Wer Kinder hat, verdient die Unterstützung des Staates. Auch die Bundesregierung hat dieses Schlagwort in der Vergangenheit und gerade in den letzten Jahren immer wieder betont und dafür geworben.

Durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder wird eine zielorientierte Unterstützung gerade von weniger verdienenden Familien erreicht. Der Einwand, diese Kürzungen würden bei den Unternehmen hängen bleiben beziehungsweise die Haushaltslage des Staates würde keine weiteren Steuersenkungen erlauben, ist zunächst reine Spekulation.

Basis für die Mehrwertsteuer ist das Umsatzsteuergesetz, wo man in der Anlage 2 die Waren findet, die ermäßigt besteuert werden. Seit über vierzig Jahren haben sich dort eine Vielzahl von Ausnahmegenehmigungen angesammelt. Mit dem einstigen Ansatz haben Steuervergünstigungen aber oft nichts mehr zu tun, wie einige skurrile Beispiele zeigen. Katzenfutter und Hundekexen werden staatlich gestützt. Bei Babynahrung und Kinderkekzen dagegen langt der Fiskus voll zu. So unterliegen zum Beispiel auch Trüffel und Rennpferde oder Skilifte einem 7-prozentigen Steuersatz. Kinderschuhe werden mit 19 Prozent besteuert. Die vor einiger Zeit vorgenommene Senkung der Mehrwertsteuer für das Hotelgewerbe ist wohl allen noch in guter Erinnerung. Sigmar Gabriel hat dies in seinem Grußwort erwähnt.

Unter den aufgezeigten Umständen würde die Maßnahme „7 Prozent für Kinder“ in der Bevölkerung sicherlich eine breite Zustimmung erreichen. Deshalb bitte ich Euch, liebe Delegierte, nicht der Antragsberatungskommission zu folgen, sondern den Antrag in der vorliegenden Form anzunehmen. - Danke. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Roswitha. - Wir haben eine weitere Wortmeldung. Es folgt nun die Kollegin Wiebke Koerlin von der Gewerkschaft ver.di, Teilnehmernummer 359. Wiebke, Du hast das Wort.

Wiebke Koerlin

Guten Morgen! Ich danke meiner Vorrednerin für die Argumentation und der Antragsberatungskommission für ihre Erläuterungen.

Auch ich möchte gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission sprechen, weil ich Ablehnung für das falsche Signal halte. Ich plädiere eher für Annahme als Material zum E 006. Ich möchte nicht, dass von diesem DGB-Kongress ein Signal ausgeht, dass wir das in der Form ablehnen. Das sagt mir nicht zu. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Wiebke. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich bitte Erhard Ott als Sprecher der Antragsberatungskommission um das Wort.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Argumente, die wir eben gehört haben, haben wir auch in der Antragsberatungskommission abgewogen und haben ausführlich darüber diskutiert. Aus den von mir genannten Gründen sind wir jedoch zu der Empfehlung gekommen. Wir bleiben bei dieser Empfehlung.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission für E 006 ist Ablehnung. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – (Beifall) – Moment! Enthaltungen? – Auch einige Enthaltungen. Kolleginnen und Kollegen, das Abstimmungsergebnis war von hier oben nicht eindeutig zu erkennen. Von daher kriegen wir jetzt die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission ein bisschen in Wallung, die das noch einmal auszählen wird. Die Mitglieder der Kommission bringen sich jetzt erst einmal in Position, und dann sage ich noch einmal an, worüber wir abstimmen.

Kolleginnen und Kollegen, die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission ist jetzt bereit zu zählen. Ich bitte jetzt erneut um Euer Kartenzeichen. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission, nämlich Ablehnung ist, der möge jetzt bitte seine Karte heben und so lange oben lassen, bis mir Andreas ein Zeichen gibt und ich Euch das sagen kann. – Wer für die Ablehnung war, darf seine Hände jetzt wieder herunternehmen.

Wir kommen nun zur Gegenprobe. Wer die Empfehlung der Antragsberatungskommission ablehnen will, möge jetzt bitte sein Kartenzeichen geben.

Gibt es Enthaltungen? Wer sich enthalten will, gibt jetzt bitte sein Kartenzeichen. – Zwei Enthaltungen konnten wir bereits hier oben sehen.

Jetzt sind wir mit der Abstimmung fertig, und nun wird noch gezählt. Sobald mir das Ergebnis vorliegt, gebe ich es Euch bekannt.

Es ist vollbracht. Andreas wird uns jetzt das Ergebnis mitteilen. Damit hast Du das Wort, Andreas.

Andreas Gehrke, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Abgegebene Stimmen 313, Ja-Stimmen 142, Nein-Stimmen 171 (Beifall), 5 Enthaltungen. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht gefolgt. (Lebhafter Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas, auch an die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht gefolgt worden. Nach der Geschäftsordnung dieses Parlaments der Arbeit muss jetzt über den Ursprungsantrag abgestimmt werden, denn eine neue Empfehlung gibt es nicht. Wer dem Ursprungsantrag E 006 seine Zu-

stimmung geben möchte, der möge jetzt bitte das Kartenzeichen geben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag in der Ursprungsfassung beschlossen. (Beifall)

Ich rufe auf die Anträge E 008 „Erhöhung der Entfernungspauschale im EStG“ und E 009 „Pendlerpauschale erhöhen“. Ich frage die Antragsberatungskommission, ob sie dazu noch eine Empfehlung abgeben möchte.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag E 001 und der Antrag Q 001 mit dem Titel „Ökologische Verkehrswende sozial gestalten“ fordern, dass die Entlastung zukünftig nicht mehr von der Höhe des Einkommens, sondern ausschließlich von der Entfernung abhängig sein soll. Die tatsächliche Entlastung soll also mehr Gewicht bei der lohnsteuerlichen Behandlung erhalten. Eine alleinige Erhöhung der Entfernungspauschale in ihrer jetzigen Form würde dies aber unberücksichtigt lassen.

Trotzdem hält die Antragsberatungskommission die Intention des Antrags grundsätzlich für gerechtfertigt, um die im Laufe der Jahre gestiegenen Kosten für den Arbeitsweg bei der Einkommensteuer besser geltend machen zu können. Deshalb empfiehlt es sich, dass der DGB-Bundesvorstand hierzu ein Konzept erarbeitet, das beiden Anliegen gerecht wird. Deswegen empfehlen wir Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand bei gleichzeitiger Erledigung des Antrages E 009.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe, das war einstimmig der Fall. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zum Antrag E 010 „Kommunen in Finanznot – Reiche höher besteuern“. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme. In einem solchen Fall haben wir jetzt verabredet, dass wir das vom Präsidium ohne Begründung machen können. Wir haben auch hier keine Wortmeldungen. Damit komme ich zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig. Vielen Dank.

Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Antrag E 011 auf. Annahme in geänderter Fassung lautet die Empfehlung. Dazu will Erhard für die Antragsberatungskommission etwas sagen.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit eine zentrale Passage des Antrags nicht missverständlich wird, schlagen wir folgende Änderung in den Zeilen 55 bis 57 als Streichung und Ersetzung mit folgendem Wortlaut vor: „Der Erfolg dieser Krisenintervention wird durch die europäische Austeritätspolitik gefährdet.“ Also Annahme in geänderter Fassung.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. – Auch hier liegen keine Wortmeldezettel vor. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit einstimmig beschlossen. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zu dem Antrag E 014 „Bekämpfung häuslicher Gewalt“. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit einstimmig. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich rufe Antrag E 017 „Für bezahlbaren, energieeffizienten und altersgerechten Wohnungsbau in Deutschland“ auf. Auch hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Auch hier keine Wortmeldung. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch hier einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag E 019 „Neues Reisekostenrecht revidieren“ auf. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Ablehnung. Erhard Ott, Du hast das Wort.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen, mit der Berücksichtigung der Mehraufwendungen für Verpflegung im neuen steuerlichen Reisekostenrecht wird der Zweck verfolgt, entstehende Mehrbelastungen, die im Zusammenhang mit einer Auswärtstätigkeit entstehen, steuerlich als Werbungskosten anzuerkennen. Wird die Verpflegung während einer Auswärtstätigkeit komplett durch den Arbeitgeber oder auch Dritte getragen, geht die neue gesetzliche Regelung zu Recht davon aus, dass dem Arbeitnehmer

kein zusätzlicher Aufwand für Verpflegung entstanden ist. Eine Revidierung der neuen Regelung zum Verpflegungsmehraufwand würde hingegen für eine große Zahl von Betroffenen eine Schlechterstellung bedeuten. So kann seit Jahresbeginn für eine Abwesenheitszeit von mehr als 8 bis 14 Stunden mit nunmehr 12 Euro ein doppelt so hoher Verpflegungsmehraufwand als bisher geltend gemacht werden. Aus diesem Grund empfiehlt die Antragsberatungskommission Ablehnung.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Erhard. – Ich würde vorschlagen, wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab, und ich werde dann Antrag E 018 aufrufen, den ich leider übersehen habe. Wir sind jetzt in der Abstimmung zu E 019. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Ablehnung. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen so angenommen. Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt rufe ich Antrag E 018 „Nachhaltig arbeiten und leben – Mehr Regionalität – Mehr Lokalität“ von ver.di auf. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Auch hier liegen keine Wortmeldezettel vor. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Antrag E 010 „Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe“. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Auch hier habe ich keine Wortmeldezettel. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit einstimmig beschlossen. Vielen Dank. (Vereinzelt Beifall)

Wir kommen zu dem Antrag I 003 „Drastische Kürzung der Freigrenze für Sachbezüge verhindern!“. Hier will die Antragsberatungskommission die Empfehlung erläutern.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ganz kurz: Wir empfehlen die Annahme mit einer Klarstellung, nämlich: „Die Dynamisierung der Freigrenze für Sachbezüge erfolgt durch die Höhe der Preissteigerungsrate.“ Insofern Annahme in geänderter Fassung.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. – Ihr habt es gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt auch hier keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch dem Sprecher der Antragsberatungskommission, Erhard Ott, vielen Dank. (Beifall) Da gibt es jetzt einen Wechsel.

Wir kommen zum Sachgebiet F. Hier hat zunächst der Sprecher der Antragsberatungskommission, Ernst Scharbach, das Wort.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Im Antrag F 001 des Bundesvorstands zum Thema „Gute Arbeit im öffentlichen Dienst durch ein modernes Dienstrecht“ wird gefordert: die Mitbestimmungsrechte auszudehnen, flexibleres Status- und Laufbahnrecht, modernes Dienstrecht, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gesundheitsförderung und eine ordentliche Beamtenversorgung. Hier schlägt die Antragsberatungskommission Annahme vor.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Ernst. – Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei 1 Stimmenthaltung so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe Antrag F 003 „Kein Personalabbau in der Polizei und im öffentlichen Dienst“ auf.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Im Wesentlichen ist das bereits Thema des F 001, sodass wir, weil verschiedene Aspekte darin noch einmal konkretisiert werden, Annahme als Material zu F 001 vorschlagen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. – Damit kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe auf Antrag F 002 „Beamte im Spannungsfeld zwischen hergebrachten Grundsätzen und demokratischen Rechten‘ oder ‚Zwischen unzureichender Mitsprache und schlechter Besoldung‘“. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Nichtbefassung. Darüber stimmen wir ab, Kolleginnen und Kollegen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Vielen Dank, Ernst. (Beifall)

Der Wechsel in der Antragsberatungskommission erfolgt jetzt auf Egbert Biermann.

Wir kommen zu dem Antragssachgebiet G – „Für eine neue Wirtschaftspolitik – Zukunft gestalten statt Krisen verwalten“. Egbert, Du hast das Wort.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen, die aktuell gute konjunkturelle Lage in Deutschland kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirtschaftspolitik noch immer unter dem Eindruck der Krise in Europa steht. Nun ist die Krise kein Naturereignis. Ausmaß und Dauer sind Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Kürzungs- und Sparpolitik der Troika hat dazu beigetragen, dass die Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit in den Krisenländern weiter gestiegen sind.

In den acht Anträgen im Sachgebiet G geht es deshalb vor allem um einen Kurswechsel. Einige Anträge skizzieren Grundzüge einer Wirtschaftspolitik für ein solidarisches Europa, eine neue Ordnung der Arbeit für ganz Europa, mehr Kooperation statt zügellosen Wettbewerbs, grenzüberschreitende Programme mit gewerkschaftlicher Beteiligung gegen grassierende Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen und eine wirtschaftspolitische Koordinierung, die durch ein starkes Europäisches Parlament demokratisch legitimiert ist, statt mit Pakten und Verträgen die regulären Gesetzgebungsverfahren zu umgehen.

Darüber hinaus werden grundsätzliche Alternativen zur europäischen Sparpolitik formuliert. Der Marshallplan für Europa spielt dabei eine zentrale Rolle. Es geht um Investitionen im Sinne einer nachhaltigen Industrie-, Dienstleistungs- und Energiepolitik in Deutschland und Europa.

Ein Antrag erinnert an das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland und fordert neue Impulse für den Ausbau Ost. Zudem fordern mehrere Anträge konkrete Maßnahmen gegen Dumpingwettbewerb in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie im Verkehrssektor. – So viel als Überblick über diesen Block.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Egbert. – Damit rufe ich auf die Anträge G 001, G 003 und G 007. Zum Antrag G 001 empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Bei der Annahme dieses Antrages gelten die Anträge G 003 und G 007 als Material zu diesem Antrag angenommen.

Es gibt keine Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zu diesen drei Anträgen nachkommen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit einstimmig beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag G 002 – Frieden und Gerechtigkeit. Dazu wird Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand empfohlen. Wollt Ihr von der Antragsberatungskommission dazu etwas sagen, Egbert?

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ja. Wir haben deshalb Material an den Bundesvorstand empfohlen, weil in diesem Antrag ganz viele verschiedene Aspekte behandelt werden. Sie sprechen auch einige Themen an, die in anderen Anträgen angesprochen werden. Alles in allem kann man sagen, die eine oder andere Nuancierung in diesem Antrag ist es wert, dass er als Material an den Bundesvorstand überwiesen wird, damit dort in den nächsten vier Jahren weiter darüber beraten und daran gearbeitet wird.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig, Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen zu dem Antrag G 004 – Tariftreue auch für Busfahrer. Die Empfehlung lautet hier ebenfalls Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antragsteller, der DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland fordert in diesem Antrag die Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping bei Ausschreibungen von Busverkehr am Beispiel des Landkreises Pirmasens. Der Fall verdeutlicht exemplarisch die Notwendigkeit, eine Strategie gegen die Folgen von Liberalisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu entwickeln. Damit diese in den nächsten Jahren entwickelt werden kann, deshalb Material an den Bundesvorstand.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig, vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Ich rufe auf den Antrag G 005 – Fernbusse. Der Bundeskongress pocht auf sozialen Schutz.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir empfehlen Annahme in geänderter Fassung. Den Text könnt Ihr in den Antragsunterlagen lesen. Wir tun das deshalb, weil es hier um einen etwas anderen Aspekt geht, nämlich um den Dumpingwettbewerb im Linienfernbusverkehr. Wir finden es richtig, hier die Initiative der EVG zu unterstützen. Deshalb empfehlen wir, diese Fassung anzunehmen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. – Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit einstimmig angenommen, Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank.

Ich rufe auf den Antrag G 006 – Für das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse – Impulse für den Ausbau Ost entwickeln.

Egbert Biermann, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag des DGB-Bezirksvorstands Berlin-Brandenburg fordert neuen Schwung für den Ausbau Ost. Die Bundesregierung müsse zügig Vorschläge machen, mit welchen Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung in den östlichen Bundesländern den erforderlichen Schub kriegen kann. Es wird konstatiert, dass die ostdeutschen Bundesländer aktuell und auch mittelfristig außerhalb dessen liegen, was als gleichwertige Lebensverhältnisse gelten kann. Er unterstreicht das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse und benennt eine Reihe von Problemlagen, an denen weitere Initiativen ansetzen müssten. Neben der immer noch höheren Arbeitslosigkeit, der drohenden Altersarmut und der Demografie werden die Vielzahl der Kleinbetriebe, die geringe Zahl von Betriebsräten und die oft fehlende Tariffindung genannt.

Der DGB-Bundesvorstand soll mit Blick auf den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit gewerkschaftliche Positionen entwickeln.

Nun steht die im Antrag formulierte These „besondere Strategien und auch Finanzmittel für den Ausbau Ost notwendig sein werden“, in einem Spannungsverhältnis zum DGB-Bundesvorstandsbeschluss vom 5. November 2013 zur Initiative Strukturpolitik 2020+. Dort heißt es, dass die künftige Förderung nach „regionaler Bedürftigkeit anhand festgelegter Indikatoren“ erfolgen muss, nicht nach Himmelsrichtungen. Es stellt sich also die Herausforderung, die unterschiedlich formulierten Ansprüche weiterzuentwickeln und konzeptionell zusammenzuführen.

Der DGB-Bundesvorstand hat somit, wie vom Antragsteller gewünscht, den Auftrag, diesen Diskussionsprozess zu organisieren. Deshalb lautet unsere Empfehlung Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Egbert. – Wir haben keine Wortmeldungen zu dem Antrag. Damit komme ich zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich danke Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zu dem letzten Antrag im Antragsbereich G, den Antrag G 008 – Erweiterte Vergabegesetze. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Wir verfahren hier wieder so wie eben bei Annahme, da keine Wortmeldungen vorliegen, und stimmen ab. Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchten, jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit einstimmig beschlossen. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Vielen Dank an Egbert als Sprecher der Antragsberatungskommission. (Beifall)

Wir schlagen Euch gleich eine kurze Pause vor. Wir sind ja sehr fleißig gewesen und haben diese Antragsblöcke sehr schnell bearbeiten können.

Ich will zwei Hinweise geben: Nach der Pause beginnen wir mit dem Antragsblock J. Wir haben uns ja schon gestern verabredet, dass wir den Antragsblock H – Rechtsextremismus bekämpfen, Rassismus überwinden und Antirassismussarbeit verstärken – zu dem Antragsbereich nach U legen. Wir machen also mit dem Block J weiter, Kolleginnen und Kollegen.

Bevor wir in die Pause gehen, will ich noch jemanden unter uns begrüßen, der hier viele und fleißige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Kolleginnen und Kollegen hat. Das ist der Kollege Norbert Riediger. Er ist Betriebsratsvorsitzender von Gegenbauer. Dort sind die Kolleginnen und Kollegen beschäftigt, die hier in dem Gebäude die Reinigung übernehmen. Herzlich willkommen, Norbert. (Beifall) Die machen eine tolle Arbeit. Schön, dass Du da bist. Sag das bitte Deinen Kolleginnen und Kollegen. Ich finde, das kann man auch persönlich sagen, wo immer man die Kolleginnen und Kollegen trifft.

Dasselbe gilt übrigens auch, finde ich, für die Kolleginnen und Kollegen, die uns immer im Service so freundlich bedienen. Denen kann man auch mal ein Dankeschön sagen. (Beifall) Ebenso dem Caterer. Ich glaube, wir haben es gut getroffen hier in dieser größten Garage der Welt, zumindest Berlins.

Jetzt machen wir Pause, Kolleginnen und Kollegen, bis 10.45 Uhr. Wir fangen dann pünktlich wieder an.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.31 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 10.45 Uhr)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Antragsberatung fort, wenn die Antragsberatungskommission wieder anwesend ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von hier oben sieht es noch nicht ganz voll aus, aber wir wollen versuchen, mit dem Zeitmanagement so hinzukommen, dass wir zum einen in die Mittagspause gehen können und dass wir zum anderen uns so zügig wie möglich durch die Anträge leiten lassen.

Ich empfehle den Besuch der Ausstellungen befreundeter Organisationen hier am Rande des Saales. Da gibt es auch das eine oder andere Gewinnspiel. Da ich noch nichts gewonnen habe, weiß ich nicht, was es zu gewinnen gibt. Auf jeden Fall gibt es eine Menge an Informationen.

Wir kommen damit zum Sachgebiet J: Flucht und Migration - Für eine humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik, gleiche Rechte für Zugewanderte und mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu gehören die Anträge J 001, J 002, J 004, Ä 007 und Ä 008. Ich habe bereits vor der Pause erwähnt, dass wir das Sachgebiet H nach hinten verschieben.

Sprecherin der Antragsberatungskommission ist jetzt Ulrike Laux. - Ulrike, Du hast das Wort.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Lieben Dank, Petra. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge in diesem Kapitel beschäftigen sich mit aktuellen Fragen der Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Positionen werden unter anderem zur Veränderung der Flüchtlingspolitik, zur Gestaltung der Einwanderung und zum besseren Schutz von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern und Drittstaaten formuliert. Aufgegriffen werden auch die aktuelle Debatte zum Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht sowie die Fragen der interkulturellen Gestaltung der Gesellschaft.

Zu diesem Antragsblock liegen fünf Anträge und zwei Änderungsanträge vor. Wir haben in der Antragsberatungskommission vereinbart, dass wir Euch zwei Blöcke zur Abstimmung vorschlagen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Ulrike. - Ich habe eine Wortmeldung als Antragstellerin. Es folgt jetzt die Kollegin Claudia Wörmann-Adam von ver.di, Teilnehmernummer 398.

Claudia Wörmann-Adam

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Guy Ryder, der ILO-Präsident, sprach am Montag von sich als geborenem Internationalisten. Das kann ich von mir auch sagen. Ich komme aus einer Familie, die einiges an Migrationshintergrund aufzuweisen hat. Ich habe zu Zeiten Francos drei Jahre in Spanien studiert. Als ich nach Deutschland zurückkam, putschte am 11. September 1973 das chilenische Militär mit Unterstützung der USA, und in Chile kam der Faschismus an die Macht. In der Folgezeit flohen viele Chileninnen und Chilenen. Nicht wenige kamen nach Deutschland. Damit begann meine Arbeit mit Flüchtlingen und für Flüchtlinge. Dieses Thema begleitet mich seitdem und lässt mich nicht mehr los.

Die Debatte um den Umgang mit Asyl und die dann beschlossene Grundgesetzänderung haben mich daran zweifeln lassen, dass die politisch Verantwortlichen in diesem Land die Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus begriffen haben.

Der Antrag J 001 greift das Thema der humanitären und solidarischen Flüchtlingspolitik und der gleichen Rechte für Zugewanderte auf. Fast täglich berichten die Medien über das Elend der Flüchtlinge, die versuchen, vor Krieg, Verfolgung und Armut in ihren Heimatländern über das Mittelmeer hinweg zu fliehen.

Ist Euch eigentlich die fortwährende Dimension dieser Katastrophe bewusst? Eine Arbeitsgemeinschaft europäischer Journalisten und der „Neuen Zürcher Zeitung“ haben sich zusammengetan, um systematisch Informationen zu den Tragödien zu ermitteln, die Flüchtlinge bei dem Versuch, Europa zu erreichen, erleiden. Die Arbeitsgemeinschaft hat ermittelt, dass in dem Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis zum 31. März 2014 23.000 Menschen auf der Flucht nach Europa ihr Leben gelassen haben. Und 23.000 tote Flüchtlinge - das ist wie eine Kleinstadt hier irgendwo im Umfeld. 23.000 ist „nur“ die Anzahl der Fälle, die dokumentiert werden konnten. Es fehlen die vielen, vielen Toten, deren Leichen nicht gefunden wurden.

Deshalb ist es dringend erforderlich, ein funktionierendes europäisches Seenotrettungssystem zu schaffen. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Antragsberatungskommission den Ergänzungsantrag Ä 007 zur Annahme empfiehlt. (Vereinzelt Beifall)

Ich komme zum Antrag Ä 008. Dort heißt es: Die in Deutschland und der EU lebenden Migrant/innen dürfen in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werden. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz sind zeitnah umzusetzen, das Sachleistungsprinzip ist abzuschaffen und der Zugang zur Gesundheitsversorgung, insbesondere für chronisch Kranke, Schwangere, Kinder und ältere Menschen muss uneingeschränkt gewährleistet sein. Die sozialrechtliche Gleichstellung von Asylsuchenden, Geduldeten und anderen vergleichbaren Personengruppen ist kurzfristig anzustreben.

Unsere Jugend hält zwischendurch immer wieder ein Plakat hoch: „Würde kennt keine Ausnahmen“. Ich sage: Würde kennt auch keine Ausnahmen für hier lebende Menschen mit Flüchtlingshintergrund. (Beifall)

Warum die Antragsberatungskommission diese Forderung nur als Material zur Annahme empfiehlt und nicht diese klaren Forderungen für Migrantinnen und Migranten akzeptiert, die im Übrigen in dieser Broschüre des DGB vor einem Jahr zu den Bundestagswahlen gemeinsam mit Pro Asyl und dem Interkulturellen Rat selbst auf den Weg gebracht worden sind, erschließt sich mir nicht.

Die hier lebenden Migrantinnen und Migranten haben ein Anrecht auf unsere konkrete Unterstützung und Solidarität.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt am Sonntag dem Kabarettisten Uwe Steimle zu Recht heftig applaudiert, als er einen berühmten Südamerikaner zitierte: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. Seien wir solidarisch und zärtlich; unterstützen wir ganz konkret die Forderungen des Änderungsantrags Ä 008 zu dem ansonsten wirklich guten Antrag J 001.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun, meinte schon Molière. Dem kann man nichts entgegenhalten. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Claudia. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schaue zur Antragsberatungskommission.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Ich würde gern eine Erklärung zu diesem Änderungsantrag Ä 008 abgeben. Wir als Antragsberatungskommission haben das natürlich auch intensiv besprochen und uns dafür entschieden, für diesen Antrag Annahme als Material zum Antrag J 001 zu empfehlen, zum einen, weil Antrag J 001 sehr umfassend ganz viele Punkte darstellt, die extrem wichtig sind, zum anderen, weil dieser Änderungsantrag Forderungen enthält zum europäischen und nationalen Flüchtlingsrecht, vor allem diesen letz-

ten Satz, bei dem wir meinen, darüber müssten wir innerhalb der Gewerkschaften noch diskutieren. Es geht um den Satz in den Zeilen 10 bis 12 des Änderungsantrags. Deshalb haben wir als Antragsberatungskommission gesagt: Lasst uns in diesem Bereich noch feststellen, welche Gruppe es ist und um welche konkreten Punkte es geht. Deshalb Annahme als Material zum Antrag J 001. Wir denken, das passt ergänzend sehr gut. Es ist aber noch Diskussionsbedarf vorhanden, weshalb die Antragsberatungskommission bei ihrer Empfehlung bleibt.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. - Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Zum Verfahren: Wir stimmen jetzt ab über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu den aufgerufenen Anträgen.

Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag. Kollege, wenn Du vorne bist, sag bitte Deinen Namen und Deine Delegiertennummer.

Thomas Koczelnik

Mein Name ist Thomas Koczelnik, Delegiertennummer 378. - Ich bitte, über den Änderungsantrag Ä 008 separat abzustimmen. Das ist der Antrag. - Vielen Dank. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Thomas. - Ihr habt den Geschäftsordnungsantrag gehört. Wünscht jemand, gegen den Geschäftsordnungsantrag zu reden? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir stimmen jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag ab. Ich frage, ob Ihr dafür seid, dass über die Empfehlung zum Antrag Ä 008 einzeln abgestimmt wird. Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Dann stimmen wir jetzt über die Empfehlung der Antragsberatungskommission ab zu den Anträgen J 001, J 002, J 004 und Ä 007. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem seid Ihr einstimmig gefolgt.

Jetzt stimmen wir über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag Ä 008 ab. Die Empfehlung lautet Annahme als Material zu Antrag J 001. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Ich fand, das Erste war die Mehrheit, schaue aber zu meinen Kolleginnen und Kollegen im Präsidium. (Zurufe: Auszählen!)

Auszählen wird gewünscht. Dem folgen wir natürlich. Andreas, wo sind Deine Mannen und Frauen? Am Platz natürlich. Die Wahlkommission positioniert sich an ihren Plätzen. Andreas, gib mir bitte ein Zeichen, wann Ihr mit dem Zählen beginnen könnt. - Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir noch einmal zur Abstimmung über den Antrag Ä 008. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Annahme als Material zu Antrag J 001. Wer für die Annahme der Empfehlung ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - (Ja-Stimmen werden gezählt) - Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Bitte haltet die Stimmkarten so lange hoch, bis die Stimmen gezählt sind. - (Nein-Stimmen werden gezählt) - Jetzt kommen wir zu den Enthaltungen: Wer sich enthalten möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Jetzt wird gezählt - Es gibt ein Ergebnis. Andreas, Du hast das Wort.

Andreas Gehrke, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Wir haben 166 Ja-Stimmen, 156 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission gefolgt.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. Damit ist der Antrag E 008 als Material zu dem Antrag J 001 angenommen worden.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen J 003 und J 005: „Einwanderung – Integration – Interkulturalität“ und „Doppelte Staatsbürgerschaft“. Für den Antrag J 003 ist Annahme empfohlen, für den Antrag J 005 erledigt bei Annahme von Antrag J 003. - Wolltest Du dazu etwas sagen, Ulrike?

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Einen kurzen Satz vielleicht zur Erläuterung der Antragsberatungskommission. Der Antrag J 003 enthält einige Aspekte und Forderungen, die im Antrag J 001 nicht angesprochen sind. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Der Antrag J 005 „Doppelte Staatsbürgerschaft“ benennt inhaltlich die Forderungen zum Staatsangehörigkeitsrecht, die im

Antrag J 003 enthalten sind. Daher lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission: erledigt bei Annahme von Antrag J 003.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Ulrike. Wir haben keine Wortmeldung. Damit können wir zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so gefolgt. Vielen Dank an Ulrike Laux. (Vereinzelt Beifall)

Es folgt ein Wechsel in der Antragsberatungskommission. Es wird jetzt Sylvia Bühler zu uns sprechen. Du hast das Wort.

Sylvia Bühler, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Danke schön, Petra. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sachgebiet Medienpolitik gibt es einen Antrag, das ist der Leitantrag des DGB-Bundesvorstands, der sich mit aktuellen medienpolitischen Fragen in Deutschland und auf europäischer Ebene befasst. Hier sind die medienpolitischen Herausforderungen genannt, vor denen unsere Gesellschaft stehe und die wir als Gewerkschaften mit angehen und gestalten wollen.

Unsere medienpolitischen Botschaften sind klar formuliert: Eine funktionierende demokratische Gesellschaft braucht unabhängige Medien. Qualitätsjournalismus ist die Basis für ein demokratisches Medienangebot.

Medien sind in erster Linie Kulturgut und erst in zweiter Linie ein Wirtschaftsgut. Denn Demokratie braucht Meinungsvielfalt statt Meinungsmacht. Deshalb brauchen wir einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen ausreichende finanzielle Absicherung und den entsprechenden Zugang zu neuen technischen Entwicklungen.

Zugang zu Medien ermöglicht Teilhabe. Eine demokratische Gesellschaft muss deshalb Wege finden, allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Einkommenshöhe und Status Zugänge zu ermöglichen. Selbstverständlich stehen auch die Beschäftigten in der Medienbranche im Fokus dieses Antrages. Im Zuge des Medienwandels gilt es, deren Know-how besser zu nutzen und die Mitbestimmung in den Medienbetrieben zu stärken.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Sylvia, für die Erläuterungen der Antragsberatungskommission. - Ich habe eine Wortmeldung: von ver.di, Teilnehmernummer 282, der Kollege Markus Köck.

Markus Köck

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute an meinen Redebeitrag zum Antrag A 001 am 13. Mai 2014 anschließen. Der DGB-Bundesvorstand setzt sich zum zweiten Mal ein und setzt ein Zeichen für Urheber, indem er in diesem Antrag zur Medienpolitik unter Punkt 6 fordert: „Urheberrechte müssen geschützt werden.“ Was kann das heißen?

Die digitale Welt hat das Urheberrecht mitten in die Wohnzimmer der privaten Nutzer gebracht. Hierzu der Deutsche Kulturrat in einem Papier von 2012: „Das Urheberrecht war in erster Linie für Urheber, als Schöpfer von Werken, Verwerter und professionelle Nutzer von Bedeutung. Die Debatte fand weitgehend innerhalb des Kulturbereichs statt. Der private Nutzer kam in der Regel wenig mit dem Urheberrecht in Berührung. ... Heute in der digitalen Welt geht das Urheberrecht jedermann an. Die Auseinandersetzung um das richtige Urheberrecht wird in einer breiten Öffentlichkeit geführt und hat eine politische Bedeutung gewonnen, die noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar war, denn das Internet ermöglicht die schnelle Bereitstellung von künstlerischen und journalistischen Werken.“

Ich verlese Euch zur Einordnung nun auch das Manifest der Initiative Urheberrecht, in der ver.di mitstreitet und die auch vom DGB unterstützt wird: „Die Urheber und ausübenden Künstler wollen, dass sie auf der Basis eines fairen Ausgleichs der Interessen von Urhebern und ausübenden Künstlern, Nutzern und Wirtschaft ihre Werke und Leistungen schaffen und verbreiten können, dass ihre veröffentlichten Werke und Leistungen jedem interessierten Nutzer zugänglich sind, dass die Authentizität und Integrität ihrer Werke und Leistungen respektiert werden, dass für jede Nutzung eine angemessene Vergütung - individuell oder kollektiv - gezahlt wird, dass ihre Beziehungen zu den Verwertern auf der Basis eines durchsetzungstarken Urhebervertragsrechts gestaltet werden, das ihnen Verhandlungen auf Augenhöhe ermöglicht, dass ihre Rechte, soweit erforderlich und möglich, von starken Verwertungsgesellschaften verwaltet werden, die unter der Kontrolle der Urheber und ausübenden Künstler stehen, dass diejenigen Industrien und Unternehmen, die das private Kopieren oder Vervielfältigen zum sonstigen und eigenen Gebrauch ermöglichen oder Werke und Leistungen zugänglich machen, adäquate Vergütungen für diese Verbreitungshandlungen bereitstellen, unabhängig davon, ob sie national oder international tätig sind, dass ihre Wer-

ke und Leistungen unkompliziert für Schule, Lehre und Wissenschaft zur Verfügung stehen, allerdings nur gegen eine angemessene Vergütung, die vom Träger der jeweiligen Einrichtung zu zahlen ist.

Ich kürze das jetzt ab, weil mir sonst mein Redebeitrag flöten geht.

Ihr nehmt Stellung zum Leistungsschutzrecht der Presseverlage im Internet und legt den Finger in dessen schwere Wunde: die angemessene Beteiligung der Urheber. Und dies zu Recht; denn es kann nicht sein, dass einzig diejenigen einen Erlös davon haben, die die geistige Leistung Dritter zur Verfügung stellen. (Beifall)

Mit dem Konzept der Creative Commons nehmt Ihr Euch eines Themas an, das in der gesellschaftlichen Auffassung zweischneidig ist, taugt es doch auch dazu, eben mal im Handstreich zu verlangen, kreative Leistungen, die urheberrechtlich geschützt sind, sollten einfach allen gehören. Diese Auffassung eines Commonismus kann natürlich nicht auf die Zustimmung der Urheber treffen, zumal es ja im bestehenden Urheberrecht schon Schrankenregelungen gibt, um die Interessen der Allgemeinheit nicht zu beeinträchtigen, zum Beispiel das Zitatrecht, das Schulbuchprivileg und auch das Vervielfältigungsrecht zum privaten und öffentlichen Gebrauch. Diese und alle weiteren Schranken sind im Abschnitt 6 des Urheberrechtsgesetzes formuliert.

Wir Urheber fordern, dass wir im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Beschränkungen die Einzigen sind, die darüber zu bestimmen haben, wie und wo unsere geistigen Leistungen verwendet werden dürfen. Und wir dürfen dieses Privileg des umfassenden Schutzes geistigen Eigentums auf keinem Altar der Welt opfern. Es ist eine bedeutsame Errungenschaft gesellschaftlicher Übereinkünfte und muss es bleiben. (Beifall)

Im Rahmen eines Interviews bin ich gestern hier unter anderem gefragt worden, wie ver.di sich ein Urheberrecht im 21. Jahrhundert vorstellt. Ihr könnt Euch dieses Interview seit gestern auf www.echtzeit.dgb.de anhören. Wir sind dazu in einem Diskussionsprozess und es gibt noch keine vorläufig endgültige Meinung. Doch eines kann ich Euch schon sagen: Wir wünschen es uns im Prinzip gar nicht so viel anders, als es schon ist. Aber zum Beispiel erweitert und genauer definiert sind digitale Werke im Paragraph 2 zu den geschützten Werken; denn der Begriff der Computerprogramme ist doch etwas unzulänglich.

Das ist es zum Beispiel, was wir als zeitgemäße Weiterentwicklung unter anderem definieren könnten. Zudem brauchen wir eine intensive Debatte darüber, wie Rechte geschützt werden können, ohne Freiheit einzuschränken; denn auch die Urheber wollen ein freies Internet, aber trotzdem keine Selbstbedienungstheke. (Beifall)

Es ist aus meiner Sicht ein fundamentales Fehlverständnis, wenn Ihr in diesem Antrag in diesem Zusammenhang von einer „Demokratisierung von Informations- und Wissensressourcen“ sprecht. Die Missachtung von Urheberrechten und ein Anspruch auf eine vergütungsfreie öffentliche Verfügung sind nicht mit einem Abbau von Herrschaft in gesellschaftlichen Bereichen benennbar. Vielmehr führt dies, polemisch gesprochen, zu einer Herrschaft der Vielen über die Wenigen und damit zur Entrechtung. Das könnt Ihr nicht ernsthaft gemeint haben wollen. (Beifall)

In Zukunft sollten auch die aus den späten 90er-Jahren stammenden Vorschläge zum Künstlergemeinschaftsrecht – auch als Goetheroschen bezeichnet – wieder aus den Archiven geholt werden. Das wäre ein Modell für einen neuen Generationenvertrag zwischen den Altvorderen und den heute lebenden Künstlergenerationen, indem Gewinne aus einer gesamtgesellschaftlichen Verwertung nach dem Ablauf der 70 Jahre währenden Schutzfrist zur Förderung der lebenden Künstlergeneration genutzt werden, anstatt diese Werke gemeinfrei werden zu lassen und damit nur die Margen für diejenigen zu erhöhen, die kein Nutzungshonorar mehr für die Verwertung dieser Werke bezahlen müssen.

Zur Zukunft der Künstlersozialkasse. Diese ist immer wieder unter Beschuss, und dennoch gibt es kein besseres bestehendes Modell zur sozialen Absicherung der Künstler und Publizisten. Das ist eine Kombination aus einem finanziellen Beitrag der Kreativen auf Basis ihres Bruttojahresarbeitseinkommens und dessen Aufstockung um 100 Prozent durch einen Bundeszuschuss und die Künstlersozialabgabe, die von jenen entrichtet werden muss, die kreative Leistungen verwerten. Im Prinzip entspricht der staatliche Zuschuss also dem Arbeitgeberanteil.

Die Verwerter würden sie gerne sterben sehen, um sich die Künstlersozialabgabe ganz zu sparen. Manche Verbände empfehlen ihren Mitgliedern, die Künstlersozialabgabe in den Angebotspreis mit einzupreisen, um die Abgabe dann kostenneutral abführen zu können. Oder es wird vorgeschlagen, auf die Rechtsform der Dienstleister zu achten, um dadurch, dass keine Freiberufler oder Soloselbstständigen beschäftigt werden, eben auch keine Künstlersozialabgabe zahlen zu müssen.

Zu unregelmäßige Prüfungen gefährden die KSK ebenfalls. Da die Deutsche Rentenversicherung sich zielt, dem ihr zugewiesenen Prüfungsauftrag vollumfänglich nachzukommen, gehen der KSK jährlich erhebliche Beiträge verloren, die in der Folge wieder den Prozentsatz der Künstlersozialabgabe steigen lassen, der von den ehrlichen Zahlern zu entrichten ist. Dass die Akzeptanz nicht erhöht, ist klar.

So weit das Minenfeld, durch das ich Euch heute führen wollte. Wir sollten weiterhin im Gespräch bleiben. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Markus. Du hast das auf den Punkt gebracht sowohl vom Inhalt als auch von der Zeit.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission, die weiterhin Annahme lautet. Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen derer, die dieser Empfehlung nachkommen möchten. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen, und damit auch Dir als Sprecherin vielen Dank.

Ihr folgt nun als Sprecherin der Antragsberatungskommission Maritta Plan. Sie spricht in dem Kapitel „Solidarisch in die Zukunft“ zu dem Sachgebiet L „Heute die Rente von morgen sichern“. Dazu rufe ich auf die Anträge L 001, L 004 und L 002. Maritta, Du hast das Wort. (Beifall)

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Sachgebiet L „Heute die Rente von morgen sichern“ beinhaltet die rentenpolitischen Anträge an unseren Kongress. Uns liegen dazu sieben Anträge vor.

Bekanntlich befinden wir uns in einer breiten gesellschaftlichen Debatte um die Rente. In wenigen Tagen wird der Deutsche Bundestag das sogenannte Rentenpaket der Bundesrepublik beschließen. Da ich ein positiv denkender Mensch bin, erinnere ich an die Aussagen unserer Arbeitsministerin Nahles und von Sigmar Gabriel, dass das nächste Woche auch folgen soll. Lassen wir uns davon überraschen.

Das Rentenpaket beinhaltet erstmals seit langer Zeit wieder Verbesserungen, und dies ist nicht hoch genug zu bewerten. Allerdings dreht sich die öffentliche Debatte um Einzelheiten, und es besteht die Gefahr, dass das große Ganze aus dem Blick gerät. So kann das Rentenpaket nur ein Anfang für eine Neuausrichtung der Rentenpolitik sein; denn damit sind längst nicht alle Fragen der solidarischen Alterssicherung gelöst.

Unser Anspruch ist ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen und langfristigen Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung, auch für die junge Generation.

Der Antrag L 001 „Heute die Rente von morgen sichern“ beschreibt dieses Konzept, das der DGB-Bundesvorstand in den letzten vier Jahren entwickelt hat. Der Antrag gibt konkrete Antworten zur Gestaltung der Zukunft der Rente.

Die Antragsberatungskommission hat diesen Antrag zur Annahme empfohlen. Deswegen verzichte ich darauf, auch noch den weiteren Text vorzulesen, warum dieser so wichtig ist.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Maritta. Uns liegen zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat das Wort die Antragstellerin. Ich erteile das Wort Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand mit der Teilnehmernummer 84.

Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der große Showdown um die Rente mit 63 steht bevor. Deshalb lasst mich dazu hier etwas sagen. Denn das, was wir seit Wochen erleben, das ist doch keine sachliche Kritik, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist pure Propaganda. Das ist primitiv, das ist schamlos, und das ist so verlogen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass sich die Balken biegen. (Beifall) Da soll der Eindruck vermittelt werden, als wäre die Rente ab 63 der Untergang des Abendlandes, so als könnte sich jetzt ganz Deutschland ab 63 zur Ruhe legen. Da wird so getan, als würden sich die Kolleginnen und Kollegen eine abschlagsfreie Rente erschleichen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren ist nicht das Ende des Abendlandes. Die Rente ab 63 ist eine Würdigung von Lebensleistung. Wer meint, 45 Jahre harter Arbeit sei keine Lebensleistung, die es wert ist, der sollte sich schämen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Vereinzelt Beifall) Wer meint, er müsse die Kolleginnen und Kollegen, die sich ein Leben krumm gemacht haben, auch noch

als „Drückeberger“ beschimpfen, der hat nicht nur jeden Anstand verloren, sondern der zeigt, dass es um etwas ganz anderes geht. Ich glaube, es geht um die Frage: Sozialer Fortschritt, ja oder nein? Das ist die entscheidende Frage, um die es in den letzten Tagen geht.

Der Streit um die Rente ab 63 ist doch nicht derart eskaliert, weil ernsthaft eine Frühverrentungswelle zu befürchten wäre, sondern die entscheidende Frage ist: Geht es bei der Rente wie in den letzten Jahren immer weiter nach unten, oder schaffen wir zumindest den Anfang von einer Wende? Das ist es, worum es geht. Auch wenn das Rentenpaket nur ein Anfang sein kann. Das ist sozialer Fortschritt, und das ist auch ein wichtiges Signal, in welche Richtung die künftige Rentenpolitik denn gehen soll. (Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, da ist der Konflikt in der Koalition an einem Punkt eskaliert, wo man sich ernsthaft fragen kann, ob der die Aufregung denn eigentlich wert ist. Es geht um die Frage, wie auch Zeiten der Arbeitslosigkeit bei den 45 Jahren berücksichtigt werden sollen. Die CDU, vor allem die Wirtschaftslobby in der Union, will diese Zeiten ja ganz streichen, und das sagen die auch ganz offen. Worüber jetzt verhandelt wird, das ist, ob es einen Stichtag dafür geben soll, so eine Art Verfallsdatum, nach dem Zeiten der Arbeitslosigkeit eben nicht mehr mitzählen sollen, entweder ab 61 Jahre oder aber eben ab jetzt für alle Zeiten der Arbeitslosigkeit in Zukunft. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein Stichtag bei der Rente ab 63 ist kein Mittel gegen diese vermeintliche Frühverrentung. Wer dieses Risiko – das ich übrigens nicht sehe - ausschließen will, der muss doch hier bei den Arbeitgebern ansetzen und es für die teuer machen, Ältere auf die Straße zu setzen. (Beifall) Aber ein Stichtag, mit dem Zeiten der Arbeitslosigkeit nach dem 61. Lebensjahr herausgerechnet werden, das wäre extrem ungerecht für die Kolleginnen und Kollegen, die kurz vor der Rente arbeitslos werden, zum Beispiel wenn ihr Betrieb pleitegeht.

Wir wissen doch alle, wie schlecht die Chancen für Ältere noch immer sind, wieder eine Arbeit zu finden. Es muss doch darum gehen, die Lücken zu schließen zwischen dem Ende des Arbeitslebens und dem Anfang der Rente, damit die Menschen nicht abstürzen. Dabei hilft uns die Rente ab 63, aber dann muss sie eben auch am Ende Zeiten der Arbeitslosigkeit abdecken, dann, wenn die Kolleginnen und Kollegen arbeitslos werden oder arbeitslos gemacht werden, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Vereinzelt Beifall) Ein Stichtag, nach dem die Zeiten der Arbeitslosigkeit komplett gestrichen werden, das wäre ein absoluter Affront, ein Schlag ins Gesicht der jungen Generation, dann hätten die heute Jungen nämlich gar nichts mehr davon. Klar ist auch, die kommen beim Rentenpaket eh schon zu kurz. (Vereinzelt Beifall) Gerade die Jungen haben ganz andere gebrochene Erwerbsbiographien, wo Zeiten der Arbeitslosigkeit keine Ausnahme sind. Deshalb müssen Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der Rente ab 63 heute und in Zukunft berücksichtigt werden, und das ohne Ausnahmen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Vereinzelt Beifall) Das sage ich jetzt vor allem an die Adresse von denjenigen, die immer über die junge Generation reden, aber nichts für sie tun, überhaupt nichts, und an die Adresse von denjenigen, die die junge Generation in Geiselschaft nehmen, um ihre wirtschaftlichen und finanziellen Interessen durchzusetzen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich finde, das ist ein Skandal. (Beifall)

Die Rente ab 63 darf nicht verwässert werden. Sie muss auch der jungen Generation Erleichterungen ermöglichen. Rentenpolitik muss immer für Jung und Alt gemacht werden. Das ist doch das Wesen des Generationenvertrags. Dafür brauchen wir weitere Schritte. Das gilt für die flexiblen Übergänge. Da gibt es nicht die eine Lösung für alle, aber da müssen wir für alle eine Lösung finden. Wir haben gemeinsam gute Vorschläge entwickelt, Teilrente ab 60, die Altersteilzeit, das Altersflexi-Geld, und die wollen wir so schnell wie möglich mit der Politik umsetzen.

Das gilt auch für die Erwerbsminderungsrente. Die Verbesserung durch das Rentenpaket ist ein wichtiger Schritt, gar keine Frage, aber das ist zu wenig. Gerade diejenigen, die sich kaputtgearbeitet haben, sind am meisten von Altersarmut bedroht, das wissen wir doch. Deshalb müssen die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente abgeschafft werden, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Da werden wir dranbleiben, das kann ich versprechen. (Vereinzelt Beifall) Wir brauchen ein stabiles Rentenniveau, darauf muss sich vor allem die junge Generation verlassen können.

Dass und wie Generationengerechtigkeit und eine stabile Rente der Zukunft geht, haben wir mit unserem Rentenmodell gezeigt. Da haben wir gezeigt, dass ein stabiles Rentenniveau auch für die heute Jungen machbar und finanzierbar ist. Das ist die Chance, um die solidarische Rente in den nächsten Jahren zu stärken. Denn wir wissen doch, dass die demografische Entwicklung nach dieser Wahlperiode mit voller Wucht einsetzt. Deshalb müssen wir die Zeit nutzen und der Altersarmut, die droht, vorbeugen. Damit meine ich die ganz harten Schicksale – Ihr kennt sie alle –, aber ich meine nicht nur die. Ich meine auch die Mittelschicht. Machen wir uns doch nichts vor. Wenn nämlich in Zukunft ein Durchschnittseinkommen kaum noch ausreicht, um sich nach einem langen Arbeitsleben eine Rente erarbeitet zu haben, die zum Leben reicht, dann hat unsere Rente einen Systemfehler. Dass es so kommt, müssen wir verhindern. Man muss von seiner Rente leben können, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Beifall) Ich sage es gern noch einmal: Das ist machbar.

In unserem Leitantrag haben wir die wichtigsten Anforderungen noch einmal zusammengefasst: für ein stabiles Rentenniveau, für sichere, flexible Übergänge, für starke Betriebsrenten und für eine Erwerbstätigenversicherung, in der sich in Zukunft alle beteiligen. Da wollen wir hin. Die Zukunft der Rente, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wird ganz maßgeblich in den nächsten Jahren entschieden. Nutzen wir die Zeit. – Vielen Dank. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Annelie. – Es folgt nun der Kollege Robert Feiger mit der Teilnehmernummer 001 von der IG BAU. Ich finde, das ist eine schöne Delegiertenummer, Robert.

Robert Feiger

Lieber die 001 als die 007. (Heiterkeit) Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an Annelie Buntenbach für die klaren und deutlichen Worte. Die sind auch nötig, denn das, was wir gerade bei der Rente ab 63 erleben, Kolleginnen und Kollegen, ist nichts anderes als ein Generalangriff der Wirtschaftslobbyisten. (Vereinzelt Beifall) Das sind im Übrigen meist Typen, die selbst überhaupt gar keine Ahnung haben, was es bedeutet, 45 Jahre hart körperlich zu arbeiten und bei Wind und Wetter die Knochen hinzuhalten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Viele von Euch haben die Aktion „Gute Arbeit – Gutes Handwerk“ mitbekommen. Das war die Bühne draußen im Foyer, wo unsere Dachdeckerkollegen mit Euch so eine Faust oder ein Herz aus Schiefer geschlagen haben. Bundespräsident Gauck war da, Hannelore Kraft und viele, viele andere Promis. Ich hoffe, die haben nicht nur so eine Faust oder so ein Herz mitgenommen, sondern auch einen Eindruck, was harte körperliche Arbeit bedeutet. Ich habe den Eindruck, viele von denjenigen, die die Rente mit 67 wollen, die gegen die Rente mit 63 sind, haben überhaupt keine Ahnung davon, was es heißt, 45 Jahre die Knochen hinzuhalten. (Beifall) Deswegen ist das, was die Wirtschaftslobbyisten gerade veranstalten, eben genau ein Generalangriff auf die Rente ab 63. Es ist ein Generalangriff auf die Lebensleistung aller, die keine Chance haben, bis 67 durchzuhalten.

Viele politische Gäste haben hier auf unserem Kongress vieles zur Rente ab 63 gesagt. Für Andrea Nahles ist sie ein Herzensanliegen; ich hoffe, nicht nur aus Schiefer. Auch bei Sigmar Gabriel war eine klare Positionierung erkennbar. Aber eines ist auch klar: Die Rente ab 63 ist längst noch nicht in trockenen Tüchern. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gerade heute, gerade hier von diesem Kongress aus, einen klaren Appell an die Politik senden: Rente mit 63 ohne Ausnahmen, ohne Stichtagsregelung, alle haben einen Anspruch auf eine menschenwürdige Rente im Alter! (Beifall)

Die Rente ab 63 muss kommen, und zwar ohne Kleingedrucktes, ohne Ausnahmen und eins zu eins wie im Koalitionsvertrag verabredet.

Kolleginnen und Kollegen, mal ganz ehrlich: Wir wissen ganz genau, viele in der Union wollten die Rente ab 63 nie wirklich haben. Jetzt gibt es immer neue Vorschläge, die die Rente ab 63 noch weiter zurechtstutzen. Da ist davon die Rede, dass Arbeitslosenzeiten in den letzten beiden Jahren vor Rentenbeginn nicht angerechnet werden sollen, von mehr rollierenden Stichtagsregelungen und Sonstigem. Das versteht kaum jemand wirklich, wahrscheinlich am wenigsten diejenigen, die sich so etwas ausdenken. Die Strategie der Gegner ist es, so viel Ausnahmen und Einschränkungen zu schaffen, dass kaum jemand mehr die Chance hat, mit 63 in Rente zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen es nicht durchgehen lassen, dass Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren vor der Rente nicht mehr zählen soll. Was das heißt, wissen wir alle, für den Dachdeckerkollegen aus dem Foyer, wenn der mit 61 den Job verliert, weil er in einem kleinen Betrieb ohne Kündigungsschutz arbeitet, für die Kassierererin, die mit 61 nach drei Bandscheibenvorfällen die Kündigung bekommt, oder für den 61-jährigen Industriearbeiter oder Handwerker, dessen Firma schlicht und einfach Pleite macht. Diese Kolleginnen und Kollegen sind doch keine Drückeberger! Die schreiben 30, 40, 50 Bewerbungen und haben trotzdem null Chancen, in diesem Alter noch einen Job zu bekommen. Das, Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir nicht zulassen. (Beifall) Wenn dem etwas entgegengesetzt werden soll, dann dürfen aber nicht alle unter Generalverdacht gestellt werden, die kurz vor der Rente meistens durch Entlassung oder wirtschaftliche Fehlentscheidungen von ihrem Arbeitgeber auf die Straße gesetzt werden. Kolleginnen und Kollegen, es darf nicht sein, dass sich Arbeitgeber aus der Verantwortung stehlen können.

Wer das verhindern will, braucht eine Erstattungspflicht der Arbeitgeber, die Ältere auf die Straße setzen. Dann sollen sie auch für diese Kosten in der Sozialversicherung aufkommen. Das verhindert eine Frühverrentung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was wir nicht brauchen, sind Stichtagsregelungen, ob fest oder rollierend. Wir brauchen keine Ausnahmen, die die Rente ab 63 löcherig machen wie einen Schweizer Käse. Dann wäre eine ganz wichtige Verabredung des Koalitionsvertrages nicht wie versprochen umgesetzt.

Wir als Gewerkschaft sind es gewohnt, dass wir uns an Verträge und auch an Verabredungen halten. Das erwarten wir auch von der Politik, und zwar von allen Parteien ohne Ausnahmen, Kolleginnen und Kollegen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Robert, kommst Du bitte zum Ende.

Robert Feiger

Ich sehe kein Licht. Ich komme aber trotzdem zum Schluss. (Heiterkeit)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vor Dir!

Robert Feiger:

Ich sehe kein Licht. - Kolleginnen und Kollegen, lasst uns also gemeinsam von diesem Kongress ein klares Zeichen ins Regierungsviertel schicken: Zeigt Respekt vor unserer Lebensleistung. Macht nicht mit, wenn arbeitslose Kolleginnen und Kollegen ausgegrenzt werden sollen, in die Altersarmut entlassen werden sollen. Setzt die Rente ab 63 durch, und zwar ohne Wenn und Aber, ohne Ausnahmen, für eine menschenwürdige Rente im Alter. – Danke schön. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Robert, jetzt habe ich das mit 007 auch verstanden. – Wir haben noch eine Wortmeldung des Kollegen Florian Hagenmiller, BJA, Teilnehmernummer 104, also Bundesjugendsekretär.

Florian Hagenmiller

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rente ist nicht sicher. Das zu sagen ist für uns als Jugend ganz wichtig. Wir sind dem DGB absolut dankbar dafür, dass wir uns über die Generationen hinaus Gedanken darüber gemacht haben. Das ist absolut richtig und wichtig bei diesem Thema.

Was uns in dieser Diskussion unheimlich stört, ist, dass sich die Gegner keine Gedanken über die Generationen hinaus machen. Sie spielen sich vielmehr als die Anwälte der Jugend auf. Das ist völlig falsch; das können wir so nicht akzeptieren, und das müssen wir thematisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sage vielmehr: Das ist eine Diskussion von eher Grauhaarigen. Und ich sage: Das ist falsch. Wir müssen als Jugend an den Tisch geholt werden. Ich möchte nicht, dass über die Jugend gesprochen wird, sondern mit der Jugend, liebe Kolleginnen und Kollegen; das muss passieren. (Beifall)

Wir werden uns damit in nächster Zeit als Gewerkschaftsjugend intensiv beschäftigen. Aber ich kann ganz klar sagen: Wir stehen an der Seite der Kolleginnen und Kollegen, die 45 Jahre gebuckelt haben, ihren Buckel krummgemacht haben, geschuftet haben. Die sollen verdient in Rente gehen. Die Rente muss auch ausreichen, um noch ein vernünftiges Leben führen zu können, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das ist keine Generationenfrage. Das ist keine Frage, bei der man sich als Jugend oder Erwachsene oder Ältere und Renter auseinanderdividieren lassen sollte. Das ist eine Verteilungsfrage. Da müssen wir ran, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Florian. Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu den Anträgen L 001, L 004 und L 002. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission nachkommen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe, das ist einstimmig beschlossen. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen nun zu dem Antrag L 003 – Seniorenvertretungsgesetz. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. Ich schaue mal zur Maritta herüber. Das können wir so abstimmen lassen?

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Ja. Der Antrag L 003 fordert ein bundesweites Seniorenvertretungsgesetz. Derzeit gibt es lediglich Mitwirkungsgesetze für Seniorinnen und Senioren, und das auch nicht in allen Bundesländern. Allerdings wurde diese Forderung im DGB bisher nicht hinreichend erörtert. Das gilt insbesondere für die Zielsetzung und die konkrete Ausgestaltung eines Bundesseniorenvertretungsgesetzes. Hierfür ist eine grundlegende Beratung zum Beispiel vergleichbarer Gesetze wie etwa in Österreich und in Dänemark sinnvoll und notwendig. Deswegen empfiehlt die Antragsberatungskommission, dies als Material an den DGB-Bundesvorstand einzureichen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Maritta, - Wir hatten uns im Präsidium verabredet, dass dann, wenn Annahme oder Annahme als Material empfohlen ist und es keine Wortmeldungen gibt, gleich die Abstimmung erfolgen kann. Ich komme jetzt bei dem Antrag L 003 zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission, die Maritta vorgestellt hat. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig! Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zum Antrag L 005 - Beschäftigtenfreundliche Rentenpolitik. Auch hier lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig.

Der Antrag L 006 wird aufgerufen: Gewerkschaftliche Einkommenspolitik muss auch Altersarmut verhindern! Auch hier lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Aufgerufen wird der Antrag L 007: Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Es gibt keine Wortmeldung. Auch hier können wir zur Abstimmung schreiten. Wer gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wir müssen das Blut auch einmal ein bisschen in Wallung bringen. Wer enthält sich der Stimme? - Kolleginnen und Kollegen, damit einstimmig beschlossen.

Vielen Dank, Maritta, für Deine Ausführungen im Namen der Antragsberatungskommission. (Beifall)

Wir kommen zum Sachgebiet M: Für die Zukunft: Solidarische Sicherung für Gesundheit und Pflege. Es tritt ein Wechsel bei der Antragsberatungskommission ein. Für die Antragsberatungskommission spricht der Kollege Burkhard Siebert. Ich rufe die Anträge M 001, M 004 und M 005 auf. - Burkhard, Du hast das Wort.

Burkhard Siebert, Sprecher der Antragsberatungskommission

Petra, vielen Dank. - In diesem Sachgebiet sind die Anträge zur Gesundheits- und Pflegequalität zusammengefasst, insgesamt sieben an der Zahl. Im Gesundheitswesen wurden im Jahr 2011 fast 300 Milliarden Euro ausgegeben. In diesem Bereich arbeiten 5 Millionen Menschen. Entsprechend groß sind natürlich die Verteilungskonflikte, in die sich der DGB aktiv in der öffentlichen Debatte im Interesse der Beschäftigten und ihrer Angehörigen einmischt.

Von ebensolcher Bedeutung sind Organisation und Finanzierung der Pflege in unserer heutigen Gesellschaft. Hier engagieren wir uns für eine grundlegende und wirksame Pflegereform zugunsten pflegebedürftiger Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Beschäftigten in der Pflege.

Die Anforderungen der Gewerkschaften des DGB an eine solidarische und paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und an die Pflegereform im Besonderen sind hier präzisiert, insbesondere im Leitantrag. So viel zur Einführung.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Burkhard. - Mir liegt eine Wortmeldung der Kollegin Sylvia Bühler, Gewerkschaft ver.di, Teilnehmernummer 273, vor. - Sylvia, Du hast das Wort.

Sylvia Bühler

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, es geht Euch gut. Ich wünsche, dass Ihr gesund bleibt und Euch nicht dem Gesundheitswesen anvertrauen müsst. Wer aber ins Krankenhaus muss, soll sich darauf verlassen können, dass er dort gut behandelt wird, gut gepflegt wird und eine gute Versorgung erfährt.

Es läuft etwas völlig schief im Gesundheitswesen. Ich bin im ver.di-Bundesvorstand zuständig für das Gesundheits- und Sozialwesen und die Gesundheitspolitik. Ich bin also nah dran an der Branche.

Mit meinem Wortbeitrag will ich Euch für ein großes politisches Projekt gewinnen, nämlich die gesetzliche Personalbemessung in den Krankenhäusern und in der Altenpflege. (Beifall) Diese Forderung steht im Antrag M 001. Das ist gut und sehr wichtig.

Volker Mörbe hat uns gestern schon etwas zur Personalnot in den Krankenhäusern im Zusammenhang mit einem handlungsfähigen Staat gesagt. Ich will hier noch ein paar Fakten hinzufügen. Seit Einführung der neuen Krankenhausfinanzierung durch die diagnosebezogenen Fallpauschalen vor zehn Jahren hat sich in der Krankenhauslandschaft viel verändert. Mehr als ein Drittel der Krankenhäuser sind heute privat geführt und gewinnorientiert. Das ist mehr als irgendwo anders in Europa. Das Geschäftsmodell der privaten Krankenhauskonzerne setzt auf Wachstum. Vorgegeben werden zweistellige Renditeerwartungen.

Gesundheit, Kolleginnen und Kollegen, ist keine Ware. Deshalb dürfen wir diesen sozialpolitisch so wichtigen, ja überlebenswichtigen Bereich nicht dem wirtschaftlichen Wettbewerb überlassen. (Beifall)

Seit Einführung der DRGs vor zehn Jahren hat sich die Personalsituation in den Krankenhäusern dramatisch verschärft. Natürlich hängt das auch damit zusammen, dass das Personal selbstredend der größte Kostenblock ist. Während die Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten erheblich gestiegen ist, ist gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in Pflege, Therapie und Hauswirtschaft dramatisch gesunken. Unsere ver.di-Erhebung hat ergeben: In deutschen Krankenhäusern fehlen 162.000 Stellen, 70.000 davon allein in der Pflege. Weder Politik noch Arbeitgeber haben dieser Zahl widersprochen.

In keinem anderen Land in Europa gibt es ein schlechteres Verhältnis zwischen Krankenhauspatientinnen und -patienten und Pflegekräften. In Norwegen ist eine Pflegekraft für 3,8 Patienten zuständig. In Deutschland muss sich eine Krankenschwester um 10,3 Patienten kümmern.

Unter vier Augen gestehen auch Arbeitgeber ein, dass der Ablauf in den Krankenhäusern und in den Pflegeeinrichtungen nicht mehr funktionieren würde, wenn die Beschäftigten bei der Arbeitszeit auf die Einhaltung unserer Tarifverträge und das Arbeitsschutzgesetz achten würden.

Kolleginnen und Kollegen, dass die Arbeitgeber schon damit spekulieren und es ausnutzen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in den helfenden Berufen eine hohe Empathie haben, dass sie aus Menschenliebe Menschen nicht im Stich lassen und dabei ihre eigene Gesundheit hintanstellen, finde ich empörend und beschämend. (Beifall)

Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung übrigens für alle Bereiche. Ich darf Euch verraten: In nicht wenigen Kliniken erhält der Reinigungsbereich die Vorgabe, ein Patientenzimmer in drei Minuten zu reinigen. Ihr könnt einmal überlegen, ob man damit ein Krankenzimmer ordentlich reinigen kann. Ich glaube das nicht.

Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung, weil es der Markt nicht regelt. Der Wettbewerb regelt es nicht. Ich will Euch ein paar Beispiele nennen, was zu einer guten Pflege gehört und was heute in deutschen Krankenhäusern häufig nicht mehr ordentlich gewährleistet ist.

Patienten, die nicht mehr alleine essen können, werden bei der Nahrungsaufnahme nicht ausreichend unterstützt. Verwirrte Patienten werden nicht ausreichend beobachtet.

Nach Operationen müssen regelmäßig Blutdruck, Puls und Atmung kontrolliert werden. Wenn das nicht geschieht, kann es schnell gefährlich werden. Dann werden Komplikationen nicht rechtzeitig erkannt.

Patienten müssen auch regelmäßig gedreht werden, wenn sie sich nicht mehr allein bewegen können, damit sie nicht wundliegen. Auch folgendes Beispiel will ich Euch nicht ersparen. Wenn Patientinnen und Patienten ihre Blase und ihren Darm nicht mehr unter Kontrolle haben, müssen sie schnell gewaschen werden. Wir reden hier seit Tagen über die Würde von Menschen. Das gehört ganz vorn mit dazu! (Beifall)

Schließlich wollen wir, dass niemand allein sterben muss, sondern dass der letzte Gang begleitet wird. Auch das gehört zum Alltag in deutschen Krankenhäusern, dass Menschen in der letzten Stunde ganz allein gelassen werden.

Die Auszubildenden beklagen eine mangelnde praktische Anleitung. Wenn die Kolleginnen und Kollegen schon in diesen frühen Phasen ihrer Berufstätigkeit sagen, ich weiß gar nicht, ob ich diesen Beruf wirklich ausüben will, weil ich ihn mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren kann, und das, was ich theoretisch lerne, kann ich auf der Station im Alltag nicht umsetzen - mehr Alarmzeichen kann es nicht geben.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Euch ganz herzlich: Unterstützt uns bei diesem wichtigen gesellschaftlichen Vorhaben im Interesse der Beschäftigten und im Interesse von uns selbst und im Interesse unserer Angehörigen. Morgen kann es uns alle miteinander schon betreffen, wenn es zu wenig Personal in den Krankenhäusern und in der Altenpflege gibt. Wir brauchen ein funktionierendes Gesundheitswesen. - Ich danke für Eure Aufmerksamkeit. Und bleibt gesund. Danke schön. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Sylvia, vielen Dank. - Von dem Applaus hast Du mitgenommen, dass wir sicherlich jetzt gleich bei der Antragsberatung eine große Unterstützung haben werden.

Ich schaue noch einmal zu Burkhard. Gibt es Empfehlungen, die Du noch einmal erläutern möchtest?

Burkhard Siebert, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank, Sylvia. Du hast hier sehr engagiert dargestellt, weshalb wir natürlich für Annahme des Antrags M 001 plädieren. Antrag M 004, der auch aufgerufen ist, wird komplett durch Antrag M 001 abgedeckt und Antrag M 005 im Grunde auch. Allerdings ist da noch die stationäre Versorgung als eigenständiger Abschnitt enthalten. Deshalb empfehlen wir hierzu Annahme als Material zu Antrag M 001.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Burkhard. - Damit kommen wir zur Abstimmung über die Anträge. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig. Wunderbar. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich rufe auf die Anträge M 002 und M 003. Burkhard, Du hast das Wort.

Burkhard Siebert, Sprecher der Antragsberatungskommission

Petra, danke. - Antrag M 002 wird im Grunde auch durch Antrag M 001 abgedeckt. Allerdings fordert dieser Antrag in Erweiterung das beschriebene Bürgerversicherungsmodell und eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze sowie eine generelle Einbeziehung anderer Einkunftsarten. Nach unserer Diskussion halten wir das bislang noch nicht für konsensfähig im DGB. Hier ist eine weitergehende fachliche Beratung hinsichtlich der Verteilungswirkungen und auch möglicher Umsetzungsschritte erforderlich. Deshalb empfehlen wir Euch Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Burkhard. - Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - 1 Enthaltung. Bei einer Enthaltung so beschlossen. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Ich rufe auf den Antrag M 006, § 45 SGB V - Krankengeld bei Erkrankung des Kindes, hier: Erhöhung des Alters auf 14 Jahre. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme. Es ist keine Wortmeldung bei uns eingegangen, sodass wir gleich darüber abstimmen können. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Der letzte Antrag im Sachgebiet M ist der Antrag M 007, Gesetzliche Richtigstellung des Begriffes „Lückenlose Krankschreibung“. Hier empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle Einstimmigkeit fest. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zum nächsten Sachgebiet, bleiben aber beim selben Sprecher, nämlich bei Burkhard. Wir kommen zum Sachgebiet N, Soziale Selbstverwaltung - weiterentwickeln und stärken. Burkhard, Du hast das Wort.

Burkhard Siebert, Sprecher der Antragsberatungskommission

Hier liegt nur ein Antrag vor. Deshalb erspare ich uns eine Einleitung in den Block. Der DGB-Bundesvorstand hat diesen Antrag eingebracht, weil es in dieser Legislaturperiode voraussichtlich eine Reform der Rahmenbedingungen für die Selbstver-

waltung und die Sozialversicherung vor allem geben wird. Der Antrag macht eines klar: Die soziale Selbstverwaltung ist bewährt und sie ist auch zukunftsfähig. Gleichzeitig sind Forderungen und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Stärkung der Selbstverwaltung formuliert und es wird auch unsere gewerkschaftliche Forderung begründet, dass auch künftig sogenannte Friedenswahlen möglich sein sollen. Wir empfehlen Euch deshalb die Annahme dieses Antrags.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Burkhard. - Uns liegt eine Wortmeldung vor. Es hat das Wort die Kollegin Eva Welskop-Deffaa von der Gewerkschaft ver.di, Teilnehmernummer 274. Eva, Du hast das Wort.

Eva Welskop-Deffaa

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Starke Gewerkschaften sind Motoren eines starken Sozialstaats. Und ein starker Sozialstaat ist genau das, was wir heute brauchen in Zeiten prekärer Beschäftigung, in Zeiten langen Lebens. Diese Botschaft ist sehr vernehmlich gewesen bei diesem Ordentlichen Bundeskongress. Diese Botschaft ist gehört worden als Botschaft des 20. Parlaments der Arbeit. Als wir über Europa diskutiert haben, als wir über die neue Ordnung der Arbeit und über den handlungsfähigen Staat diskutiert haben, da waren wir uns einig: Ohne starke Gewerkschaften kommt der Sozialstaat ins Stottern. Ohne uns sind die institutionellen Errungenschaften der Sozial- und der Sozialversicherungspolitik immer wieder gefährdet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gilt aber auch: Kein starker Sozialstaat ohne starke Selbstverwaltungen in den Sozialversicherungen. Kein starker Sozialstaat ohne starke Gewerkschaften in der sozialen Selbstverwaltung. Denen - und es gibt sie -, die die gewerkschaftliche Arbeit in der Selbstverwaltung als so eine Art Aschenputtel sehen, müssen wir das immer wieder neu zurufen. Als Aschenputtel in der Selbstverwaltung Erbsen sortieren, während die gewerkschaftlichen Schwestern bei Tarifarbeit und Mitbestimmung sich zum Tanze fein machen - so wollen wir es nicht. Arbeit in der Selbstverwaltung ist Mitbestimmung. Arbeit in der Selbstverwaltung ist gewerkschaftliches Kerngeschäft zur Mitgestaltung guter Arbeit und sozialer Sicherheit. (Leichter Beifall)

Vor fast auf den Tag genau 125 Jahren hat der Reichstag damals Bismarcks Rentenversicherung beschlossen und damit den Grundstein gelegt für die Mitwirkung der Gewerkschaften in der Selbstverwaltung der Rentenversicherung. Was ursprünglich aber als Schwächung der Gewerkschaften gedacht war, erwies sich schon bald als unsere Machtressource. Bismarck hat - viele von Euch wissen es - der Sozialversicherung in seinen Memoiren keine Zeile gewidmet, weil er gemerkt hat: Dieser Schuss ging nach hinten los. Die Gewerkschaften wurden durch die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung gestärkt und der Obrigkeitsstaat geschwächt. Mitverantwortung der Gewerkschaften in der Sozialversicherung hat einerseits die Sozialversicherung auf die Bedarfe der Versicherten und der Beschäftigten hin geordnet und Mitverantwortung der Gewerkschaften in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen hat den Gewerkschaften Kompetenz und Gestaltungsmacht zuwachsen lassen.

Jetzt - das wurde von der Antragskommission schon gesagt - hat die Große Koalition angekündigt, die Selbstverwaltung zu reformieren. Es heißt im Koalitionsvertrag, sie wolle die Selbstverwaltung stärken. Das ist gut so. Hinter uns liegen 20 Jahre der Schwächung der Selbstverwaltung in allen Zweigen der sozialen Selbstverwaltungen. Der Antrag N 001 macht deutlich, dass wir eine Reform der Selbstverwaltung unterstützen, ja, dass wir eine Stärkung der Selbstverwaltung dringend einfordern. Der Antrag zeigt auf, welche Anforderungen wir an eine Reform der sozialen Selbstverwaltung richten und wo wir den Gesetzgeber in die Pflicht nehmen wollen. Der Antrag ist sozusagen unsere politische Verhandlungsbilapause für Andrea Nahles und Hermann Gröhe.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bessere Gesetze mit größeren Gestaltungsspielräumen für Selbstverwalter allein reichen nicht aus. Wir müssen die Gestaltungsmacht in der Selbstverwaltung aktiv nutzen. Wir müssen das Aschenputtelsyndrom abschütteln. Gewerkschaftliche Arbeit in der Selbstverwaltung ist Herzstück gewerkschaftlicher Mitbestimmung im Sozialstaat. Das gilt für die Krankenkassen und für die Unfallversicherungen, das gilt für die Rente ebenso wie für die Arbeitsverwaltungen. Sozialpartnerschaftliche Selbstverwaltung vertritt wirkungsvoll die Interessen der Beschäftigten aller unserer Mitglieder in den Schaltzentralen der Sozialversicherungen. Lasst uns, gestützt auf den vorliegenden Antrag, Selbstverwaltung als gewerkschaftliches Projekt in die Zukunft tragen: für die Interessen unserer Mitglieder. Glück auf! (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, liebe Eva. - Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Es ist Annahme empfohlen. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrag N 001 stimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeiten. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? Das war damit einstimmig, Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank an Burkhard. Jetzt hast Du als Sprecher der Antragsberatungskommission erst einmal Pause. (Vereinzelt Beifall)

Als nächste Sprecherin der Antragsberatungskommission kommt wieder die Kollegin Ulrike Laux zu uns. Wir sind im Sachgebiet O - Strukturwandel in Industrie und Dienstleistungen gestalten. Es geht um den Antrag O 001 „Strukturwandel in Industrie und Dienstleistungen gestalten“. Ulrike, Du hast das Wort.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. - In dem Antragsblock O - Strukturwandel in Industrie und Dienstleistungen gestalten - haben wir zwei Anträge. Beide Anträge gehen von der zunehmenden Verflechtung von Industrie und Dienstleistungen aus. Sie stellen einen wirklich wichtigen Fortschritt gegenüber der bisherigen Debatte dar, indem hier die Industriepolitik und die Dienstleistungspolitik in einem gemeinsamen integrierten Ansatz entwickelt und gestaltet werden sollen.

Während wir den Antrag O 001 zur Annahme ohne Einschränkung empfohlen haben, haben wir bei dem Antrag O 002 eine Anmerkung. Deswegen unsere Empfehlung: Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. Zur Information für Euch: In dem Antrag O 002 sind einige energiepolitische Forderungen wie zum Beispiel 100 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien bis 2050, die über den bisherigen Leitantrag O 001 hinausgehen. Dazu kommt, dass sich der Antrag im Wesentlichen an die Ebene der Bundesländer richtet. Deswegen lautet die Empfehlung dort: Annahme als Material.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Ulrike. - Wir haben eine Wortmeldung. Das Wort hat die Kollegin Gundula Lasch, Gewerkschaft ver.di, Teilnehmerinnennummer 374.

Gundula Lasch

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem vorliegenden Antrag werden der wirtschaftliche Strukturwandel und die Herausforderungen an die Gewerkschaften für die Zukunft beschrieben, also für uns alle. Deshalb möchte ich Euch auf einen Aspekt aufmerksam machen, der aus unserer speziellen Sicht bislang etwas vernachlässigt wurde.

Ich selber bin freie Journalistin. Ich bin ehrenamtliche Vorsitzende von über 30.000 in ver.di organisierten Soloselbstständigen. Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Wandel der Arbeitswelt“ wird immer von der Zunahme prekärer Beschäftigung gesprochen, von Leiharbeit, von Befristungen, von Werkvertragsunternehmen. Die Soloselbstständigen, die am Ende dieser Kette stecken, werden dabei oft vergessen. Sie sind in immer mehr Bereichen zu finden, und sie werden immer mehr.

Im Antrag steht, dass rund 28 Millionen Menschen mittlerweile in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt sind. Fast jeder Zehnte davon ist soloselbstständig tätig, das heißt allein und auf eigene Kasse. Gerade vorgestern kam eine aktuelle Studie des Instituts für Mittelstandsforschung heraus, die zeigt, wie auffällig viele Selbstständige auf Grundsicherung angewiesen sind, nämlich genau in den Bereichen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind: in der Kunst, in der Kultur, in den Medien, aber auch immer mehr in Erziehung, Bildung, Pflege und Betreuung. Ein großer Teil dieser Betroffenen gehört zur Bildungselite unseres Landes. Das Argument der mangelnden Qualifizierung kann für diese Menschen nicht zutreffen, die oft ein Studium abgeschlossen haben und in anspruchsvollen Berufen unterwegs sind.

Auch Ausgliederungen in der Privatwirtschaft führen häufig zu einer Verlagerung der Risiken auf schwächere Schultern, was zum Beispiel bei den kleinen Selbstständigen zu niedrigen Einkommen führt. So steht es in der Studie. Die Hälfte derer, die trotz Berufstätigkeit aufstocken müssen, erzielen höchstens 3 Euro pro Arbeitsstunde, Kolleginnen und Kollegen, nicht 8,50 Euro, nicht 5 Euro: 3 Euro pro Arbeitsstunde.

Ich nenne Euch ein Beispiel. Es ist mittlerweile Usus, dass Journalisten mit 13 Cent pro Druckzeile entlohnt werden. Könnt Ihr Euch vorstellen, was man da verdient? Bei der großen Deutschen Presse-Agentur bekommt ein Journalist, der als Freiberufler Tagesdienst macht, 100 Euro brutto. Was eigentlich noch skandalöser ist: Dozenten an Volkshochschulen, die Integrationskurse geben, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten, müssen trotz voller Stundenzahl aufstocken.

Wir halten das für einen politischen Skandal. Das sind Kolleginnen und Kollegen, die staatliche Hoheitsaufgaben erfüllen und mit einem Lohn oder Honorar nach Hause geschickt werden, mit dem sie hinterher aufs Amt gehen und aufstocken müssen. (Beifall)

Warum erzähle ich Euch das alles? Ich erzähle Euch das deswegen, weil ich Euren Blick schärfen möchte, weil ich an die Hauptamtlichen in allen Gewerkschaften, die hier sitzen, aber auch an Betriebs- und Personalräte, an Vertrauensleute appellieren möchte: Schaut Euch um, guckt Euch die Kollegen an, überlegt Euch, was Ihr mit den Selbstständigen, die früher Eure Kollegen waren - gerade an Bildungseinrichtungen ist es oft so, dass dieselben Kollegen, die früher angestellt waren, jetzt als Honorarkräfte tätig sind -, machen könnt. Versucht sie nicht nach dem Status zu beurteilen, sondern zu schauen, was Ihr

kollektiv an Lösungen finden könnt. Ihr sitzt alle im selben Boot. Wir möchten, dass wir zusammen für unsere Rechte eintreten. Da haben wir wieder dieses „Würde kennt keine Ausnahme“. Wir möchten auch nicht zulassen, dass Selbstständige zur Billigkonkurrenz von abgesicherter Arbeit werden. Das würde nämlich passieren, wenn wir uns nicht zusammenschließen.
(Vereinzelt Beifall)

Wir haben unheimlich Zuwächse in diesem Bereich. Wir haben immer mehr Leute aus dem selbstständigen Bereich, die eintreten. Wir haben leider auch immer mehr, die wieder austreten, wenn sie ihren Job verlieren. Haltet die Kollegen dabei! Versucht sie einzubeziehen, unabhängig davon, welchen Status sie gerade haben.

Als kleines Beispiel möchte ich Euch noch Folgendes sagen: Dazu ist es nötig, dass die Gewerkschaften miteinander arbeiten, die im DGB unter einem Dach sitzen. In Wissenschaftseinrichtungen, in Bildungseinrichtungen, in Schulen und Volkshochschulen sind oft Kolleginnen und Kollegen von GEW und ver.di organisiert. Da gibt es aus meiner Sicht bisher noch viel zu wenig Zusammenarbeit. Wir möchten, dass es völlig egal ist, ob jemand da oder dort organisiert ist. Wenn er unter dem Dach des DGB organisiert ist, muss es möglich sein, gemeinsame Projekte zu machen, Belegschaften zusammenzuhalten, auch über Statusgrenzen hinweg und dadurch schlagkräftiger zu werden. Denn gerade in der Bildung geht es für ihre Rechte im Moment bergab. Es gibt immer mehr Kollegen, die gerne aktiv werden und sich für ihre Rechte einsetzen möchten. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung. - Danke. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Gundula. - Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen jetzt über den Antrag O 001 ab. Hier ist Annahme empfohlen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Der Antrag O 002 wird aufgerufen. Empfehlung: Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand. Ulrike, dazu hast Du schon erläutert?

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Es bleibt bei der Empfehlung der Antragsberatungskommission. Danke.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Ulrike. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit auch einstimmig beschlossen. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Bevor wir mit dem nächsten Sachgebiet weitermachen, Kolleginnen und Kollegen - Ihr seid alle sehr diszipliniert -, benötigen wir fünf Minuten biologische Pause. Wenn Ihr sitzen bleiben wollt, bleibt bitte sitzen. Ansonsten machen wir eine kurze Pause, um dann um 12.20 Uhr weiterzumachen. Dann ist Erhard Ott dran. Vielen Dank.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.10 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 12.21 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen fortfahren mit den Beratungen zum Sachgebiet P - Die Energiewende sozial gestalten. Dazu hat ein Wechsel in der Antragsberatungskommission stattgefunden. Es berichtet jetzt wieder der Kollege Erhard Ott. Erhard, Du hast das Wort.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Antragsblock P „Die Energiewende sozial gestalten“ liegen neben dem Leitantrag des Bundesvorstandes drei weitere Anträge vor. In diesem Sachgebiet geht es um die gewerkschaftlichen Anforderungen und Positionen zur sozialen Gestaltung der Energiewende.

Nach der fürchterlichen Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 wurde in Deutschland mit dem zweiten Atomausstiegsbeschluss die Energiewende ausgerufen und dies nur ein halbes Jahr später, nachdem die damalige Bundesregierung zuvor noch die Restlaufzeiten der Kernkraftwerke verlängert und damit letztendlich den gesellschaftlichen Konsens zur Atomenergie aufgekündigt hatten.

Mit dem erneuten Atomausstieg wurde an den energiepolitischen Kurs der rot-grünen Bundesregierung angeknüpft. Insbesondere die erneuerbaren Energien sollten ausgebaut werden. Dieser energiepolitische Zickzackkurs der schwarz-gelben

Bundesregierung und die mangelnde Umsetzung der notwendigen Maßnahmen haben auch uns in den Gewerkschaften in den letzten Jahren stark bewegt. Ich kann als für den Energiebereich zuständiges Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes ein Lied davon singen.

Es ist deshalb gut, dass wir mittlerweile wieder das Gefühl bekommen, dass die jetzige Bundesregierung eine Energiepolitik aus einem Guss anstrebt und die Herausforderungen der Energiewende endlich angenommen werden.

Deswegen empfehlen wir den Antrag P 001 zur Annahme bei gleichzeitiger Erledigung der Anträge P 002 und P 004 und den Antrag P 003 als Material zum Antrag P 001.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Erhard, dass Du die jetzt zur Debatte stehenden Anträge aufgerufen hast. Dann brauche ich das nicht mehr zu machen, denn ich hatte das vorhin versäumt. Uns liegen dazu bisher zwei Wortmeldungen vor. Zunächst spricht zu uns der Delegierte Frank Neye von ver.di, Teilnehmernummer 318.

Frank Neye

Zunächst Glückauf! Ich komme aus Grevenbroich. Ich weiß nicht, ob das jemand kennt. Es liegt im rheinischen Revier, umgeben von den Städten Düsseldorf, Köln und Aachen. Wir haben dort drei große Tagebaue. Wir haben dort im Augenblick die modernsten Braunkohlekraftwerke, die mit einer ganz neuen Technik gebaut worden sind. Ich stehe hier als Sprecher der Fachgruppe Energie und Bergbau, um auch mal zu sagen, dass wir in diesem Bereich die Interessen von etlichen Mitgliedern vertreten. Es sind rund 170.000 Beschäftigte im Energiebereich unterwegs. Ich bin stolz darauf, im Ehrenamt Sprecher zu sein; denn wir haben in den Jahren immer dafür gesorgt, dass eine sichere und saubere Energie erzeugt worden ist, dass immer Energie vorhanden ist. Das muss an dieser Stelle auch noch einmal gesagt werden. (Beifall)

Die von uns vertretenen Mitglieder in ver.di als Dienstleister sind die Kollegen, die zum Beispiel in den Wasserwerken oder Wasserkraftwerken, in den Stadtwerken, in Müllverbrennungsanlagen, in privaten und kommunalen Heiz- und Blockkraftwerken oder natürlich auch in den von den großen Energieerzeugern betriebenen Werken von RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW tätig sind, aber auch die Kolleginnen und Kollegen, die in den Übertragungs- und Verteilernetzen sowie in den Servicebereichen tätig sind.

Uns hat natürlich die Wende, die im Prinzip richtig ist und die wir auch sehr unterstützen, in den Ausgestaltungen für die Beschäftigten hart getroffen. Es war so, dass wir nach Fukushima plötzlich 80 Millionen Energieexperten hatten, die veränderungswütig waren. Entsprechend sind auch blitzschnell Veränderungs- und Regulierungsmechanismen gestrickt worden, die man auf der einen oder anderen Seite mitunter selber noch einmal regulieren muss. Dafür hat es ja genügend Ansätze zum EEG und so weiter gegeben. Details möchte ich jetzt nicht nennen; denn die sind alle in dem Antrag enthalten.

Wir haben uns als Gewerkschaft rechtzeitig eingebracht. Nicht immer hat uns die Politik gehört. Mitunter sind dabei Regulierungsmechanismen herausgekommen, die sich mehr oder weniger als Geschäftsmodelle für Besserverdienende entpuppt haben. Im Prinzip waren Leidtragende immer der Verbraucher, der Staat und, wie wir meinen, die Beschäftigten in der Energieindustrie. (Beifall)

Als wir den Leitantrag zur sozialen Energiewende gesehen hatten – das ist ein Werk, an dem alle beteiligten Gewerkschaften mitgearbeitet haben –, ging einem Gewerkschafter das Herz auf. Das ist ein Arbeitspapier, mit dem man wirklich etwas anfangen kann, das uns die Möglichkeit gibt, sozial mitzugestalten.

Ich kann Euch nur bitten, diesen Antrag ohne Wenn und Aber so zu unterstützen, wie es uns empfohlen worden ist. (Beifall)

Die beteiligten Gewerkschaften werden natürlich daran arbeiten. Aber was wir dann brauchen, ist die Akzeptanz aller für eine echte Energiewende. Diese wird auch mit Sicherheit nicht billig werden. In dem Papier steht auch, dass wir Aktionsprogramme für einkommensarme Haushalte brauchen. Und wir wollen bezahlbare Energie für alle.

Kolleginnen und Kollegen, es müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass eine alleinerziehende Mutter oder ein Familienvater, der seiner ganz normalen Tätigkeit nachgeht, oder ein Rentner in der Lage sein müssen, von ihrem Einkommen die Energie zu bezahlen. Das wäre der richtige Ansatz. Wir brauchen einen vernünftigen Mindestlohn, und wir brauchen vernünftige Renten. Auch das gehört dazu, wenn wir eine Energiewende vernünftig gestalten wollen. Wir müssen es machen; denn wir müssen unseren Nachkommen eine vernünftige Welt hinterlassen, die sauber ist und Perspektiven eröffnet. Dieses sicherzustellen haben wir jetzt die Möglichkeit. Dieses Papier ist also gut. – Danke. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Frank. Es folgt nun Norman Brachmann von der IG Metall, Teilnehmernummer 181. Norman, Du hast das Wort.

Norman Brachmann

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Sätze zu meiner Person. Der Name ist gesagt worden, ich komme aus dem Saarland. Ich hoffe, dass das mit dem Dialekt einigermaßen gelingt und man mich verstehen kann. (Vereinzelt Beifall) Ich möchte ein paar Worte dazu sagen. Ich vertrete, so verstehe ich mich auch hier, die Holzwerkstoffindustrie in Deutschland – mitunter. In dem Unternehmen, in dem ich beschäftigt bin, bin ich Betriebsratsvorsitzender. Wir hatten mit dem Stichtag 8. Dezember 2012 noch 308 Beschäftigte. Uns wurde dann offenbart, dass 108 Arbeitsplätze verlagert werden, also jeder dritte, nach Polen. Ein Auslöser, warum das geschehen ist, ist der, dass die Energiewende aus meiner Sicht wie in einem Schweinsgalopp durch das Land getrieben wird. Was hat man getan? Man ist hingegangen und hat Biomasseheizkraftwerke aus dem Boden gestampft, hat den Strom, den man dort erzeugt, gefördert, irrsinnig hoch gefördert. Das führte dazu, dass das Holz aus dem Wald genommen wurde, und anstatt mit diesem Holz, wenn es eine Eignung besaß, Holzfasernplatten, die wir jetzt herstellen, oder Spanplatten oder OSB-Platten herzustellen, fährt man es ins Heizkraftwerk, schmeißt den Baum in den Ofen, verbrennt ihn, macht Strom davon und fördert das irrsinnig. Diejenigen, die den kleinen Kachelofen zu Hause betreiben, wissen, was ein Meter Holz mittlerweile kostet, und haben gemerkt, der, der das gefördert bekommt, kann diese Preise auch bezahlen.

Deswegen fehlt mir in diesem Antrag, den ich ausdrücklich unterstütze, ab Zeile 319, wo es „Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe erhalten und auf eine rechtlich solide gesellschaftlich tragfähige Grundlage stellen. Branchen wie Stahl, Aluminium, Kupfer, Chemie, Papier, Glas, Zement oder Keramik“ heißt, auch die Holzwerkstoffindustrie, auch wenn sie eine kleine ist. Die hätte ich gerne aufgenommen. Damit man weiß, was es überhaupt bedeutet: Die Marktbegleiter, die im europäischen umliegenden Land produzieren, haben Stromkosten von etwa 7 Prozent, weil sie munter auf Atomstrom setzen. Ich spreche einmal Frankreich ganz gezielt an. Die lachen sich auch noch über die Saarländer kaputt, weil sie gegen Cattenom demonstrieren, was 30 Kilometer von uns weg ist. Es ist eine Frage der Zeit, bis die Tomaten bei uns im Saarland unheimlich dick sind. Darauf warten wir noch. Das ist für mich ein Unding. Deswegen bitte die Holzindustrie auch aufnehmen.

Was wäre der richtige Weg? Der richtige Weg wäre, man schaut in den Wald, sieht einen Baum, der ist dick gewachsen. Was macht man mit dem? Er ist gerade, dann legt man ihn als First in ein Hausdach. Da liegt er 30, 40, 50 oder 80 Jahre. Dann macht man das Dach neu. Dann guckt man sich den First an: Oh, was mache ich mit dem? Jetzt mache ich den klein zu Chips. Dann machen wir eine Spanplatte oder eine Faserplatte daraus, bauen einen Wohnzimmerschrank, stellen den noch einmal 20 Jahre ins Haus. Wenn man dieses Möbelstück nicht mehr braucht, dann machen wir es kaputt und verbrennen es, machen Strom raus. Dann haben wir eine Kaskade und den Wertstoff Holz, einen richtig wertvollen Stoff, richtig genutzt und ihn nicht einfach in den Ofen geschmissen und direkt von Anfang an verbrannt. – Vielen Dank. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Norman. – Wir haben noch den nächsten Redner. Das ist der Kollege Claus-Harald Güster mit der Teilnehmernummer 243. Du hast das Wort.

Claus-Harald Güster

Schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Wir vertreten nicht nur die Gaststätten, wir vertreten auch den Genuss, und vor allen Dingen vertreten wir auch die Beschäftigten in der Ernährungsindustrie. Deswegen sind wir auch dort auf preiswerte Energien angewiesen, damit unsere Beschäftigten und unsere Arbeitsplätze auch wettbewerbsfähig bleiben. Deswegen sind wir im Grundsatz auch für das, was im Antrag steht, und wir werden den auch mittragen.

Wir haben in dem Antrag nur ein kleines Problem, und das ist das Thema Fracking. Dazu haben wir als NGG eine Meinung. Ich habe dazu eine Meinung als Mensch, und ich habe dazu eine Meinung als Bierbrauer. Wenn es dann ans Wasser und an die Wasserqualität geht, dann wird es bei mir elektrisch. Von daher, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir genau aufpassen, was dort passiert. Das ist ja keine neue Technologie, die da angewendet werden soll. In den USA arbeitet man damit schon seit über 60 Jahren. Wenn das hier in einem dichtbesiedelten Gebiet wie der Bundesrepublik Deutschland angewendet werden soll, dann habe ich da größte Sorgen, was die Wasserqualität angeht, (Beifall) und die brauchen wir nicht nur zum Bierbrauen. Das ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt. Das brauchen wir für die gesamte Getränkeherstellung, das brauchen wir aber auch für alle anderen Nahrungsmittel, die wir herstellen. Überall ist für dieses wichtigste Lebensmittel ge-

fordert, dass es in einer astreinen Qualität gefördert wird und nicht durch irgendwelche Substanzen, die über die Energiegewinnung dann eventuell in das Wasser gelangen, gefährdet wird.

Natürlich, Kolleginnen und Kollegen, jeder von uns braucht am Tag Wasser, nicht nur um sich zu waschen, sondern auch um es zu trinken. Deswegen brauchen wir sauberes Wasser. Da ist mir im Prinzip der Antrag P 003 der liebere. Wobei ich sage, wir tragen das alles mit. Ich möchte aber ganz gerne, dass bei den Beratungen dazu – der soll als Material zu dem Energielantrag angenommen werden - darauf Rücksicht genommen wird und wir unsere Position zur sauberen Qualität des Wassers deutlich zu Gehör bringen, wenn diese Technologie hier im Land irgendwann vielleicht angewendet werden soll. Wie gesagt, Wasserqualität steht da als Punkt eins. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Claus-Harald. – Wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schaue noch einmal zur Antragsberatungskommission. Da war erwähnt worden, zumindest die Holzindustrie mit aufzunehmen. Erhard.

Erhard Ott, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir haben uns hier noch einmal verständigt. Im Antrag selbst sind die Branchen genannt worden, die sich im internationalen Wettbewerb befinden und sehr stromintensiv sind. Wir wollen, dass sie auch weiterhin befreit werden. Es hat in den letzten Monaten der vorherigen Koalition noch eine breite Ausdehnung gegeben. Wir schlagen vor, da es sich in dem Antrag um eine beispielhafte Aufzählung handelt, dass wir noch einmal deutlicher machen, dass es eine solche ist, und sagen: „wie zum Beispiel“, ohne eine weitere Aufzählung. Sonst würden wir wahrscheinlich eine Diskussion bekommen, wer noch mit aufgenommen werden möchte. Aber klar ist, es ist eine beispielhafte Aufzählung.

Zum zweiten Punkt, Fracking, haben wir eine breite Diskussion mit allen Gewerkschaften im Ausschuss für Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik des DGB dazu gehabt und haben uns darauf verständigt, dass das Moratorium, das gefordert wird, das derzeit auch vorhanden ist, ein Weg ist, weiter die Risiken abschließend zu bewerten und dabei, ganz klar, Gefahren für Menschen und Umwelt auszuschließen. Das ist die Zielsetzung. Deswegen auch die Empfehlung, den Antrag P 003 als Material anzunehmen und dem Antrag P 001 zuzuordnen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Erhard, für die Klarstellung. – Wir haben die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu den Anträgen P 001, P 002, P 004 und P 003 gehört. Wir können darüber abstimmen. Wer für die Empfehlungen der Antragsberatungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ist jemand gegen die Empfehlungen der Antragsberatungskommission? – Ich frage noch die Enthaltungen ab. – Bei einigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen so angenommen. Vielen Dank, Erhard, auch für die Leitung der Antragsberatungskommission. (Beifall)

Wir kommen jetzt zum Sachgebiet Q – Ökologische Verkehrswende sozial gestalten. Hierzu wird uns Maritta Plan von der Antragsberatungskommission in den Sachbereich einführen.

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Antragsblock „Ökologische Verkehrswende sozial gestalten“ liegen neben dem Leit Antrag des Bundesvorstandes fünf weitere Anträge vor. In diesem Sachgebiet geht es um die gewerkschaftlichen Anforderungen und Positionen zur sozialen Gestaltung einer ökologischen Verkehrswende. Verkehr ist neben Strom und Wärme ein wesentliches Handlungsfeld einer umfassenden Energiewende. Die Anträge befassen sich deshalb neben der Stärkung von umweltfreundlichen Anträgen von Verkehrsträgern mit dem Zugang zum EEG und auch mit Fragen der Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Maritta. – Ich rufe jetzt auf den Antrag Q 001 – Ökologische Verkehrswende sozial gestalten - auf. Mir liegen zwei Wortmeldungen vor, einmal vom Kollegen Walter Moßner von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft und von dem Kollegen Friedrich Bauer von ver.di. Aber ich weiß, dass Maritta keine Ruhe geben wird. Sie möchte etwas sagen.

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Ich möchte hier Ungehorsam zeigen und möchte Euch noch sagen, wie bedeutungsvoll für mich das Verkehrswesen ist. Ich war 43 Jahre lang aktiv tätig. Deswegen muss ich grundsätzlich feststellen, dass der Verkehrsbereich gemessen an seiner Bedeutung für den Klimaschutz und die Energiewende zu wenig im Fokus steht. (Beifall)

Der Antrag soll dazu beitragen, das zu ändern. Wir brauchen nicht nur eine Energiewende, wir brauchen auch eine Verkehrswende, wenn Nachhaltigkeit wirklich zu einem durchgehenden Leitprinzip werden soll. Wir brauchen darüber hinaus eine Verstärkung der sozialen Dimension. Das betrifft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hier tätig sind, genauso wie die Kundinnen und Kunden. Mobilität muss für jeden erschwinglich sein. In der Branche muss das Prinzip der guten Arbeit durchgängig Beachtung finden.

Der Antrag Q 001 enthält dazu entsprechende Forderungen. Der Antrag stellt auch einen breiten Konsens zwischen den Gewerkschaften dar. Es ist der erste gemeinsame Antrag zum Verkehr seit langem. Deswegen hat sich die Antragsberatungskommission entschieden, Euch diesen Antrag zur Annahme zu empfehlen. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Maritta. Wer 43 Jahre in der Branche arbeitet, darf auch mal außerhalb der Reihenfolge das Wort ergreifen.

Jetzt hat das Wort der Kollege Walter Moßner von der EVG, Teilnehmernummer 80. Walter, Du hast das Wort.

Walter Moßner

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin der Walter Moßner, bin stellvertretender Sprecher des Landesverbandes der EVG in Bayern und seit 1973 bei der Eisenbahn.

Ökologische Verkehrswende sozial gestalten – liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verkehrsleistungen steigen sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr rasant an. Gründe dafür sind internationale Arbeitsteilung, Transport just in time, also die ruhende Lagerhaltung auf Straße und auf der Schiene. Im Personenverkehr sind immer mehr Erwerbstätige gezwungen, auch weit entfernte Arbeitsplatzangebote anzunehmen. Mobilität ist das Grundbedürfnis der Menschen und ist Grundlage für Arbeit und Wohlstand.

Doch Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr und im Güterverkehr ist auch ein gnadenloser Wettbewerb, der nur eines kennt: Das ist die Abwärtsspirale, und zwar auf dem Rücken derjenigen, die man noch auspressen kann, auf dem Rücken der Beschäftigten.

Es gibt Busfahrer, die fangen in Tschechien zu arbeiten an, fahren fünf Kilometer nach Deutschland und fahren hier dann den ganzen Tag Linie, und dann fahren sie wieder zurück. Bezahlt werden sie nicht nach unseren Tarifverträgen, sondern nach tschechischen Tarifverträgen.

Bei der sozialen Verkehrswende muss uns auch die Bahnreform Warnung sein. Hier wurden unter dem Deckmantel der Börsenfähigkeit 300.000 Arbeitsplätze abgebaut. Dank unserer Tarifverträge hat es keine betriebsbedingte Kündigung gegeben, aber die Auswirkungen haben voriges Jahr im Sommer das Sommerloch der Medien gefüllt.

Seit 1996 bekommen die Bundesländer vom Bund Regionalisierungsmittel zugeteilt, über 7 Milliarden Euro im Jahr, mit denen sie dann die Verkehrsleistungen in den Ländern bestellen und bezahlen. Die Leistungen des Bundes wurden lediglich um 1,5 Prozent pro Jahr erhöht, obwohl die Leistungen sehr stark gestiegen sind. Das Geld langt hinten und vorne nicht mehr.

Einige Bundesländer haben jetzt den Vorschlag gemacht, dass man das Geld doch anders umschichten sollte. Bevölkerungreiche Bundesländer sollte man mehr damit bedienen, bevölkerungsarme Bundesländer sollten weniger bekommen. Aber die Auswirkung davon ist, dass diejenigen, die weniger Mittel bekommen, auch weniger Verkehrsleistungen bestellen werden, und die Bevölkerung wird weniger Verkehrsleistungen angeboten bekommen.

Wir sagen: Die Mittel müssen zweckgebunden vergeben werden, und sie müssen um mindestens drei Prozent im Jahr dynamisiert werden. Und es muss noch eines festgestellt werden: Wenn bei Ausschreibungen gefordert wird, dass Fahrzeuge vom neuen Betreiber übernommen werden, dann muss den Beschäftigten auch eingeräumt werden, dass sie sich zum neuen Betreiber bewerben können und da ihre Besitzstände, die sie erarbeitet haben, mitnehmen können. Es kann nicht sein, dass dann, wenn alle 10 bis 15 Jahre ein Betreiberwechsel stattfindet, der Beschäftigte immer wieder ganz unten anfangen muss. Ihr könnt Euch vorstellen, was der für ein Lebensarbeitseinkommen hat und was der dann mal für eine Rente bekommt. (Beifall)

Das 4. Eisenbahnpaket der EU hat unter anderem eine Trennung von Netz und Betrieb vorgesehen und einen Mindestdienst bei Streiks. Das hätte eine Zerschlagung des Bahnkonzerns zur Folge gehabt und auch eine Zerschlagung unserer konzernweiten Tarifverträge. Nach diesen Tarifverträgen haben Beschäftigte bei der Bahn eine lebenslange Beschäftigungsgarantie.

Wenn sie einmal für eine Tätigkeit nicht mehr geeignet sind, diese etwa aus Krankheitsgründen nicht mehr machen können, können sie in andere Unternehmensbereiche wechseln. Das wäre durch das 4. Eisenbahnpaket kaputtgegangen.

Auf einer Demonstration am 25. Februar haben etwa 3.500 Eisenbahner aus ganz Europa vor dem Europaparlament in Straßburg demonstriert, davon waren 1.000 von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Wir haben die Abgeordneten so weit gebracht, dass sie diesen Dingen aus dem Eisenbahnpaket nicht zugestimmt haben. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es ist gestern schon angesprochen worden: Die Infrastruktur auf Straße und Schiene zerbröseln. Es gibt unzählige Brücken, Straßen, Autobahnen oder Beispiele bei der Eisenbahn, die dringend saniert werden müssen. Es ist eine Pkw-Maut im Gespräch. Unser Ministerpräsident hat die Schlaglochdebatte eröffnet. Das sind alles Gedankenspiele, um mehr Geld für die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur zu bekommen.

Die Große Koalition hat zwar einen Schritt in die richtige Richtung gemacht und stellt 5 Milliarden für die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung, 1,5 Milliarden für den Straßenverkehr, 1,05 Milliarden für die Eisenbahn, aber das Ganze in vier Jahren. Nötig wären aber 7,5 Milliarden pro Jahr, und das für einen Zeitraum von 15 Jahren. Da bräuchten wir dann natürlich auch Arbeitskräfte, die das ganze Geld verplanen und verbauen.

Eines muss beim Infrastrukturausbau auch sichergestellt sein: Die Akzeptanz der Bevölkerung muss hergestellt werden und der Lärmschutz darf nicht vergessen werden. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Zeit der Großen Koalition nutzen für den Einstieg in eine ökologische sozialverträgliche Verkehrswende. Mobilität darf nicht mehr nur Wettbewerb bedeuten, sondern Mobilität muss zusammengeführt und verzahnt werden. Alle müssen an einem Strang ziehen. - Ich danke. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Walter. - Es folgt nun der Kollege Friedrich Bauer von ver.di, Teilnehmernummer 385. - Friedrich, Du hast das Wort.

Friedrich Bauer

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich kann ich die Annahme des Antrags Q 001 nur empfehlen. Nachdem bisher der Fokus sehr stark auf Straße und Schiene gerichtet war, möchte ich Euch für die Situation im Luftverkehr, speziell die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Luftverkehr, sensibilisieren. Ich spreche für den Fachbereich Luftverkehr bei ver.di. In weiten Bereichen deckt sich das mit den Ausführungen meines Vorredners, was den Nahverkehr betrifft.

Grundsätzlich kann man feststellen: Der Luftverkehr hat eine glitzernde Fassade. Zusammenfassend kann man sagen: außen hui, innen pfui. Zumindest bei den Flughäfen haben wir es in der Regel mit öffentlichen Anteilseignern zu tun: Bund, Länder und Kommunen. Trotzdem müssen wir in den letzten Jahren eine explosionsartige Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen feststellen, die komplette Palette der aus meiner Sicht unanständigen und unsittlichen Beschäftigungsverhältnisse. Neben ausufernden Befristungen und Werkverträgen nimmt die Zeitarbeit immer weiter zu, und zwar teilweise auf der Basis einer stundenweisen Beschäftigung weit unter 8,50 Euro. Das bedeutet im Einzelfall, dass die Fahrtkosten für ein oder zwei Stunden Einsatz höher sind als die Summe, die während dieser Arbeitszeit verdient werden kann.

Damit ich nicht missverstanden werde: Die Kritik richtet sich nicht an die Kolleginnen und Kollegen, sondern an die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen. Es wird gezielt damit kalkuliert - das ist auch schon mehrmals angesprochen worden -, dass die niedrigen Einkommen mit öffentlichen Geldern aufgestockt werden. Das bedeutet unter anderem auch, dass die Kolleginnen und Kollegen, die über Zeitarbeit eingesetzt werden, und zwar teilweise nur mit niedrigen Stundenkontingenten, im Laufe ihres Lebens, wenn sie längerfristig so beschäftigt sind, nicht über die Grundsicherung hinauskommen werden.

Uns werden die steigenden Kosten für die Sozialversicherung vorgehalten. So kann man Ursache und Wirkung auf den Kopf stellen.

Im Klartext bedeutet dies, dass teilweise prekäre Arbeitsverhältnisse über eine Refinanzierung der öffentlichen Hand finanziert werden. Ursache ist in weiten Teilen der Liberalisierungswahn der Europäischen Kommission. Das wird unterstützt durch nationale Benachteiligungen wie beispielsweise die Luftverkehrsteuer, die es nur in Deutschland gibt.

Meine Forderung ist deshalb: keine weitere Liberalisierung auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. (Beifall) Was das im Einzelfall bedeutet, könnt Ihr in der gestrigen Ausgabe der „Berliner Zeitung“ nachlesen. Dort steht klipp und klar: Lufthansa lagert Dienste in Berlin aus. Welche Konsequenzen das für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen hat, ist dort sehr deutlich und transparent dargestellt. - Schönen Dank. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Friedrich. - Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Q 001: Ökologische Verkehrswende sozial gestalten. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag Q 002 auf: Wachstumsbremse lösen - Verkehrsinfrastrukturücke überwinden - Zukunft sichern. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Annahme in geänderter Fassung. - Maritta, Du hast das Wort.

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die mangelhafte Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wurde bereits im Leitantrag zur ökologischen Verkehrswende aufgegriffen. Wir fordern darin eine Investitionsoffensive. Auch die Forderung nach einem Masterplan Mobilität ist bereits im Leitantrag enthalten.

Der vorliegende Antrag greift aber darüber hinaus einen Aspekt auf, den wir für eine gute Ergänzung zum Leitantrag halten. Dazu gehört die Kritik an PPP-Projekten, die Forderung nach einem neuen Modus der Mittelverteilung auf die Bundesländer und die Forderung nach einem Personalaufbau in den Planungsbehörden und Verwaltungen.

Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet deshalb Annahme in geänderter Fassung. Wie die Änderung aussieht, könnt Ihr in Euren Unterlagen nachlesen. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Maritta, vielen Dank. - Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag Q 002 ist, nämlich Annahme in geänderter Fassung, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Anträge Q 003, Q 004 und Q 005 auf. Bei Antrag Q 003 wird Annahme in geänderter Fassung empfohlen. Bei Annahme erledigen sich die beiden anderen Anträge. - Maritta, Du hast das Wort.

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dazu nicht viel sagen, da das 4. Eisenbahnkonzept schon am Montag durch unseren Vorsitzenden erläutert wurde und der Diskussionsbeitrag von Walter auch noch einmal auf das 4. Eisenbahnpaket hingewiesen hat. Ihr habt dadurch etwas über die Bedeutung, die das für uns als Verkehrseisenbahner hat, erfahren. Ihr könnt das auch in Euren Unterlagen nachlesen.

Ich bitte, dem Antrag in der geänderten Fassung zuzustimmen.

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Maritta. Das heißt, Ihr empfiehlt die Annahme des Antrags Q 003 in geänderter Fassung bei gleichzeitiger Erledigung der Anträge Q 004 und Q 005. - Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so gefolgt.

Wir kommen zum letzten Antrag des Blocks Q. Das ist der Antrag Q 006: Verkehrsprojekt EU-Osterweiterung. - Maritta, Du hast das Wort.

Maritta Plan, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Auch hier könnte ich es mir sehr einfach machen und Eure Zustimmung zur Empfehlung der Antragsberatungskommission erbitten. Ihr könnt das auch in Euren Unterlagen nachlesen. (Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Da wird von der Jugend ein Herz hochgehalten. Maritta, Du hast das Herz der Jugend gewonnen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum letzten Antrag in diesem Block, dem Antrag Q 006: Verkehrsprojekt EU-Osterweiterung. Es wird Annahme in geänderter Fassung als Material an den DGB-Bundesvorstand empfohlen. Wer dieser Empfehlung folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Kolleginnen und Kollegen, das ist damit einstimmig so beschlossen.

Vielen Dank an Maritta als Sprecherin der Antragsberatungskommission. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir fahren jetzt nicht in der Antragsberatung fort, sondern es gibt mehrere Botschaften und auch eine Aktion, die wir uns natürlich nicht entgehen lassen wollen.

Wir hatten eine Reihe Anträge und Diskussionen zu Europa. Es gibt von der DGB-Jugend Hessen-Thüringen unter ivoteeuropa.de eine Mitmachaktion. Es sind hier auch schon einige Bilder über die Leinwand gelaufen. In der Mittagspause wird eine Slideshow eröffnet. Ihr könnt das Bild hochladen und in Eurer Muttersprache erklären, warum Ihr für Europa votet. Das wollte ich noch einmal hier darbieten.

Zweitens wird Reiner Hoffmann als DGB-Vorsitzender nach der Mittagspause eine Solidaritätsbotschaft an die türkischen Kolleginnen und Kollegen senden, an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. (Beifall) Ebenfalls wird ein Kollege, Erdogan von ver.di, hier noch etwas mündlich vortragen. Wir können also nach der Mittagspause hier noch einmal über Video unsere Solidarität mit Worten bekunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt es mir sehr einfach gemacht. Ich bedanke mich im Namen des ganzen Präsidiums dafür, dass die Antragsberatung des Vormittags nun geschlossen werden kann.

Ich will aber noch das ankündigen, worauf wir vorhin schon hingewiesen haben. Ich freue mich sehr, heute junge Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu dürfen, die sich auf die Fahnen geschrieben haben, sich für ein soziales und demokratisches Europa einzusetzen. Dafür sind sie quer durch jenes Europa gereist, um sich mit allen Kolleginnen und Kollegen auszutauschen, ihre Ideen von einem offenen Europa zu diskutieren und auch, um zu erfahren - dieser Austausch ist wichtig -, welche Themen und Probleme die jungen Menschen in anderen europäischen Ländern haben und ihnen unter den Nägeln brennen.

Wir sehen uns kurz den Film zur EVG-Eurorailtour an, um einen Einblick zu bekommen, und hören dann, was die Kolleginnen und Kollegen der EVG-Jugend uns noch zu berichten haben. Danach werden wir in die Mittagspause gehen. Jetzt läuft zunächst der Film.

(Film „EVG-Eurorailtour“ - Die Reisetilnehmer Christin Gerstner, Karolin Jörig, Pascal Labonte, Alexander Caesar, Sebastian Goppelt, Johannes Linke und Florian Witte kommen auf die Bühne und berichten über ihre Reise - starker Beifall)

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine ganz tolle Aktion der EVG-Jugend. Ich denke, ich kann Euch im Namen des gesamten DGB-Bundesvorstandes zu dieser Aktion gratulieren. Sie war phantasievoll, sie hat Ideen nach vorne gebracht (Beifall)

Diese Aktion hat gezeigt: Ihr kämpft gemeinsam für Europa, für ein anderes Europa, für ein soziales Europa, für ein Europa der Menschen und nicht der Märkte. Vor allem brauchen wir ein Europa, das der Jugend eine Zukunft gibt. Damit habt Ihr deutliche Signale gesetzt. Ganz herzlichen Dank für diese tolle Aktion und viel Erfolg, wenn Ihr sie fortsetzt. (Starker Beifall)

Petra Reinbold-Knape, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ein Beispiel für lebendige Jugendarbeit. Ihr habt rübergebracht: Europa ist auch richtig geil. Von daher also: Wählen gehen! Ihr zeigt das.

Wir gehen jetzt in die Mittagspause bis 14.45 Uhr. Kommt bitte pünktlich wieder hier in diesen Saal. Ich wünsche Euch einen guten Appetit. Zu Beginn der Nachmittags Sitzung wird sich das Präsidium dann anders formieren. Glückauf! (Beifall)

(Unterbrechung des Kongresses: 13.24 Uhr)

(Einspieler: Aufruf zum Spenden für die Katastrophe im Kohlebergwerk der türkischen Stadt Soma durch Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes - Beifall)

(Fortsetzung des Kongresses: 14.50 Uhr)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Initiative und in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des ver.di-Bundesmigrationsausschusses, Erdoğan Kaya, haben wir eine Solidaritätserklärung verfasst, über die wir per Akklamation gemeinsam abstimmen sollten.

Wir sind traurig und wütend angesichts der Katastrophe im Kohlebergwerk der türkischen Stadt Soma.

Derzeit wissen wir von 274 getöteten Bergarbeitern, und noch immer sind 120 weitere Bergleute in den Stollen eingeschlossen. Sie haben so gut wie keine Überlebenschance mehr.

In der zwölfjährigen Amtszeit der AKP-Regierung in der Türkei ist dies leider kein Einzelfall: Über 12.000 Kolleginnen und Kollegen sind in dieser Zeit bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen. Dies liegt auch daran, dass vonseiten der Behörden Arbeitsschutzaufgaben nicht systematisch geprüft werden. Noch vor drei Wochen hat die Regierungspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Bergwerksunglücken abgelehnt. Und auch heute weist sie jede Mitverantwortung für die Katastrophe von sich.

Vor diesem Hintergrund haben die türkischen Gewerkschaften für den heutigen Donnerstag zu einem eintägigen Streik aufgerufen.

Wir, die Delegierten des 20. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes, erklären uns solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Türkei.

Wir unterstützen sie bei ihrer Forderung nach der Einhaltung internationaler Mindeststandards bei Arbeitsschutz und Sicherheit.

Die türkische Regierung fordern wir auf, für die Einhaltung dieser Mindeststandards zu sorgen.

Mit unseren Gedanken sind wir bei den Hinterbliebenen der getöteten Kollegen. (Beifall)

Ihr werdet im Laufe des Nachmittags einen Hinweis für das Spendenkonto bekommen, das die IG BCE eingerichtet hat, mit dem Stichwort „Solidarität Bergleute Soma“. - Ihr habt es schon. Umso besser.

Gleichzeitig haben wir organisiert, dass Kolleginnen und Kollegen der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission und mit ihnen die Verteilerinnen und Verteiler dieses Bundeskongresses gleich mit Sammelbehältern durch die Reihen gehen und Euch um Spenden bitten. Das wird noch während des Kongresses ausgezählt werden. Nach der nächsten Pause wird das Ergebnis veröffentlicht werden. Diese Summe wird auf das eben genannte Konto eingezahlt werden. (Vereinzelt Beifall)

Das zu unserer Solidarität mit den türkischen Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, wir müssen sehen, wie wir die über diese konkrete Solidaritätsaktion hinaus noch unterstützen können. Mir geht durch den Kopf - ohne dass ich schon konkret weiß, wie man damit umgehen kann -, dass Herr Erdoğan nächstes Wochenende nach Köln kommt und zu seinen türkischen Landsleuten sprechen wird. Vielleicht können wir da gemeinsam etwas tun. (Beifall)

Ich komme zurück zur Tagesordnung. Es geht weiter mit unserer Antragsberatung. Wir sind schon ein ganzes Stück weitergekommen. Für Euch ein paar Hinweise zu dem von uns angedachten Verlauf dieses Nachmittags. Wir gehen davon aus, dass wir die Antragsberatung heute abschließen können. (Vereinzelt Beifall) Wir sind da guten Mutes. Es ist vorgesehen, am frühen Abend einen Imbiss einzunehmen. Das alles wird sehr flexibel zur Verfügung gestellt. Wir können, glaube ich, die Antragsberatung ganz gelassen angehen.

Ich rufe jetzt den Antragsblock R auf. Für das Sachgebiet R - Handwerk - ist in der Antragsberatungskommission Ulrike Laux zuständig. Ulrike, Du hast das Wort.

Ulrike Laux, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. - Es ist schwer, an dieser Stelle einfach so weiterzumachen. Aber wir haben noch ein paar wegweisende Themen vor uns. Für mich gehört zur innergewerkschaftlichen Solidarität der Bereich Handwerk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Euch liegen zwei Anträge vor: „Keine Zukunft ohne Handwerk“. Wir denken beim Handwerk oft an die alte Volksweisheit: Handwerk hat goldenen Boden. Diese Regel gilt jedoch für viele der 5 Millionen Beschäftigten in deutschen Handwerksbetrieben nicht mehr. Deregulierung der Handwerksordnung, der Strukturwandel im Handwerk sowie die Erosion der handwerklichen Tarifsysteme haben in vielen der 150 Handwerksberufe zu einer deutlichen Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt.

Die beiden vorliegenden Anträge sollen gute Arbeit im Handwerk und mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen im Handwerk voranbringen sowie die Innovationsfähigkeit der Handwerksbranchen stärken. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission beide Anträge zur Annahme.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Ulrike. - Uns liegt bisher eine Wortmeldung vor: des Kollegen Werner Baas von der IG BAU mit der Teilnahmenummer 21. Werner, Du hast das Wort.

Werner Baas

Danke. - Liebe Delegierte! Als Sprecher und Vorsitzender der Bundeshandwerkskonferenz unserer IG Bauen-Agrar-Umwelt möchte ich zu diesen beiden Anträgen einige Anmerkungen machen. Das Handwerk unterliegt einem starken Strukturwandel. Grundtendenz ist ein deutlicher Zuwachs an Unternehmen bei gleichzeitigem massiven Verlust der Beschäftigtenzahl. Das Handwerk hat in den letzten Jahren über 1 Million Arbeitsplätze verloren. Durch den Strukturwandel wurden auch die klassischen Organisationsformen im Handwerk wie zum Beispiel Innungen geschwächt. Es gab Flucht aus der Tarifbindung durch OT-Tarifverträge in Innungen und Bildung neuer Tarifgemeinschaften. Viele Innungen bieten ihren Mitgliedsbetrieben an, sich von der Tarifbindung zu lösen und zu befreien. Diese Mitgliedschaften ohne Tarifbindung haben nur einen Zweck: Selbst wenn es einen qualifizierten Tarifvertrag gibt, wollen die OT-Betriebe ihren Beschäftigten keinen Tariflohn bezahlen.

Die aktuellen Diskussionen der Arbeitnehmervizepräsidenten der 53 Handwerkskammern in Deutschland befassen sich mit Fachkräftesicherung durch gute Arbeit und gute Löhne, Tarifbindung, Transparenz der Kammern, Demokratisierung und mehr Mitbestimmung in den Kammern - um nur einige Themen zu benennen.

Wir müssen die Arbeitgeberverbände an den Verhandlungstisch für gute Arbeit und gute Löhne bringen. Sonst hat das Handwerk für die über 5 Millionen Kolleginnen und Kollegen keinen goldenen Boden.

Liebe Delegierte, ich bitte um Ihre Zustimmung und Unterstützung dieser beiden Anträge R 001 und R 002. Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Werner. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Hat die Antragsberatungskommission noch etwas? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Empfehlung der Antragsberatungskommission zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen.

Ich rufe dann den Antrag R 002 auf. Auch der ist zur Annahme empfohlen. Wir hatten uns darauf verständigt, dass, wenn ein Antrag zur Annahme empfohlen wird, nichts weiter kommentiert wird. Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle diesen Antrag mit der Empfehlung Annahme zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Beide Anträge sind einstimmig angenommen worden. (Vereinzelt Beifall)

Nachdem wir die Satzungsanträge schon zu Beginn der Antragsberatungen erledigt hatten, rufe ich nach dem nun folgenden Jingle den Antragsblock T - Für ein Europa mit Zukunft: sozial, gerecht, demokratisch - auf, für den die Kollegin Edeltraud Glänzer zuständig ist. Bitte, Edeltraud, Du hast das Wort.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Vielen Dank für den Einspieler. Ich knüpfe aber gerne auch noch einmal an den Beitrag der Kolleginnen und Kollegen der EVG an, die quer durch Europa gereist sind und, wie ich finde, in beeindruckender Weise Stimmen eingefordert haben für ein Europa mit Zukunft. Sie haben zugleich deutlich unterstrichen, wie wichtig es ist, dass wir alle am 25. Mai zur Wahl gehen. Sie haben betont: Wer das nicht tut, der verpasst die Chancen, und er trägt dazu bei, dass wir nicht die notwendigen Mehrheiten dafür bekommen, endlich ein soziales und demokratisches Europa auf den Weg zu bringen.

Sie haben weiterhin deutlich gemacht, dass für uns als Gewerkschaften diese Themen im Mittelpunkt stehen: Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit. Außerdem geht es um Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa, und zugleich geht es darum, mehr Demokratie, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa und für Europa zu sichern.

Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Krise in der Eurozone ist noch lange nicht überstanden. Wir wissen weiter, dass durch unverantwortliches politisches Handeln und auch durch einseitiges Spardiktat aus der Finanz- und Wirtschaftskrise längst eine soziale Krise geworden ist, die sich verfestigt hat. Arbeitnehmerrechte wurden und werden beschnitten. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern. Und besonders hart und dramatisch ist die Jugend davon betroffen.

Das haben wir auf diesem Kongress in den unterschiedlichsten Beiträgen unterstrichen. Ich denke, wir sind uns einig – auch das ist schon mehrmals hervorgehoben worden –, dass diese skandalösen Verhältnisse ganz dringend einen klaren Politikwechsel erfordern. Dieser Politikwechsel wird in diesem Kapitel und in den uns dazu vorliegenden fünf Anträgen thematisiert, aber auch präzisiert, allem voran im Leitantrag. – So weit.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke. Bisher liegt mir nur die Wortmeldung von Dr. Witich Roßmann vor.

Bis er am Rednerpult steht, möchte ich die Gelegenheit nutzen, unser ehemaliges Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock sehr herzlich zu begrüßen. (Beifall)

Nun hast Du das Wort, Witich.

Dr. Witich Roßmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kongress hat sich mehrfach, auch in allen Grußworten, erfreut darüber gezeigt, dass wir mit der Rente mit 63, mit Mindestlohn, mit der Stärkung der Tarifautonomie, mit der Förderung der Allgemeinverbindlichkeit doch einen zaghaften Kurswechsel in Deutschland zu verzeichnen haben. Ich wollte darauf hinweisen, dass das ein europäisches Signal ist; denn es ist das Gegenteil von dem, was bislang die Bundesregierung in Deutschland als deutsche Führungsmacht der Troika mit auf den Weg gegeben hat an Signalen, was an Spardiktaten in den anderen südeuropäischen Krisenländern gemacht werden muss.

Das, was wir hier jetzt als Gegenpunkte zu einem Neoliberalismus durchgesetzt haben, ist faktisch ein europäisches Signal und eigentlich auch eine europäische Solidarität mit den Kämpfen der südeuropäischen Gewerkschafter; denn diese treten dafür ein, und sie müssen durch die europäische Politik das Gegenteil von dem erleben, was wir im Augenblick haben. Dort gibt es keine Verkürzung der Rentenzeit, dort gibt es keine Sicherung des Mindestlohns, sondern eine Absenkung des Mindestlohns, und dort gibt es eine brutale Aufweichung der Tarifverträge. Insofern üben wir praktische Solidarität mit dem, was wir machen.

Wenn Ihr Euch allerdings anguckt, was im Regierungsprogramm der Großen Koalition zum Thema Europa geschrieben steht, dann sind das weitgehend noch die vergangenen Formulierungen und die Unterstützung der Troika-Politik im Kern, sodass es unsere Aufgabe sein wird, als Gewerkschaften darauf hinzuwirken, dass auch für die europäische Politik dieser Bundesregierung die Grundsätze, die wir für unsere nationale Politik hier durchgesetzt haben, dann auch Gegenstand der Regierungspolitik und der Europapolitik der Regierung werden. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, umgekehrt gilt ja auch: Die praktizierte Deregulierung in den Arbeitsmärkten der südeuropäischen Länder, die Aufhebung der Tarifverbindlichkeit führen dazu, dass wir überall damit konfrontiert werden, dass in den Betriebsstätten auch deutscher Konzerne, zum Beispiel in Spanien, Tarifverträge unter diesem Druck abgeschlossen werden müssen, die über kurz oder lang auch unsere Betriebe in Deutschland unter erheblichen verstärkten Wettbewerbsdruck setzen. Insofern muss gewerkschaftlicher Widerstand gegen diese Politik in Südeuropa nicht nur als Solidaritätsgedanke – es ist ja so schön gesagt worden: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker –, sondern in unserem eigenen Interesse praktiziert werden, damit wir Widerstand leisten gegenüber dem, was in Südeuropa passiert.

Jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Anliegen; das sind die Zeilen 184 bis 191 dieses Antrags. Das möchte ich mit dem konfrontieren, was die Realität in den letzten Jahren war, was die praktizierte Solidarität angegangen hat.

Am 29. September 2010 hat der Europäische Gewerkschaftsbund zu einer europaweiten Demonstration für unsere gewerkschaftlichen Ziele in Brüssel aufgerufen. Wir haben in Köln mobilisiert, wir haben viele Teilnehmer gehabt, und wir waren begeistert, als wir uns in Brüssel aufgestellt hatten, dass wir auch noch Teilnehmer der IG Metall aus Wolfsburg vorgefunden hatten. Das war der ganze deutsche Beitrag an dieser Demonstration von 100.000 Gewerkschaftern aus allen europäischen Ländern.

Am 14. November wurde in einer Aktion zu einem europäischen Generalstreik aufgerufen. Sowohl vom DGB als auch von den Einzelgewerkschaften ist so gut wie nichts an Mobilisierung passiert, weil diese Aktion offensichtlich europaweit nicht gut koordiniert und abgesprochen war.

Diese Aktionen haben stattgefunden, wenn Ihr Euch daran erinnert. Dann gab es einen kleinen Bericht über eine Solidaritätsaktion in Berlin mit 200 Teilnehmern und eine kleine Aktion, die die IG Metall in Stuttgart organisierte, wir hatten eine kleinere Aktion in Köln. Und das war alles, was man erfahren konnte, was aus der Beteiligung von uns als Gewerkschaftern an diesem europäischen Generalstreik geworden ist.

Am 3./4. April dieses Jahres hatte ich das Vergnügen, an einer Europa-Tagung der Hans-Böckler-Stiftung zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel teilzunehmen. Zwei Tage lang ist da ernsthaft, gut, nachdrücklich unsere Forderung präsentiert worden. Aber an diesen Tagen dieses Kongresses von lauter gewerkschaftlichen, engagierten Teilnehmern ist nicht ein einziges Mal die Information verbreitet worden, dass einen Tag später eine große Demonstration in Brüssel stattfindet, auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund. Teilnehmer, die heimlich erfahren hatten, dass am nächsten Tag diese große Aktion ist, konnten dann eventuell noch daran teilnehmen.

Das zeigt, dass wir es mit der praktizierten Solidarität irgendwie noch nicht im Griff haben. Von daher haben wir als Konsequenz auch im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen einen Antrag verabschiedet, der lautete: „Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, nachdrücklicher und energischer als bislang gemeinsam abgestimmte Aktionen der europäischen Gewerkschaften zu initiieren, zu unterstützen und über europäische Aktionstage zu informieren und dafür rechtzeitig zu mobilisieren.“ (Beifall) Das war unsere Konsequenz aus dem, was wir in den letzten vier Jahren dazu in allen Bereichen erlebt haben. Ich bin jetzt so frei, dass ich die Zeilen 184 bis 191 so interpretiere, dass sozusagen die verbindliche Verabredung, die bessere Planung, kurzfristig, mittelfristig, langfristig, diesen Gedanken aufnehmen will. Ich hoffe, dass die Verabschiedung dieser Zeilen Euch alle ermutigt, dann rechtzeitig informiert, mobilisiert an den nächsten Aktionen teilzunehmen. Ihr werdet die Kölner Kollegen da immer wieder finden. Ich bitte die Jugend, daran dann auch teilzunehmen, wenn der Europäische Gewerkschaftsbund, wenn Reiner Hoffmann dazu aufrufen, dem Folge zu leisten, auch wenn das dann kein Ausdruck von zivilem Ungehorsam ist. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Witich. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte die Antragsberatungskommission noch etwas sagen? – Dann können wir über den Antrag T 001 abstimmen. Wer für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wäre der Antrag von hier aus gesehen einstimmig angenommen. Danke sehr. (Vereinzelt Beifall)

Aufgerufen ist der Antrag T 002. Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme als Material. Sagst Du etwas?

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Ja, ganz kurz. Die Inhalte und Forderungen dieses Antrags sind zu großen Teilen mit den jeweiligen Leitanträgen übereinstimmend und deshalb teilweise auch erledigt. Wir haben aber diesen Antrag trotzdem als Material zur Weiterleitung an den Bundesvorstand empfohlen, weil an einigen Stellen in den Forderungen doch noch einmal der jugendspezifische Aspekt hervorgehoben worden ist. Deshalb ist unsere Empfehlung Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Mir liegen zu dem Antrag keine Wortmeldungen vor. Also stelle ich ihn zur Abstimmung. Wer mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Von hier aus gesehen einstimmig.

Der nächste Antrag ist T 003 „Europa vor Ort sozial gestalten“, gestellt vom DGB-Bezirksvorstand Sachsen. Empfehlung der Antragsberatungskommission: Annahme. Mir liegt bisher keine Wortmeldung vor. Ich stelle ihn also zur Abstimmung. Wer mit dem Anliegen einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Der Antrag T 004, DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen, „Arbeit des Europäischen Vereins für Wanderarbeiterfragen (EVW) fortsetzen, Gewerkschaften übernehmen die Finanzierung“. Empfehlung der Antragsberatungskommission: Nichtbefassung. - Edeltraud.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Ja, das Anliegen des Antrags, die Beratung von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird natürlich geteilt, und es gilt, diese weiterzuführen. Das ist auch im Antrag J 001 „Flucht und Migration“ deutlich formuliert worden. Da aber der Bundesvorstand für finanzwirksame Entscheidungen zuständig ist, kann der Antrag weder behandelt noch beschlossen werden. Deshalb empfehlen wir als Antragsberatungskommission Nichtbefassung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich frage die Wortmeldestelle: Haben wir dazu Wortmeldungen? – Nein. Dann können wir auch über diese Empfehlung abstimmen lassen. Wer mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Empfehlung einstimmig gefolgt worden.

Dann kommt Antrag T 005 vom DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen–Bremen–Sachsen-Anhalt „Das soziale Europa stärken!“ Da ist die Empfehlung Annahme in geänderter Fassung. - Edeltraud.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Auch bei diesem Antrag ist es so, dass wesentliche Forderungen bereits in den Leitanträgen „Für ein Europa mit Zukunft“ und „Für eine neue Wirtschaftspolitik“ enthalten sind. Allerdings wird in diesem Antrag auch eine weitergehende Forderung gestellt, nämlich nach Stärkung von Guter Arbeit in den Strukturfonds auf europäischer Ebene. Das ist, wie wir finden, eine wichtige Forderung. Es ist aber bisher nicht flächendeckend sichergestellt, dass Mittel aus europäischen Strukturfonds mit Rücksicht auf Gute Arbeit und Lebensbedingungen in den bezuschussten Projekten ausgegeben werden. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme, aber in geänderter Fassung. In geänderter Fassung bedeutet erstens, dass die Zeilen 79 bis 89 wie ausgedruckt ergänzt werden. Ich glaube, dass muss ich hier jetzt nicht weiter ausführen. Was ergänzt worden ist, ist fett hervorgehoben worden. Der zweite Punkt ist: Die Zeilen 1 bis 78 sind durch Annahme von Antrag G 001 erledigt. Auch für die Zeilen 90 bis 125 gilt: erledigt durch Annahme von Antrag T 001.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Edeltraud. Mir liegen keine Wortmeldungen zu diesem Antrag vor. Ich stelle ihn mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe jetzt das Sachgebiet U auf. Zunächst kommt ein Film. – Es liegt doch kein Film vor. Dann habe ich eine falsche Regieanweisung bekommen. Sorry. Bei mir stand: Filmeinspielung zu Beginn des Sachgebiets.

Wir sind also im Sachgebiet U „Globalisierung“. Hier wechselt die Zuständigkeit der Antragsberatungskommission. Andreas Keller hat die Verantwortung für dieses Sachgebiet. Andreas, Du hast das Wort.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Danke, liebe Claudia. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Ihr seid nicht zu enttäuscht, dass anstelle des Films jetzt schon wieder ich hier stehe. (Heiterkeit) Ich versuche, das mit einem spannenden Sachgebiet wettzumachen, nämlich „Eine gerechte Globalisierung braucht starke Gewerkschaften“. Wir haben da zehn Anträge, und ein Initiativantrag und ein Änderungsantrag sind dazugekommen, macht also zwölf. Im Zentrum dieser Anträge - wenn Ihr Euch die angeschaut habt, werdet Ihr das feststellen - steht die Frage, wie eine gerechte Arbeitswelt im globalen Maßstab gestaltet werden kann, denn die globale Wirtschaft hat sich von der Krise noch nicht erholt. Mehr als 200 Millionen Menschen sind weltweit erwerbslos. Die Schere zwischen untersten und obersten Einkommen wird immer größer. Die Gewerkschaften nehmen daher in den vorliegenden Anträgen diese Herausforderung an und treten diesen Fehlentwicklungen entschlossen entgegen. Vor allem – das ist, glaube ich, auch ganz wichtig – fordern die Angriffe auf die Arbeit freier Gewerkschaften und der Abbau von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten unsere Solidarität, Kolleginnen und Kollegen.

Ein zweites Thema ist die Friedenspolitik. Die hat ja nun leider vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine auch hier in Europa eine neue traurige Aktualität erlangt. Die Anträge setzen die lange friedenspolitische Tradition, die der DGB vorzuweisen hat, fort. Es werden grundlegende Positionen formuliert zur Friedenspolitik, zur Friedensbildung und auch zur Rolle der Bundeswehr. Wir haben auch einen aktuellen Initiativantrag zum Thema Ukraine vorliegen. – Soweit zur Kurzeinführung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Dann rufe ich jetzt auf die Anträge U 001, U 002, U 003 und U 006. Dazu liegt mir bisher keine Wortmeldung vor, sondern nur zum Antrag U 004. Der kommt aber erst in der nächsten Abstimmung. (Zuruf) – Den Initiativantrag I 002 habe ich noch nicht aufgerufen. Der gehört aber nicht zu dem Komplex, den ich gerade aufgerufen habe.

Ich höre gerade, dass bei mir ein Missverständnis vorliegt; sorry. Ich rufe zunächst den I 002 vom Bundesvorstand auf – Resolution zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist Annahme. Hierzu liegt mir keine Wortmeldung vor. Die Empfehlung ist Annahme. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragsberatungskommission abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Empfehlung ist einstimmig gefolgt worden.

Ich unterbreche jetzt kurz für das Ergebnis der Zählung unserer Spendenaktion. Die stellvertretende Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, Melanie Höse, wird Euch das Ergebnis vortragen.

Melanie Höse

(mit Beifall begrüßt)

Glückauf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich, dass ich Euch als Mitglied der IG BCE sagen kann, dass 6.524,85 Euro zusammengekommen sind. (Beifall) Das ist einen tollen Applaus wert. Vielen lieben Dank.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich bitte Michael Vassiliadis nach vorne zu kommen zur Übergabe. (Der Spendenbehälter wird Michael Vassiliadis übergeben)

Michael Vassiliadis

Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank auch im Namen der zuständigen Gewerkschaft vor Ort, mit der ich in Kontakt stehe. Wir werden – das ist heute Morgen gesagt worden – damit direkte Hilfe organisieren, und wir werden gewerkschaftliche Aufbauarbeit leisten und das Thema Sicherheit und Gewerkschaftsrechte in der Türkei thematisieren. Die 6.524 Euro – das ist was, das ist ein ganz tolles Signal. Wir werden die als IG BCE auf 10.000 Euro aufstocken. Herzlichen Dank dafür. (Beifall) Ich glaube, das ist ein gutes Signal.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Michael. – Nachdem wir den Antrag I 002 verabschiedet haben, rufe ich noch einmal auf die Anträge U 001, U 002, U 003 und U 006. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir können also über die Empfehlung der Antragsberatungskommission entscheiden. Die Antragsberatungskommission hat auf Annahme plädiert. Die übrigen genannten Anträge wären dann Material dazu. Ich lasse Euch hierüber abstimmen. Wer mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so angenommen worden. Danke sehr.

Ich rufe jetzt den Antrag U 004 zusammen mit dem Antrag U 005 auf. Der Antrag U 004 kommt vom DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen - „Vorerst keine Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und DGB“. Der Antrag U 005 vom DGB-Jugendausschuss lautet „Keine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr“.

Du hast das Wort.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ganz herzlichen Dank. Das sind zwei Anträge, die Du gerade genannt hast, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und DGB beziehen. – Einen kleinen Moment. Ich habe jetzt gerade, weil das so schnell ging, das falsche Papier vor mir liegen. Ich muss den Antrag schnell aufziehen. – Ich habe ihn; danke schön.

Wir haben uns mit dem Antrag in der Antragsberatungskommission befasst und waren der Auffassung, weil dieses Ereignis, auf das hier Bezug genommen wird, zum einen in der Vergangenheit liegt, vielleicht auch Gegenstand des Geschäftsberichts hätte sein können, und zum anderen, weil auch unterschiedliche Auffassungen darüber bestanden, ob tatsächlich eine solche engere Zusammenarbeit angekündigt wurde, schlagen wir vor, den Antrag so zu formulieren, dass wir uns stärker in die Zukunft orientieren. Deswegen schlagen wir vor, den Antrag umzuformulieren in einen Auftrag an den DGB-Bundesvorstand, die Frage, ob und in welchen Bereichen eine engere Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Bundeswehr sinnvoll ist, in einer beteiligungsorientierten Form zu überprüfen. Das ist unser konkreter Vorschlag.

Damit verbunden ist – das habt Ihr jetzt gerade auch schon gehört – unser Vorschlag, auf die Frage einer engeren Zusammenarbeit abzielen, weil in der Antragsberatungskommission die Meinung herrschte, dass es eine Zusammenarbeit zwischen DGB und Bundeswehr schon gibt, auch aufgrund dessen, dass es eine Reihe von Mitgliedern von Gewerkschaften gibt, die dort arbeiten. Aus diesem Grunde haben wir in dieser Weise eine Änderung vorgeschlagen.

Die Empfehlung lautet Annahme in der ausgedruckten geänderten Fassung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke. – Mir liegt dazu eine Wortmeldung von Stefan Dietl vor, ver.di, Teilnehmernummer 286. Stefan, Du hast das Wort.

Stefan Dietl

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit Ihr wisst, wer vor Euch steht: Ich heiße Stefan Dietl und komme aus Bayern. Da ich zum ersten Mal auf einem DGB-Bundeskongress spreche, habe ich mir ein paar Notizen gemacht, damit ich nicht vergesse, was ich sagen wollte, und nicht zu lange rede.

Zunächst, warum ich eigentlich hier stehe: Mit geht es um die Anträge U 004 und U 005 und die Frage der gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr. Mir ist durchaus bewusst, wie schwierig der Job in der Antragsberatungskommission ist, und ich danke Euch auch dafür, dass Ihr diesen übernommen habt. Bei Eurer Einschätzung zu diesen Anträgen muss ich Euch jedoch leider widersprechen. Ich muss Euch auffordern, den Antrag U 005 – das ist der nach dem Antrag U 004, der als erledigt angesehen wird – nicht als erledigt anzusehen, sondern zur Annahme zu empfehlen. Im Gegensatz zum Antrag U 004 stellt der Antrag U 005 eindeutig klar, dass es eine solche gemeinsame Erklärung nicht geben darf. Das ist in meinen Augen auch richtig. (Beifall) – Danke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus einer Gewerkschaftsfamilie mit drei Generationen von Gewerkschaftern. Meine Oma hat 60 Jahre bei Siemens gewerkelt, mein Opa war jahrelang in einem Hüttenwerk und ist seit über 60 Jahren Mitglied der IG Metall, mein Vater ist Betriebsrat bei der Post. Wie immer, wenn drei Generationen, gerade drei Generationen von Gewerkschaftern aufeinandertreffen, sind wir uns nicht immer einig, sogar eher selten. Aber in einer Frage sind und waren wir uns immer einig, nämlich gegen den Krieg und insbesondere gegen den Krieg von deutschem Boden aus. (Beifall)

Das ist nicht nur bei uns zu Hause so, sondern seit Generationen bei uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, egal ob jung oder alt: der Kampf gegen den Krieg. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, seit Generationen sind wir Teil der Friedensbewegung und seit Generationen gehen wir für den Frieden auf die Straße. Gerade heute ist das notwendiger denn je. Die Bundeswehr ist weltweit im Kriegseinsatz, sei es in Somalia, in Afghanistan oder sonst wo. Die Verteilungskämpfe um Rohstoffe und Handelswege nehmen immer weiter zu und werden zunehmend militärisch gelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie in der Vergangenheit gibt es diejenigen, die von diesen Kriegen profitieren. Das sind nicht selten dieselben, die uns später sagen, es ist nicht genug Geld für höhere Löhne da.

Und es gibt diejenigen, die unter diesen Kriegen zu leiden haben, nämlich die Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Zeche zahlen und auf deren Rücken diese Kriege ausgetragen werden. Dies ist auch einer der Gründe, warum wir als Gewerkschaften immer Teil der Friedensbewegung waren. Deshalb haben wir seit Generationen einen unüberbrückbaren Interessenkonflikt mit der Institution Bundeswehr, nicht mit den Beschäftigten. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll in einer gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr eigentlich stehen? De Maizière hat früher als Verteidigungsminister ziemlich klargemacht, was er will. Er sagte: Die Bundeswehr ist ebenfalls Teil der Friedensbewegung. Ihm wäre es wohl am liebsten, dass der DGB dies anerkennt. Das ist für mich wie für viele andere nicht akzeptabel. Kriegseinsätze führen nicht zum Frieden, sondern zu Tod, Leid und Zerstörung.

Eine solche Erklärung macht in keinsten Weise Sinn. Wir vertreten die Beschäftigten der Bundeswehr. Das ist Beschlusslage sowohl bei ver.di als auch im DGB. Das haben wir bisher immer ohne gemeinsame Erklärung getan und auch geschafft. Wir vertreten auch die Beschäftigten bei der Post, bei Netto oder bei BMW. Ich habe noch nie von einer gemeinsamen Erklärung von DGB und Netto oder von DGB und BMW gehört. (Beifall) Die Vertretung der Beschäftigten schaffen wir dort auch ohne gemeinsame Erklärung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Euch auf, von diesem Bundeskongress ein klares unmissverständliches Signal gegen die deutschen Kriegseinsätze in aller Welt zu senden, ein klares und unmissverständliches Signal gegen eine gemeinsame Erklärung von Bundeswehr und Gewerkschaften und ein klares unmissverständliches Signal, dass Waffen keinen Frieden schaffen. (Beifall)

Die von der Antragsberatungskommission formulierte Empfehlung mit ihren „vielleicht“ und „ob“ reicht dazu leider nicht. Daher fordere ich Euch auf, über den Antrag 005 gesondert abstimmen zu lassen und ihn zur Annahme zu empfehlen. Insofern fordere ich den Bundeskongress auf, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen.

Lieber Reiner, ich möchte die Gelegenheit nutzen, Dir nochmals zur Wahl zu gratulieren, aber auch dazu, Dir etwas zu übergeben, nämlich eine Unterschriftenliste. Mehr als 1.000 Gremien- und Einzelpersonen aus verschiedenen Gewerkschaften haben den Aufruf gegen eine gemeinsame Erklärung unterstützt, Hauptamtliche ebenso wie Ehrenamtliche, junge Menschen wie ich ebenso wie mein Vater. Lieber Reiner, ich hoffe, Du folgst dem Aufruf der Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Mir liegt keine weitere Wortmeldung zu den beiden Anträgen vor. Es gibt den Wunsch, über die beiden Anträge getrennt abzustimmen. Ist das für die Antragsberatungskommission in Ordnung?

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ich möchte kurz dazu Stellung nehmen und auch auf den Beitrag antworten, der eine Kritik an der Empfehlung beinhaltete. Wir haben in unserer Empfehlung einen Satz aus dem ursprünglichen U 004 aufgegriffen, wo bereits der Vorschlag gemacht wurde, dass die Frage, die hier aufgeworfen wird, in einer beteiligungsorientierten Form überprüft wird. Wir haben unserer Empfehlung die Idee zugrunde gelegt, nicht die konkrete Frage einer Erklärung zu thematisieren, sondern den Auftrag hinsichtlich der Frage einer engeren Zusammenarbeit zu erweitern. Wir wünschen uns, dass der Bundesvorstand dieses tut und nicht festgelegt ist auf den konkreten Anlass, der hier vorgetragen wurde. Das ist der Gegenstand.

Wenn wir das so machen, dann wäre der Antrag U 005 erledigt. Aus diesem Grunde sehen wir einen inneren Sinnzusammenhang. Die grundsätzliche Frage, wie wir die Bundeswehr und die Arbeit der Bundeswehr bewerten, und zwar in einem friedenspolitischen Kontext, kommt gleich anschließend. Da haben wir eine gesonderte Empfehlung vorgelegt.

Deswegen bleiben wir bei der Empfehlung, wie wir sie vorgelegt haben.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Das heißt für uns, wir müssen es gemeinsam abstimmen. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet, den Antrag U 004 in einer geänderten Form anzunehmen. Antrag U 005 wäre bei Annahme des Antrags U 004 erledigt.

Ich sehe jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung. - Thomas, kommst Du bitte nach vorne.

Thomas Koczelnik

Der Antragsteller hatte gerade formuliert, dass der Antrag U 005 separat abzustimmen ist. Da das nicht aufgegriffen wurde, möchte ich das jetzt mittels eines Geschäftsordnungsantrags sicherstellen. Die Bitte ist also: separate Abstimmung. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich lasse über den GO-Antrag abstimmen. Wer dem Antragsteller folgt, dass wir getrennt abstimmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Das Erste war nach meiner Wahrnehmung eindeutig die Mehrheit. (Beifall)

Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu Antrag U 004 ab: Annahme in geänderter Fassung. Wer dem folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Einige wenige Nein-Stimmen. Enthaltungen? - Einige wenige Enthaltungen.

Ich rufe dann den Antrag U 005 auf und frage die Antragsberatungskommission, ob sie noch etwas sagen möchte.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir haben die Empfehlungen für die Anträge bereits gesondert aufgeschrieben. Das ist weiterhin unsere Empfehlung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Die Antragsberatungskommission bleibt nach wie vor bei ihrer Empfehlung, den Antrag für erledigt zu erklären. Darüber haben wir eben gesprochen. Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt. Wer mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden ist, den Antrag für erledigt zu erklären, möge jetzt das Kartenzeichen geben. - Die Gegenprobe! Wer ist mit der Empfehlung nicht einverstanden? - Ich würde sagen: auszählen. Ich bin mir nicht ganz sicher. Ich wiederhole noch einmal. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, wonach der Antrag U 005 erledigt ist mit der Annahme des Antrags U 004, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. (Ja-Stimmen werden gezählt) - Die Gegenprobe! Wer nicht der Auffassung ist, dass damit der Antrag erledigt ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. (Gegenstimmen werden gezählt) - Dann bitte noch die Stimmenthaltungen. - Das ist übersichtlich. (Abstimmungsergebnis wird ermittelt)

Ich gebe dem Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlprüfungskommission das Wort.

Andreas Gehrke, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Es wurden 332 Stimmen abgegeben, davon 164 Ja-Stimmen, 168 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. (Beifall) Damit wurde der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht gefolgt. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Jetzt hat sich Frank Bsirske von ver.di, Teilnehmernummer 271, zu Wort gemeldet.

Frank Bsirske

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es lohnt, noch einmal einen Augenblick innezuhalten, bevor wir über den Antrag abstimmen, und sich zu vergegenwärtigen, was eigentlich in dem Antrag steht. „Es darf keine gemeinsame Erklärung mit der Bundeswehr geben“. Kolleginnen und Kollegen, was wäre denn der Gegenstand einer gemeinsamen Erklärung? Die Funktion der Bundeswehr? Unser Verständnis von der inneren Führung der Bundeswehr? Unser Verständnis von der Rolle der Soldaten in der Bundeswehr? Möglicherweise Differenzen über die Ausrichtung des Auftrags der Bundeswehr? Was immer in einer solchen Erklärung stehen könnte und Ergebnis einer gemeinsamen Reflexion zur Rolle und Zukunft der Bundeswehr wäre, wir wissen es noch nicht. Aber wir sollen schon einmal vorweg beschließen, dass es eines gar nicht geben darf, eine gemeinsame Erklärung? (Beifall) Wir wissen nicht, was drin steht, aber wir sollen schon mal sagen, das darf es nicht geben? Ich finde, Kolleginnen und Kollegen, das sollten wir uns nicht antun. Lasst uns doch erst einmal warten, was in einer solchen gemeinsamen Erklärung Gegenstand gemeinsamer Reflexion sein könnte. Dann kann man sich dazu verhalten. Sonst tun wir uns einen Tord an. Ich finde, das sollten wir nicht tun. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Jetzt hat sich der Kollege Radek noch gemeldet. Das Wort hat Jörg Radek, GdP, mit der Delegiertenummer 55.

Jörg Radek

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche mal, aus eigener Anschauung in sieben Minuten etwas darzustellen. Anfang 2011 hatte ich die Gelegenheit, als Mitglied des Hauptpersonalrats der Bundespolizei und als Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im Rahmen einer Delegation unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort in Afghanistan zu besuchen. Ich hätte mir nie vorstellen können, auch wenn ich eine sehr solide polizeiliche Ausbildung habe, auf was man in diesem Land angewiesen sein muss, um humanitäre Hilfe leisten zu können, in einem Land, das keine Verkehrsinfrastruktur hat, die auch nur ansatzweise der in Deutschland oder in Europa entspricht, in einem Land ohne Wasserversorgung, was uns als Deutschen international ja schon die hässliche Bemerkung eingebracht hat: Ihr fahrt ja nur dahin, um nach Wasser zu bohren. Kolleginnen und Kollegen, was kann es Wertvolleres geben, als Einheiten der Bundeswehr oder des Technischen Hilfswerks in so ein Land zu schicken, um nach Wasser zu bohren? (Beifall)

Wenn in diesen Tagen die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit eine Expertengruppe in den Südsudan entsendet - ich würde sagen, nach dem Irak derzeit einer der gefährlichsten Bereiche auf diesem Globus -, dann geht dieses Expertenteam nur deswegen hin, weil es sich darauf verlassen kann, dass Einheiten der Bundeswehr vor Ort sind, die gegebenenfalls für Sicherheit sorgen. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sorgt dafür, dass im Südsudan Saatgut verteilt wird, nach Wasser gebohrt wird, Krankenhäuser gebaut werden. Das wäre alles nicht möglich, weil in diesen Staaten eines überhaupt nicht funktioniert, nämlich das, was wir aus Deutschland und Europa gewohnt sind: in einem klassischen Sinne einen Staat zu haben, der diejenigen, die dort humanitäre Hilfe leisten wollen, schützen könnte.

Wenn wir sagen, dass die Bundeswehr mit Mandaten der Völkergemeinschaft der UNO ausgestattet wird und nur dann in solche Bereiche gehen kann, dann ist das ein Beitrag zu „Nie wieder Krieg“. Wenn wir uns die Entwicklung in Afghanistan anschauen und feststellen, dass die Wahlbeteiligung gestiegen ist - in Deutschland wären wir damit noch sehr weit weg von

demokratischen Wahlen, aber dort ist die Wahlbeteiligung gestiegen -, dass die Beteiligung von Frauen an Wahlen dort gestiegen ist, können wir auch sagen: Das ist am Ende ein Ergebnis des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan.

Ich bin mit Sicherheit kein Freund von großen militärischen Einsätzen, aber wir sollten die Bundeswehr nicht immer nur daran messen, dass sie eine Interventionsarmee sein könnte. Vielleicht ist sie es. Das weiß ich nicht, da bin ich kein Experte. Aber ich habe auch kein Interesse daran, dass die Aufgaben, die die Bundeswehr nicht wahrnimmt, möglicherweise andere aus der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen können. Dazu habe ich als Gewerkschafter zu lange dafür gekämpft, dass die Polizei eine zivile Polizei ist, und ich habe kein Interesse an einer Remilitarisierung. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Reiner hat das Wort.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt am Montag den neuen geschäftsführenden Bundesvorstand, Euren gBV, mit einem guten Ergebnis und damit mit einem starken Mandat ausgestattet. Dies ist ein großer Vertrauensvorschuss. Dies sollte aber auch bedeuten, dass dieser Vertrauensvorschuss uns ein Mandat gibt, gesprächsfähig zu sein: gesprächsfähig mit allen gesellschaftlichen Gruppen, auch mit der Bundeswehr. Daher bitte ich Euch: Folgt der Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wenn Ihr ein starkes Team gewählt habt mit dem guten Ergebnis, dann solltet Ihr dieses nicht konterkarieren und uns nicht in Gesprächsunfähigkeit hineinbringen. Wir wissen, was wir tun. Wenn es überhaupt zu einer solchen Erklärung kommen sollte, dann werden wir uns natürlich sehr stark mit den inhaltlichen Aussagen beschäftigen, möglicherweise auch Aussagen, die kritisch sind und nicht von der Bundeswehr oder der Verteidigungsministerin getragen werden können. Am Ende des Tages wird eine solche Erklärung, wenn es sie geben sollte, dem Bundesvorstand vorgelegt und wird gemeinsam getragen. Aber Gesprächs- und Denkverbote sollten wir aus diesem Kongress nicht nach draußen senden. Wir sind selbstbewusst und stark genug, auch solche kritischen Debatten gemeinsam zu führen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Reiner, wir können leider nicht mehr über die Empfehlungen der Antragsberatungskommission abstimmen. Das ist eben erfolgt. Wir können jetzt nur über Annahme oder Ablehnung des Antrages U 005 abstimmen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Deshalb lasse ich über den U 005 in seiner Ursprungsform abstimmen. Wer mit dem Anliegen der Antragsteller einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen jetzt. - Die Gegenprobe, bitte. - Enthaltungen? - Die Gegenprobe war die deutliche Mehrheit. (Beifall) Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun den Antrag U 007, verbunden mit Ä 012, U 008, U 009 und U 010 auf und bitte Andreas um sein Wort.

Andreas Keller, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir können jetzt richtig einsteigen in die Debatte um die Bundeswehr, um die Friedenspolitik, die gerade schon anklang. Ich möchte Euch vorab darauf aufmerksam machen, dass Ihr ein rosa Blatt in Euren Unterlagen mit „U 007 Friedenspolitik“ findet. Das ist ein Antrag der GEW mit einer nun aktualisierten, veränderten Empfehlung der Antragsberatungskommission gegenüber den im Ordner enthaltenen weißen Exemplaren. Ich beziehe mich also darauf.

In dem Antrag der GEW werden grundsätzlich friedenspolitische Positionen formuliert. Es werden auch Aussagen zur Rolle der Bundeswehr gemacht. Unsere Empfehlung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet Annahme in geänderter Fassung. Das möchte ich an dieser Stelle ganz kurz erläutern, weil es sich wiederum um mehrere Eingriffe in den Ursprungstext handelt.

Zum einen haben wir in den Zeilen 3 bis 6 Änderungen empfohlen, die vor allem zum Gegenstand haben, dass wir uns hier ebenso wie bei den Zeilen 11 bis 12 auf schon bewährte Formulierungen aus der Satzung des DGB beziehungsweise den jährlichen Aufrufen des DGB zum Antikriegstag beziehen. Das sind also die Änderungen in den Zeilen 3 bis 6 und 11 bis 12.

In der Zeile 28 findet Ihr eine Veränderung, die vorgeschlagen wird. Die bezieht sich darauf, dass wir weltweit die Ausgaben für Militär und Rüstung reduzieren sollten. Das soll hier noch mal klargestellt werden. Das ist unser Vorschlag.

In den Zeilen 97 bis 98, wo es um die Frage von Forschungsaufträgen, von Drittmittelaufträgen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen geht, stellen wir klar, dass wir uns nicht nur gegen solche Forschungsaufträge des Verteidigungsministeriums wenden, sondern auch gegen andere Auftraggeber. Ihr wisst vielleicht, dass in der letzten Zeit auch Forschungsaufträge des Pentagon an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Aufregung gesorgt haben. Dem soll hier Rechnung getragen werden.

Dann möchte ich Euch an dieser Stelle noch darauf aufmerksam machen, dass sich gegenüber der ursprünglichen Empfehlung der Antragsberatungskommission Folgendes geändert hat: Die Zeilen 125 bis 141 aus dem GEW-Antrag werden nun nicht mehr zur Streichung empfohlen. Da findet Ihr eine kritische Auseinandersetzung mit den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung. Wir hatten zwischenzeitlich eine Empfehlung, die dazu eine andere Formulierung vorsah. Wir haben nun die Empfehlung dahin gehend geändert - so ist es auf dem rosa Blatt formuliert -, dass die ursprünglichen Formulierungen des Antragstellers erhalten bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dann geht es weiter mit der Zeile 138. Hier wird der Bundestag als Adressat unserer Forderungen eingefügt. Da tragen wir dem Rechnung, dass wir an anderer Stelle die Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee beziehungsweise die parlamentarische Verantwortung für Auslandseinsätze betonen.

Nach der Zeile 142 schlagen wir Veränderung vor. Da greifen wir Formulierungen aus dem Änderungsantrag von ver.di auf, der Euch vorliegt. Hier ergänzen wir im Anschluss an die kritische Auseinandersetzung mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr, dass der Schutz der Schifffahrtswege vor Piraterie oder die Rettung von Menschen aus unmittelbarer Lebensgefahr davon unberührt bleiben soll. Das ist unsere Empfehlung. Es wird noch einmal der Parlamentsvorbehalt unterstrichen beziehungsweise die Aufweichung des Parlamentsvorbehalts, die einige Kräfte betreiben, kritisiert.

An dieser Stelle bitte ich Euch um besondere Aufmerksamkeit. Das ist die einzige Stelle, wo ich eine ganz aktuelle kleine, aber, wie ich glaube, wichtige Änderung der Empfehlung der Antragsberatungskommission mündlich nachreiche. Ich bitte um Verständnis, aber ich glaube, es ist für Euch überschaubar. Es handelt sich um zwei Wörter. Wir schlagen nämlich vor, dass wir bei der vorgeschlagenen Ergänzung ab Zeile 142 „auf See“ einfügen. Ich lese den Satz vor: „Der Schutz der Schifffahrtswege vor Piraterie oder die Rettung von Menschen aus unmittelbarer Lebensgefahr auf See bleibt davon unberührt.“

Der Hintergrund dieser Einfügung - ich hoffe, das war nachvollziehbar -, also die Einfügung der beiden Wörter „auf See“ ist, dass wir in der Diskussion heute Vormittag in der Antragsberatungskommission festgestellt haben, dass die Formulierung, wie sie vorliegt, so missverstanden werden könnte, als würden wir in jedem Fall, wo Lebensgefahr für Menschen droht, es für gut heißen, dass die Bundeswehr eingesetzt werden kann. Darum geht es gerade nicht. Hier werden zwei Ausnahmen definiert. Das eine ist, wenn Piraten Schiffe angreifen, und das andere ist, wenn etwa im Zusammenhang mit Piratenangriffen oder im Zusammenhang mit Flüchtlingen, die sich auf hohe See begeben, Rettung vonnöten ist. Das war der Hintergrund der Diskussion. Deshalb wollen wir das noch einmal präzisieren, damit der Zusammenhang klar ist und hier nicht das Missverständnis aufkommt, dass wir einen ganz weit gehenden Auftrag vornehmen wollen.

Darüber hinaus findet Ihr fett gedruckt die Vorschläge der Antragsberatungskommission, ebenfalls nach Zeile 142. Diese beziehen sich darauf, dass wir noch einmal klarstellen wollen, dass der DGB beziehungsweise die Mitgliedsgewerkschaften des DGB selbstverständlich Bundeswehrangehörige vertreten, wie das auch jetzt schon der Fall ist, und dass wir auf eine freie gewerkschaftliche Organisation von zivilen Beschäftigten, aber auch Soldatinnen und Soldaten bestehen. Es erschien uns wichtig, dies in den Antrag hineinzuschreiben. Es ist zwar ein friedenspolitischer Antrag, aber ich glaube, es ist wichtig, das an der Stelle noch einmal zu betonen, damit auch insoweit keine Missverständnisse entstehen.

Die letzte Änderung ist ganz kurz: In Zeile 144 wird wiederum als Adressat das Parlament eingefügt.

Wenn Ihr dieser Empfehlung so folgen solltet, dann würde sich der Änderungsantrag von ver.di dadurch erledigen, weil wir beide Anliegen aufgegriffen haben, nämlich den Ursprungstext der GEW wieder einzufügen in Bezug auf die verteidigungspolitischen Richtlinien, aber auch die Präzisierung, was Ausnahmen für Bundeswehreinätze angeht.

Ebenfalls erledigt wären dann die Anträge U 008 und U 009 sowie U 010, die Themen militärfreie Schule und militärische Forschung an Hochschulen sowie die grundsätzlichen Fragen, die in dem dritten Antrag U 010 angesprochen werden. Alle diese Themen sind aufgegriffen im Antrag U 007. Aus diesem Grunde würden sich diese Anträge aus unserer Sicht dann erledigt haben.

In diesem Sinne bitte ich Euch um Zustimmung zu unserer Empfehlung, nämlich Annahme in geänderter Fassung von U 007.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Andreas. Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Ich rufe jetzt zur Debatte auf den Antrag U 007, verbunden mit Ä 012, U 008, U 009 und U 010. Dazu liegen mir bisher drei Wortmeldungen vor. Als Erstes spricht für die Antragstellerin Marlis Tepe von der GEW, Teilnehmernummer 82. Marlis, Du hast das Wort.

Marlis Tepe

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GEW hat Euch einen umfassenden friedenspolitischen Antrag vorgelegt, um zu erreichen, dass der DGB und die Gewerkschaftsbewegung in der jetzigen Lage eine gemeinsame Position finden können, die dann nach außen vorgetragen werden kann und für die sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einsetzen können, auf die wir uns gemeinsam verständigen müssen.

Der Anlass für unseren Antrag war auch die in den beiden vorangegangenen Anträgen angesprochene Irritation in Teilen unserer Gewerkschaft über die Pressekonferenz, die Michael Sommer mit Thomas de Maizière geführt hat. Aber das ist nicht der einzige Grund.

Die Entwicklung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee hin zu einer Armee im Einsatz seit 1990 hat uns sehr bewegt und beschäftigt. Vor allem aber hat uns beschäftigt, dass im Vertrag der Großen Koalition eine Neuorientierung der Bundeswehr hin zu einer Armee im Einsatz festgelegt worden ist. Hierzu möchten wir als DGB sprechen können, hierzu möchten wir auch als Gewerkschaftsbewegung sprechen können.

Die Äußerungen von Bundespräsident Gauck und von Frau von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung, haben uns auch nicht sicher gemacht, dass die friedenspolitischen Überzeugungen der Gewerkschaftsbewegung geteilt werden. Wir müssen hier unsere friedenspolitischen Überzeugungen deutlich machen.

Nahezu ohne öffentliche Diskussion hat auch die vorherige Regierung den Weg von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenarmee vollzogen. Diese Wandlung ohne Diskussion hat uns ebenfalls sehr irritiert, und sie hat dazu geführt, dass es unter den Bewerberinnen und Bewerbern nicht mehr genügend Kolleginnen und Kollegen gibt, die in der Bundeswehr arbeiten wollen. Das hat unsere Mitglieder sehr stark auch in den Schulen bewegt. Schon immer hat sich die Bundeswehr nämlich auch in den Schulen vorgestellt. Aber nun hat der Verteidigungsminister der vorherigen Regierung, Herr de Maizière, seinen Werbeetat enorm erhöht und schickt viel mehr Jugendoffiziere als jemals zuvor in die Schulen. Durch diese wird natürlich für den Eintritt in die Bundeswehr geworben. Das passt mit den Kinderrechten nicht zusammen. Deshalb sind wir dagegen. Wir möchten die Schule frei von Bundeswehr haben und sind der Auffassung, dass die Lehrerinnen und Lehrer diejenigen sind, die den Kindern erklären sollen, wie der Staat funktioniert und wie Sicherheitspolitik funktioniert. (Beifall)

Die Hochschulen sind inzwischen sehr stark auf Drittmittel angewiesen. Drittmittel werden auch vergeben vom Pentagon, von Rüstungsunternehmen sowie von unserem Verteidigungsministerium. Wir wollen, dass es Zivilklauseln gibt, die es den Universitäten ermöglichen, bundeswehrforschungsfreie Universitäten zu sein. (Beifall)

Wir knüpfen an die Grundsätze der Gewerkschaftsbewegung an und fordern: Nie wieder Krieg. Mit dem, was uns die Antragsberatungskommission in dem dicken weißen Ordner vorgelegt hat, haben wir uns nicht zufrieden geben können. Wir haben deshalb sehr viele Gespräche geführt. Uns liegt jetzt eine Fassung der Antragsberatungskommission vor, von der wir glauben, dass die Gewerkschaftsbewegung damit eine gute Diskussionsgrundlage hat.

Der Antrag von ver.di, die Schifffahrtswege vor Piraterie zu schützen, sollte unserer Auffassung nach eigentlich nicht ein friedenspolitischer Teilbeitrag sein. Die GEW ist auch der Auffassung, dass die Organisationsrechte der Beschäftigten in der Bundeswehr selbstverständlich sind und nicht in einen friedenspolitischen Antrag gehören.

Weil wir aber wissen, dass es so schwierig war, alle Gewerkschaften hinter diesen Antrag zu bringen, möchten wir Euch bitten, diesem Auftrag doch in der von der Antragsberatungskommission vorgelegten Form zuzustimmen. Wir alle sollten für uns in Anspruch nehmen, dafür einzutreten. Hier heißt es:

Der DGB tritt für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Er ist damit Teil der Friedensbewegung und macht sich, anknüpfend an eine lange Tradition im Kampf gegen Faschismus und Militarismus, für eine aktive und nachhaltige Friedenspolitik stark.

Dafür soll der DGB-Bundesvorstand einen Auftrag haben. Und deswegen bitte ich Euch um Zustimmung. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Marlis. Ich rufe nun Thomas Wamsler von der IG Metall auf.

Thomas Wamsler

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei manchen Anträgen kommt es auch ganz wesentlich darauf an, wie diese am Ende umgesetzt werden. Mir liegt dieser Antrag U 007 sehr am Herzen.

Ich möchte ein bisschen weiter gehen als die Kollegin, die vor mir gesprochen hat. Es geht in dem Antrag um Friedenspolitik, es geht um Frieden und um Krieg. Es geht mir aber auch darum, wie in der öffentlichen Wahrnehmung mit diesen Worten umgegangen wird.

Viele sagen derzeit, sie seien froh, dass es in der Ukraine noch nicht zu einem Krieg gekommen sei. Aber was ist das für eine Politik, die mit Panzern und Gewehren im Anschlag auf beiden Seiten betrieben wird? Ist das Frieden? Oder: Viele sagen, wir leben in einer Zeit, in der wir einen großen, flächendeckenden Frieden haben. Aber was ist mit den vielen Bürgerkriegszuständen in vielen Ländern? Ist das Frieden? Und wer verdient daran? Wer ist darin beteiligt oder verwickelt? Oder was ist mit einem Begriff wie „Handelskrieg“? Wer leidet darunter? Wer führt den und wo? Wie stehen wir als Gewerkschaften zu einer neuen Ordnung, die sich derzeit mit den Großmächten wie zum Beispiel Russland oder China und ihrer zum Teil auch aggressiven Politik abspielt? Sind Bilder von Kriegen, die aussehen wie Computerspiele, weniger grausam? Oder wie der Kollege von der GDP vorhin dargestellt hat: Deutsche Soldaten, die sich für Wahrung des Friedens einsetzen, aber kriegstraumatisiert wieder nach Hause kommen: Wie gehen wir mit den Kolleginnen und Kollegen um?

All diese Fragen und viele mehr treiben mich um, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich suche nach Antworten, und ich würde mit Euch darüber diskutieren und Antworten auch gemeinsam suchen. Ich glaube, wir brauchen im DGB und in den Einzelgewerkschaften eine neue, breite und umfassende Debatte über Friedenspolitik und Friedenspädagogik. (Vereinzelt Beifall) Es genügt nicht, hier zu wiederholen. Nie wieder Krieg! Dahinter stehe ich genauso; das ist wichtig. Vielmehr müssen wir uns inhaltlich mit diesem Satz in der jetzigen Ordnung, die wir vorliegen haben, neu beschäftigen. Ich möchte, dass das auf Gewerkschaftskongressen, in der Bildungsarbeit, in der Jugendarbeit und in der betrieblichen Auseinandersetzung in betrieblichen Vertrauenskörpersitzungen passiert. Ich wünsche mir, dass dem nächsten DGB-Bundeskongress wieder ein Leitantrag zur Friedenspolitik vorliegt und die Delegierten daran anschließend um Positionen ringen.

Ich bin selbst ein Kind von Kriegskindern. Meine Familie wurde teilweise von Nazis verfolgt. Mein Vater kämpfte gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aus eigener erlebter Überzeugung. Die zukünftigen Delegierten oder – das hoffe ich sehr – immer mehr zukünftige Delegierte werden Krieg nur aus Geschichtsbüchern, Nachrichtensendungen, aber nicht aus eigenem Erlebten oder unmittelbar Erzähltem kennen. Friedenspolitik hat in der gesellschaftspolitischen Wahrnehmung kaum mehr eine Rolle. Es ist eben so – da denke ich an den Kollegen, der zum Antrag U 004 gesprochen hat -: Es war eben niemand oder es waren ganz wenige oder viel zu wenige Menschen auf der Straße im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Ukraine. Oder: Es war niemand auf der Straße, als eine deutsche Verteidigungsministerin sagte, man müsse eine stärkere militärische Präsenz an der NATO-Außengrenze zu Russland zeigen. Das wäre vor einiger Zeit möglicherweise anders gewesen.

Deshalb brauchen wir eine solche Debatte, brauchen sie in der Breite und müssen diesen Antrag dazu nutzen – er gibt einige Anlässe – zu hinterfragen, welche Erkenntnisse aus Friedensforschung und Friedenspädagogik es dazu gibt, die uns vielleicht in den Diskussionen unterstützen können. Ich hoffe – ich glaube, das hat der kleine Diskurs vorhin gezeigt –, dass es gut ist, wenn wir eine solche Debatte führen, wenn wir auch zu einheitlichen Positionen als Gewerkschaft zur Friedenspolitik kommen und dann auch wieder in der Öffentlichkeit als Gewerkschafter, als Friedensaktivisten sichtbar sind. – Vielen Dank. (Vereinzelt Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Herzlichen Dank, Thomas. – Jörg Radek hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Mit liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schaue noch einmal zur Wortmeldestelle? – Nein. Dann stimmen wir jetzt über die Empfehlung der Antragsberatungskommission ab: Annahme in geänderter Fassung. Damit sind die übrigen Anträge alle erledigt. Wer mit der Empfehlung der Antragsberatungskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe? – Stimmenthaltungen? – Wenn ich das richtig sehe, ist der Antrag bei zwei Gegenstimmen angenommen (Vereinzelt Beifall)

Wir haben damit den Antragsblock U beendet. Ich danke Dir. Ich würde vorschlagen, dass wir an dieser Stelle eine kleine Pause bis 16.30 Uhr machen.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.15 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 16.32 Uhr)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Euch bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit der Antragsberatung fortfahren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen weiter mit der Antragsberatung. Im Gegensatz zu dem, was da steht, rufe ich jetzt das Sachgebiet H auf, damit Ihr Euch darauf schon mal einstellen könnt.

Lasst mich an dieser Stelle Euch danken für die Diskussion, die wir eben geführt haben, die sehr, sehr emotional war, aber nicht mit persönlichen Angriffen verbunden gewesen ist. Das finde ich gerade in der Auseinandersetzung, wenn einem Anliegen sehr am Herzen liegen, eine ganz wichtige Botschaft, dass wir mit unterschiedlichen Meinungen gemeinsam respektvoll umgehen können. Ich glaube, sagen zu können, wir teilen die Auffassung, die Thomas Mann mal so beschrieben hat: Krieg ist nichts anderes als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens. Denen müssen wir uns gemeinsam stellen. (Beifall)

Ich rufe jetzt das Sachgebiet H auf, das ähnlich auch an Herz und Nieren gehen kann, nämlich die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. In der Antragsberatungskommission ist dafür Ernst Scharbach zuständig. Ernst, Du hast das Wort.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem aufgerufenen Sachgebiet H – Rechtsextremismus bekämpfen, Rassismus überwinden, Antirassismussarbeit verstärken – liegen insgesamt vier Anträge vor. In den Anträgen wird ein weiter gesellschaftspolitischer und gewerkschaftspolitischer Bogen gespannt. Dieser reicht von der Aufarbeitung des NSU-Terrors über eine Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie bis hin zur Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur. Verschiedene Anträge thematisieren die Verbreitung von rassistischen und rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft und damit leider auch zu einem größeren Teil in unseren eigenen Gewerkschaften, als uns das lieb sein kann, und stellen klar unsere gewerkschaftlichen Grundsätze dagegen.

Rassistische, antisemitische, islamfeindliche, homophobe und ähnliche Einstellungen sind menschenverachtend, müssen als solche wahrgenommen und bekämpft werden. Dafür stehen wir Gewerkschaften, und dafür setzen wir uns auch ein. (Beifall)

Soll ich weitermachen mit dem Antrag H 001, oder rufst Du erst auf?

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Gehe bitte zu H 001, den ich dann gleich aufrufen werde.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag H 001 des Bundesvorstands knüpft an das unfassbare Morden des NSU an und greift die Erkenntnisse und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses auf. Im ersten Kapitel geht es um die Bekämpfung des Rechtsextremismus, um die Stärkung der Opfer rechtsextremer Gewalt. Zentrale Forderung ist die rasche Umsetzung der Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses, die sich inzwischen auch der Bundestag zu eigen gemacht hat. Insbesondere soll das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Straf- und Gewalttaten hinreichend erfasst werden und die Opfer und Betroffenen unterstützt werden.

Das zweite Kapitel enthält Forderungen unter anderem zur Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Dazu gehört auch die Aufhebung des sogenannten Kirchenprivilegs.

Das dritte Kapitel – Rassistische Einstellungen überwinden, Vielfalt akzeptieren, Antirassismussarbeit verstärken – zielt auf die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Begrüßt wird die Formulierung im Koalitionsvertrag, eine gesetzliche Grundlage für die Förderung zu schaffen.

Die konkreten Forderungen am Schluss des Antrages beziehen sich auf die erforderlichen Schwerpunkte eines Bundesprogramms zur Förderung der Antirassismussarbeit.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke. – Ich habe dazu eine Wortmeldung vorliegen. Annelie Buntbach mit der Teilnahmenummer 84 hat das Wort.

Annelie Buntentbach, DGB-Bundesvorstand

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich weiß, wir sind jetzt auf der Zielgeraden dieses Ordentlichen Gewerkschaftskongresses. Aber erlaube mir doch, zu diesem wichtigen Thema noch ein paar Worte aus der Sicht des Antragstellers zu sagen.

Ich weiß ja, dass nicht nur mir, sondern auch Dir, Ernst, dass Euch, uns allen dieses Thema sehr am Herzen liegt. Gewerkschaften im DGB setzen sich ja ein für Vielfalt und Demokratie, bekämpfen Rassismus und Rechtsextremismus. Dazu gehören Aktionen gegen Naziaufmärsche. Da sind die DGB-Gewerkschafterinnen und –Gewerkschafter immer wieder die Motoren von Bündnissen vor Ort. Dazu gehört genauso die Bildungsarbeit oder die Arbeit in den Betrieben. Ich will hier nur als Beispiele die Gelbe Hand und die „Respekt!“-Kampagne nennen. (Beifall)

Ich bin auf dieses breite und vielfältige Engagement, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr stolz, und dafür möchte ich Euch ganz herzlich danken. (Beifall)

Leider war die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht der Meinung, dass man mehr unternehmen müsste gegen Rechtsextremismus. Das war falsch, mit fataler Wirkung für die von Angriffen Betroffenen und auch für die Auseinandersetzung mit rassistischen Positionen und rechtsextremen Parteien. Es ist tragisch, dass erst zehn Menschen durch den NSU getötet werden mussten, bevor der Bundestag zu dem gleichen Schluss gekommen ist, aber eigentlich auch erst durch die Erkenntnisse und Ergebnisse des Bundestags-Untersuchungsausschusses, der, wie ich finde, Großes geleistet hat und alle Fraktionen zu einer gemeinsamen Grundhaltung gebracht hat.

Inzwischen haben die Große Koalition und der Bundestag erkannt, dass sich vieles ändern muss bei den Sicherheitsbehörden. Beide fordern, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus zu verstärken, die Antirassismusbearbeitung nachhaltig zu fördern. Erst jetzt wird über ein neues Bündnisprogramm zur Förderung von Demokratie und Vielfalt gesprochen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Bundesfamilienministerin Schwesig anders als die früher zuständige Ministerin uns eingeladen hat und die Erfahrungen und das Engagement von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften aufgreift. Wir haben Anfang Mai gemeinsam über die Anforderungen an eine künftige Unterstützung der Antirassismusbearbeitung gesprochen. Da geht es eben nicht um Strohfeuer und PR, sondern um eine dauerhafte Stützung der Zivilgesellschaft. Ich finde, zu einem solchen Gespräch einzuladen, das war sehr gut, und das ist schon mal der Anfang von einem Kulturwandel. Aber das war ja auch schon die Abschaffung der Extremismusklausel, die Engagement gegen Rechtsextremismus unter Generalverdacht gestellt hat. Ich kann nur sagen, gut, dass diese Klausel weg ist, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gut, dass jetzt ein neues Kapitel kommt. (Beifall)

Aber jetzt muss auch zügig an die konkrete Ausgestaltung des Programms gegangen werden, an die Absicherung über ein Gesetz zur Förderung der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir dürfen auch die Bundesregierung, wir dürfen auch die Länder nicht aus der Verantwortung entlassen. Da kann ich nur klar und deutlich sagen: Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Parteien wie die NPD ihre schmutzige menschenverachtende Propaganda mit unseren Steuergeldern finanzieren und mit unserem Geld zu ihren Aufmärschen aufrufen und damit Angriffe gegen Jugendzentren und Asylwohnheime unterstützen. (Beifall) Damit muss endlich Schluss sein, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Beifall) Das Verbot der NPD und aller Neonaziorganisationen ist längst überfällig.

Lasst mich zum Schluss noch ein Wort zu uns selbst sagen. Ich glaube, wir als Gewerkschaften stehen in der Verantwortung, unsere Anstrengungen in der Ausbildung, am Arbeitsplatz, in den Schulen und auf Straßen und Plätzen zu verstärken, um rassistische und rechtsextreme Positionen, wo immer sie auftreten, zu bekämpfen. Dass alle Menschen, gleich woher sie kommen, gleich welche Hautfarbe sie haben, welche sexuelle Orientierung, zu welcher Religionsgemeinschaft oder Jugendkultur sie gehören, sich überall im Land frei bewegen können, ohne dass sie Angst haben müssen um Leib und Leben - ich finde, das ist der Mindeststandard einer Demokratie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Beifall) Denn - und dafür stehen wir als Gewerkschaften, dafür kämpfen wir - alle Menschen in unserem Land haben die gleichen Grundrechte auf Schutz vor Angriffen und Diskriminierung. - Vielen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Annelie. - Mir liegen zu diesem Antrag keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle ihn deshalb zur Abstimmung. Die Antragsberatungskommission hat Annahme empfohlen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dem einstimmig so gefolgt; ein sehr schönes Ergebnis. (Beifall)

Ich rufe den Antrag H 002 auf. Da empfiehlt die Antragsberatungskommission Annahme als Material zu H 001 und die Zeilen 357 bis 460 zur Annahme in geänderter Fassung. Andere Anträge werden als erledigt betrachtet. Ich bitte die Antragsberatungskommission um Stellungnahme.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Der Antrag H 002 des DGB-Bundesjugendausschusses mit dem Titel „Für eine solidarische und offene Gesellschaft“ spricht eine Vielzahl von Themen an. Sie reichen vom Rechtsextremismus über Migration bis hin zu Sexismus, der Bundeswehr und der Funktion des Verfassungsschutzes. Einige der Forderungen und Positionierungen sind auch in anderen Anträgen enthalten. Andere stehen im Widerspruch zu den bisherigen Positionen des DGB und der Gewerkschaften wie die unter der Überschrift Bundeswehr.

Die Auseinandersetzung mit den Freiheitsrechten der Bürger und Bürgerinnen und dem Schutz der Privatsphäre findet sich jedoch nicht in anderen Anträgen. Dies sind aber wichtige Themen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb haben wir uns bei diesem Antrag zu einer differenzierten Empfehlung entschlossen. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Zeilen 1 bis 353 Annahme als Material zu Antrag H 001, da es zwar große thematische Überschneidungen gibt, einzelne Aspekte aber Ergänzungen zum Antrag H 001 beinhalten.

Der Antrag enthält auch Positionen zum Thema ziviler Ungehorsam. Ich erinnere deshalb an die Diskussion zum Antrag B 002. Gemeinsam haben wir dazu einen Beschluss gefasst. Die in dem vorliegenden Antrag enthaltenen Aussagen und Positionen werden den im Antrag B 001 geforderten Dialog unterstützen. Aus unserer Sicht ist daher keine Änderung der Empfehlung durch den Beschluss zu B 002 erforderlich.

Kleiner Hinweis: Die Zeilen 339 bis 340, in denen gefordert wird, das Wort „Rasse“ aus der DGB-Satzung zu streichen, ist mit Annahme des Antrags S 001 bereits umgesetzt.

Die Zeilen 354 bis 461 empfehlen wir zur Annahme in geänderter Fassung. Die Änderungen liegen Euch ausgedruckt vor.

Die Zeilen 462 bis 511 betrachten wir bei Annahme von Antrag U 007, wie eben geschehen, als erledigt. Dort wird die Positionierung der Gewerkschaften zur Bundeswehr unter dem Themenkomplex Krieg und Frieden ausführlich behandelt.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Ernst. - Mir liegen bis jetzt drei Wortmeldungen zu dem Antrag vor. Zunächst hat Eva Kemmerling von der NGG, Teilnehmernummer 245, das Wort.

Eva Kemmerling

Vielen Dank. - Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich bin Eva Kemmerling, 23 Jahre alt und ehrenamtlich aktiv in der Jungen NGG. Ich möchte eigentlich nur einen Punkt hervorheben und Euch etwas über eine junge Frau erzählen, die aus Somalia flüchtete. Sie setzte sich in ein nahezu seeuntaugliches Boot. Sie setzte sich und ihr ungeborenes Baby der lebensgefährlichen Überfahrt aus in der Hoffnung, einen Platz zu finden, an dem sie ohne Angst und ohne Sorgen ihr Kind zur Welt bringen und aufziehen kann.

Sie fand auch einen Platz, allerdings nicht ohne Angst und ohne Sorgen. Sie kam zunächst in ein Krankenhaus, wo ihr Baby viel zu früh zur Welt kam. Als sie schließlich entlassen werden konnte, stand die Frage im Raum: wohin? Zuerst schien es, als sei Kirchenasyl die einzige Lösung für die junge Mutter und ihr Frühchen, was bedeutet hätte, in einer zugigen kalten Küche zu leben und bloß keinen Schritt über die Grundstücksgrenze zu machen.

Man fand als Alternative eine leer stehende Schule. Zusammen mit vielen Männern ist sie dort mittlerweile die einzige Frau. Der Waschraum und die Toiletten sind am anderen Ende des Gebäudes. Das bedeutet, dass das Kind immer mit muss, egal ob es schläft oder nicht, denn das Problem ist: Sie muss in jeder Sekunde, in jedem Augenblick damit rechnen, dass sie abgeholt wird.

Auch schläft sie maximal eine Stunde am Stück, denn oftmals wird sie durch Schreie geweckt, die aus den anderen Zimmern kommen, wenn wieder nachts Menschen aus ihren Betten geholt und dahin zurück abgeschoben werden, wo sie um ihr Leben fürchten müssen.

Für mich kommt das Mord gleich. Kein Mensch ist illegal. (Beifall) Es kann nicht sein, dass für unsere Mitmenschen die Grenzen geschlossen werden, dass man sie qualvoll ertrinken lässt oder bestenfalls in menschenunwürdige Lager steckt, nur um sie dann doch wieder abzuschieben.

Wir müssen uns noch mehr dafür einsetzen, dass Menschen, egal woher sie kommen, rechtlich gleichgestellt werden, dass sie arbeiten gehen dürfen, dass sich eine junge Frau und Mutter ein soziales Umfeld aufbauen darf und vor allem, dass sie leben darf. Daher plädiere ich noch einmal für ein Grundrecht auf Migration und Asyl. - Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Eva. - Es folgt Stefanie Walter, IG BAU, Teilnehmernummer 19. Stefanie, Du hast das Wort.

Stefanie Walter

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Für eine offene Gesellschaft und mehr Demokratie. Demokratie ist mehr, als alle vier Jahre wählen zu gehen. Das sind schön klingende Sätze, aber es bleiben nur schön klingende Sätze. Durch die Änderung der ABK haben sie jeglichen Inhalt und jegliche Substanz verloren. Es wird gefordert, dass sich junge Leute mehr für politische Themen und Prozesse interessieren und Verantwortung übernehmen. Verantwortung ist ein sehr gutes Stichwort. Man darf mit 16 Sex haben, man darf mit 16 Alkohol trinken, man darf mit 16 arbeiten und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, man darf mit 16 Mitglied einer Gewerkschaft werden und die JAVen wählen. Wir trauen jungen Menschen mit 16 zu, dass sie entscheiden können, was im Berufsleben gut für sie ist. Aber es wird niemandem mit 16 zugetraut, verantwortungsbewusst zu wählen. In Deutschland und in Europa werden über die Köpfe von jungen Leuten hinweg Entscheidungen getroffen.

Wir fordern, dass man junge Leute nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch am politischen Alltag beteiligt. (Beifall) Wir wollen, dass junge Beschäftigte wirklich ernst genommen werden. Wir wollen, dass sie die Chance haben, unsere Demokratie zu stützen und sie zu nutzen. Wir wollen, dass das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesenkt wird, und zwar für alle. (Beifall)

Also, liebe ABK, bitte ändert Eure Empfehlung. Wenn nicht, liebe Delegierte, lasst uns die ABK-Empfehlung ablehnen und dem Antrag zustimmen. - Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke Stefanie. - Es folgt eine weitere Stefanie, Stefanie Zeleken von ver.di, Teilnehmernummer 315. Stefanie, Du hast das Wort.

Stefanie Zeleken

Mein Name ist Stefanie Zeleken. Ich bin auch 23 Jahre alt und komme aus dem ver.di-Bezirk Düsseldorf. In meinem Alter gehöre ich noch zur Jugend, und für die darf ich jetzt auch sprechen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragsberatungskommission, erst einmal habe ich mich total darüber gefreut, dass sich die ABK sehr intensiv mit unserem Antrag auseinandergesetzt und umfängliche Änderungsvorschläge gemacht hat. Ich weiß nicht, ob es gewollt war, es fehlt allerdings der Teil mit den Wahlen. Darauf möchte ich noch einmal kurz eingehen, auf ein Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen.

Die Gewerkschaften haben langjährige Erfahrungen bei der betrieblichen und gewerkschaftlichen Integration. Mit der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 - wir können uns alle noch lebhaft daran erinnern (Heiterkeit) - erhielten ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das aktive und passive Wahlrecht zum Betriebsrat. Gleiches gilt, wenn auch mit Verspätung, für die Verwaltungen, die nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz oder den Gesetzen der Länder Personalräte wählen. Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zeigen, dass ausländische Beschäftigte wegen ihrer Kompetenzen von deutschen und ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichermaßen gewählt werden, in einigen Fällen auch als Vorsitzende. Im Organisationsbereich der beiden Industriegewerkschaften IG BCE und IG Metall besitzen rund fünf Prozent der Betriebsräte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 2001 wurde die Integration ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt. Sie gehört jetzt, wie der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrats.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt ganz ehrlich zu Euch sein. Der Text, den ich gerade vorgetragen habe, war nicht von mir. Den Wortbeitrag habe ich eins zu eins von der Homepage des Deutschen Gewerkschaftsbundes übernommen. (Lebhafter Beifall) Er ist übrigens sehr gut, finde ich. (Beifall) Wir sind stolz darauf, dass Kolleginnen und Kollegen mit anderer Staatsbürgerschaft aktiv an der Demokratie in den Betrieben und Dienststellen teilhaben. Darauf sind wir stolz und damit werben wir auf unserer Homepage. Dann können wir doch jetzt im Umkehrschluss nicht sagen, dass diese demokratischen

Mitbestimmungsrechte nicht gelten sollen, sobald diese Kolleginnen und Kollegen den Betrieb verlassen. Demokratie muss überall gelten. Demokratie darf keine Staatsbürgerschaft kennen. Wir brauchen ein Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen. (Beifall)

Sehr verehrte Antragsberatungskommission, ich hoffe, dass es einfach nur ein redaktioneller Fehler war, dass das mit den Wahlen herausgerutscht ist. Das kann ja mal passieren. (Beifall) Ich würde mir wünschen, dass Ihr über Euer Votum noch einmal nachdenkt und es ändert. Ansonsten würde ich mir von Euch, liebes Plenum, wünschen, dass Ihr unserem Ursprungsantrag zustimmt und dementsprechend die Empfehlung der Antragsberatungskommission ablehnt. - Vielen Dank. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Mit dieser Jugend ist mir nicht bange um die Zukunft unserer Gewerkschaften. (Lebhafter Beifall)

Ich habe noch eine Wortmeldung des Kollegen Carsten Burckhardt, IG BAU, Teilnehmernummer 4.

Carsten Burckhardt

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Carsten Burckhardt. Ich bin Mitglied des Bundesvorstandes der Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Wie man mir unschwer ansieht, bin ich kein Jugendlicher mehr, aber ich bin für die Junge BAU zuständig und ziemlich stolz darauf, dass wir eine so aktive starke Gewerkschaftsjugend haben. Auch hier, heute und an den letzten Tagen, hat sich diese Gewerkschaftsjugend Respekt verdient. Ich denke, wir als Gewerkschaftsbewegung sind auf einem guten Weg, dort auch ein Zeichen zu setzen und Brücken für die Zukunft zu bauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - die Vorrednerinnen und Vorredner haben es schon gesagt -, auch wer noch keine 18 Jahre alt ist, wird im Rahmen der schulischen Ausbildung oder als Facharbeiterin und Facharbeiter voll in die Pflicht genommen. Die jungen Leute werden in die Pflicht genommen, sie zahlen Sozialabgaben, zum Teil auch Steuern und - seien wir ehrlich - sie werden oft genug vom ersten Tag ihrer Ausbildung an im Betrieb auch voll eingebunden. Sie haften dafür aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Jugendarbeitslosigkeit, mit prekärer Beschäftigung, mit drohender Altersarmut. Und dann hat man auch noch die Frechheit, sie auch noch im Mindestlohn außen vor zu nehmen und sie als Ausnahme zu bezeichnen. Trotzdem haben die jungen Menschen noch nicht einmal eine Chance, die Parteien abzustrafen, die ihnen den Mindestlohn vorenthalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Sie haben keine Chance, mit zu entscheiden, unter welchen Rahmenbedingungen ihre Arbeitswelt und damit ihre Zukunft eingerichtet wird. Sie können nicht mitgestalten, sie dürfen nur zugucken. Das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Politische Entscheidungen, ohne die junge Generation zu Wort kommen zu lassen, das finde ich voll daneben und auch nicht zeitgemäß, wie dieser Bundeskongress in den letzten Tagen auch gezeigt hat. Wir, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter beziehen die jungen Menschen ein, weil wir die jungen Menschen ernst nehmen. Wir lassen die Jugend auch zu Wort kommen. Das ist verdammt richtig so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn wenn im Namen der jungen Generation Politik gemacht wird und man ihnen die Möglichkeit verweigert, ihre Zukunft selbst mitzugestalten, hat man gegebenenfalls Angst. Angst, dass die jungen Menschen zu unerfahren sind? Angst, dass die jungen Menschen vielleicht die verkehrten Parteien wählen? Aber, Kolleginnen und Kollegen, auf Populisten fallen nicht nur junge Menschen herein. (Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Ausbau der politischen Bildung in den allgemeinbildenden Schulen und in den beruflichen Schulen. Denn allzu oft fällt die politische Bildung unter den Tisch, und das darf nicht sein. (Vereinzelt Beifall) Politische Bildung ist Demokratie, gelebte Demokratie, und die fängt in den Schulen an und darf nicht anderen Fächern untergeordnet werden.

Wir, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, wir als Gewerkschaften leben diese Demokratie, indem wir unseren jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern politische Bildungsarbeit zukommen lassen. Die wird rege in Anspruch genommen, wird partizipativ mitgestaltet, nach vorne gebracht. Das ist auch völlig richtig. Wir müssen den jungen Menschen einen Kompass mitgeben, damit sie sich in der politischen Landschaft orientieren können. Das hat bei uns in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine gute Tradition. Ich bin mir sicher: Die junge Generation weiß, was gut für sie ist. Denn wir haben auch hier eine starke Gewerkschaftsjugend. Das hat nicht zuallerletzt die Debatte um die Blockaden und den zivilen Ungehorsam gezeigt. Das waren geniale, saugute Diskussionen. Sie haben gezeigt, wie sich Jugend mit ihrer Zukunft beschäftigt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das müssen wir weiter ausbauen, das müssen wir weiter fördern.

Wir wollen doch, dass die Beteiligung und Mitbestimmung systematisch weiter ausgebaut werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nicht nur bei Jugendlichen. Wir wollen eine stärkere Teilhabe für die junge Generation, dass sie nach dem 16.

Lebensjahr ihre Zukunft mitgestalten kann, nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in den Kommunen, in den Ländern und im Bund, für eine Gute Arbeit und ein soziales Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Antragsberatungskommission, ich bitte Euch inständig, ein klares Zeichen zu geben und den Passus mit dem Wahlrecht für alle 16-Jährigen wieder aufzunehmen. Nehmt die Streichung heraus! Nehmt das in Eure Antragsberatung hinein! Lasst uns der Jugend ein klares Zeichen geben: Wir nehmen Euch ernst und lassen Euch Eure Zukunft mitbestimmen, mitgestalten. (Beifall) Ich bitte die Antragsberatungskommission: Überlegt das noch mal.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Die Antragsberatungskommission hat den Appell vernommen.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Antragsberatungskommission ist ihrer Tradition treu geblieben, hat nachgedacht. (Vereinzelt Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Nachdenken soll manchmal helfen.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Zunächst einmal haben wir uns mit dem Thema Wahlrecht, Staatsangehörigkeitsrecht und so weiter im Antrag J 001 in den Zeilen 349 bis 354 schon einmal beschäftigt. Das haben wir auch so beschlossen. Ich will auch sagen, wo unser Problem mit der Formulierung aus dem Antrag lag und warum wir unsere Empfehlung so abgegeben haben, wie wir es getan haben. Ich lese den Satz vor: „Daher müssen alle Bevölkerungsgruppen stärker als bisher an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Der DGB fordert daher das Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – ab 16 Jahre.“

Ich glaube, in dem Ziel sind wir uns einig. Aber was heißt „alle hier lebenden Menschen“? Das Wahlrecht ist hinreichend kompliziert. Wir haben gerade in Rheinland-Pfalz Wahlen für Kommunales und Europa und, und, und. Das ist an sehr viele Voraussetzungen geknüpft, beispielsweise, ob man überhaupt da wohnt und seinen Wahlzettel auch nur einmal abholt.

Deswegen schlagen wir vor, für diesen Teil die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu ändern und diese Sätze als Material an den Bundesvorstand zu überweisen und das in diesem Sinne zu verfolgen.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich nehme an, das ist eine Wortmeldung zu dem Antrag. Es gibt einen geänderten Vorschlag, eine geänderte Formulierung. Damit ist die Debatte wieder offen. Simon Habermäß, Teilnahmenummer 281, von ver.di.

Simon Habermäß

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mit einem Lob anfangen. Wir haben einen ausgezeichneten Antrag vorhin verabschiedet, J 001. Wir müssen schauen, dass wir aus diesem die richtigen Schlüsse ziehen. Ich darf mich gleich noch bei den Vorrednern und Vorrednerinnen bedanken für die tolle Unterstützung.

Bei J 001 haben wir beschlossen - mit einer großen Mehrheit, ich glaube sogar einstimmig -: Einwanderung muss menschengerecht gestaltet werden. Zum Menschenrecht gehört aber auch, dass es keine Menschen zweiter Klasse gibt. Das heißt auch, dass Papier nicht darüber entscheiden darf, ob unsere Kolleginnen und Kollegen ihr Wahlrecht wahrnehmen dürfen.

Wir haben auch beschlossen, dass Bildung ein Menschenrecht ist, das unabhängig von Nationalität und Staatsangehörigkeit gilt. Das Menschenrecht auf politische Teilhabe darf aber nicht gleichzeitig an Formalien wie der Staatsbürgerschaft scheitern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Als dritten Punkt - immer noch im J 001, einem umfangreichen, sehr guten Antrag - haben wir beschlossen, ein starkes Signal auszusenden und zu sagen: Integration ist eine gesellschaftliche Herausforderung vor Ort. Wer das ernst meint - ich gehe stark davon aus, dass wir es immer noch ernst meinen -, der muss sagen: Zu ernst gemeinter Integration gehört auch das starke Signal, dass alle hier lebenden Personen das aktive und passive Wahlrecht erhalten. (Vereinzelt Beifall)

Vor hundert Jahren war es hier in Deutschland selbstverständlich, dass nur Männer an Wahlen teilnehmen durften. Es war ein langer Kampf, ein langer und entbehrungsreicher Kampf vor allem der Arbeiterinnen und der Arbeiterbewegung, dieses

Wahlrecht selbstverständlich auf Frauen auszuweiten. Kämpferinnen wie Lily Braun oder Luise Zietz - um nur zwei zu nennen - haben ihre ganze Biografie, ihr ganzes Leben diesem Kampf gewidmet.

Wir, die Jugend, glauben, dass es nach hundert Jahren Zeit ist, wieder einen Schritt voranzugehen. Der logische Schluss kann da nur lauten, dass Wahlrecht nicht an Staatsbürgerschaft geknüpft wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Am 28. Oktober 1969 begann der neugewählte Bundeskanzler Willy Brandt seine Regierungserklärung mit dem Satz: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ (Vereinzelt Beifall) Dieser Satz hat Geschichte geschrieben. Er ist uns allen noch bewusst. Noch viel wichtiger: Dieses Versprechen - daran können sich auch die Politikerinnen und Politiker, die uns in den vergangenen Tagen besucht haben, erinnern - wurde gehalten. Selbst Genscher - von einer Partei, die heute nur noch Splittercharakter hat - hat damals mit der Feststellung eingelenkt: Wer mit 18 Jahren reif für die Bundeswehr ist, der soll auch reif sein für das aktive Wahlrecht einer Demokratie.

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt es, weiter Geschichte zu schreiben. Wir sagen: Wer reif für Mitbestimmung im Betrieb ist - auf die wir alle stolz sind, die ein Kernstück unserer gewerkschaftlichen Arbeit und auch Identität ausmacht -, der soll auch sein Wahlrecht nicht verlieren, nur weil er wieder durch das Betriebstor geht. (Vereinzelt Beifall) Alter oder Pass dürfen da keine Rolle spielen.

Jetzt sind wir schon dankbar für die geänderte Empfehlung in Annahme als Material. Aber ich glaube, wir müssen uns noch einmal an diesen berühmten Satz von Willy Brandt erinnern: Wir wollen mehr Demokratie wagen.

Ich kenne keinen Grund und glaube auch nicht, das hier jemand auch nur einen Grund nennen kann, warum wir nicht hier auf dem Bundeskongress 2014 das klare Signal als DGB-Gewerkschaften, als die Einheitsgewerkschaft in Deutschland aussenden sollten, dass wir keine Sachzwangargumente hören wollen, dass wir eine Vision für eine demokratische Gesellschaft haben und dass wir ein klares Signal nach außen senden, dass wir ein Wahlrecht für alle lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft ab 16 Jahren wollen. (Beifall)

Lasst uns aktiv sein, lasst uns vorausschauen und lasst uns auch mal etwas trauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Simon. Nun hat sich gemeldet Wiebke Koerlin von ver.di, Teilnehmernummer 359.

Wiebke Koerlin

Das geht ganz schnell. Du wolltest einen Grund hören. Ich kann zumindest einen Hinweis geben.

Ich bin sehr dafür, die Empfehlung der Antragsberatungskommission anzunehmen und diese beiden Zeilen, die das Wahlrecht ab 16 beinhalten - was ich unterstütze - und auch zum Inhalt haben, das Wahlrecht daraufhin zu überprüfen, woran es gebunden werden soll, an den Bundesvorstand zu überweisen und dort bearbeiten zu lassen; denn ich finde das, was hier formuliert worden ist, nicht hinreichend bestimmt.

Ich wünsche mir auch, dass wir von diesem Kongress aus so weitermachen und einvernehmlich gute Positionen entwickeln und bei der Frage jetzt vielleicht auch einen guten Kompromiss finden. Aber wenn ich mir das Thema Wahlen angucke, dann hat mich das überzeugt; denn das ist sehr nett formuliert worden. Aber ich habe auch noch etwas anderes im Kopf, wodurch das vielleicht wieder ein bisschen relativiert wird. Denn wenn Wahlen etwas verändern würden, dann wären sie verboten.

Ich weiß also nicht, ob wir das Thema jetzt so hoch hängen sollten. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ihr kennt den Vorschlag der Antragsberatungskommission. Hat die Antragsberatungskommission dem noch etwas hinzuzufügen? – Die Antragsberatungskommission bleibt bei ihrem Vorschlag. Das heißt, wir stimmen jetzt über den Vorschlag der Antragsberatungskommission zu H 002 ab. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit.

Ich darf an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung machen: Ich hätte mir schon gewünscht, dass wir unserer Jugend mehr zutrauen (Beifall) und hoffe, dass wir bald zu einer sehr eindeutigen Beschlusslage kommen werden in dem Sinne, in dem wir das Thema gerade diskutiert haben, übrigens auch mit tollen Argumenten. (Leichter Beifall)

Sorry! Da ist die Emotion mit mir durchgegangen. Ich bitte um Entschuldigung. (Beifall)

Ich rufe auf den Antrag H 003. Das ist ein Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses mit dem Thema Wiederaufnahme des NSU-Untersuchungsausschusses. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Ablehnung. Ich bitte die Antragsberatungskommission um Begründung.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Rüge für die Antragsberatungskommission ist angekommen. Nichtsdestotrotz möchte ich sagen, dass wir der Jugend sehr wohl sehr viel zutrauen. Aber die in dem Antrag gewählte Formulierung war unpräzise. (Lebhafter Beifall)

Der Antrag H 003 hat zum Thema die Wiederaufnahme des NSU-Untersuchungsausschusses. Auch hier handelt es sich um einen Antrag des Bundesjugendausschusses.

Der NSU-Untersuchungsausschuss unter der Leitung von Sebastian Edathy hat aus unserer Sicht eine sehr gründliche und gute Arbeit geleistet. Der Abschlussbericht umfasst insgesamt 1.400 Seiten. Es tut mir sehr leid, dass ich kaum jemanden kenne, der sich ernsthaft mit diesen 1.400 Seiten auseinandergesetzt hat. Es gibt aber auch über 180 Seiten ganz konkrete Empfehlungen. Wir würden uns freuen, wenn die tatsächlich auch rasch umgesetzt werden würden.

Wir versprechen uns in der Antragsberatungskommission von einem neuen NSU-Untersuchungsausschuss, der diesen Prozess der Umsetzung aufhalten würde, eigentlich nichts Neues und empfehlen deshalb, diesen Antrag abzulehnen und eher auf die Umsetzung der Ergebnisse zu drängen.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke Ernst. Es liegen mir zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat das Wort Jan Gottke von der IG Metall, Teilnehmernummer 199.

Jan Gottke

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin 26 Jahre alt und bin im Vertrauenskörper bei der Siemens AG aktiv sowie im Arbeitskreis Antirassismus bei der IG-Metall-Jugend. (Beifall)

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages bewertet die Tatsache, dass die Taten des NSU weder verhindert noch die Täter ermittelt werden konnten, als eine beschämende Niederlage der deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden. So heißt es auch in unserem Antrag H 001. Gleichzeitig stellt er fest, dass es keine Anhaltspunkte für eine Beteiligung oder Billigung seitens irgendeiner Behörde gibt. Der letzte Satz, liebe Kolleginnen und Kollegen, liest sich wie ein Schlag ins Gesicht der Opfer und deren Angehörigen.

Ich gehe davon aus, dass Ihr alle die Berichterstattung rund um den NSU-Komplex in den Medien aufmerksam verfolgt habt. Aus diesen wurde bekannt, dass wichtige Akten zurückgehalten und sogar unmittelbar nach Bekanntwerden der rechten Terrorzelle Akten vernichtet wurden. Weiterhin wurden wichtige Zeugenaussagen vom Innenministerium untersagt beziehungsweise verhindert. Die Frage ist doch: Was steckt dahinter? Diese Fragestellung greift der Antrag H 003 auf.

Es geht auch nicht darum, dass die Angehörigen der Opfer nochmals verhört werden sollten. Es geht auch nicht darum, dass die Empfehlungen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss noch nicht umgesetzt werden sollten, sondern es geht darum, dass der NSU-Komplex komplett aufgearbeitet werden muss. Und dazu gehört auch dieses Thema.

Die Politik sagt dazu, sie wolle keinen neuen Untersuchungsausschuss. Aber das ist kein Argument. Ich will das schon.

Es ist wichtig, dass wir darauf hinweisen: Dieses Thema ist in seiner Gänze weder aufgeklärt noch aufgearbeitet, und es ist schon gar nicht abgeschlossen.

Aber auch bei uns gibt es noch Bedarf zur Aufarbeitung. Nach Bekanntwerden der Existenz des NSU und deren Taten verfiel die Zivilgesellschaft in eine Art Schockstarre. Wurde die Gefahr bewaffneter Nazi-Gruppen nicht ernst genommen? Hätte dies früher erkannt werden können? Ja, das hätte es.

Im Mai 2006 demonstrierten in Kassel mehr als 3.000 Menschen, vor allem deutsch-türkische Familien, Angehörige, Freundinnen und Freunde von Halit Yozgat, dem neunten Opfer der rassistischen Mordserie, unter dem Motto „Kein 10. Opfer – Stoppt die Mörder!“ Zwei Monate später fand ein Schweigemarsch in Dortmund statt. Warum wurden diese Leute nicht gehört? Dieser Frage müssen auch wir uns stellen, um zur Aufarbeitung beizutragen.

Mindestens dies sind wir den Angehörigen und Opfern schuldig. Mir ist bewusst, dass der Antrag H 003 inhaltlich nicht ganz schlüssig ist und Widersprüche zu finden sind. Zum Beispiel befassen wir uns in der Begründung zum Antrag H 001 mit weniger Überwachung, und unterschwellig fordern wir in H 003 mehr Überwachung für Nazis. Das müsste vielleicht einmal differenziert diskutiert werden. (Vereinzelt Beifall) Danke, Oliver.

Eine andere Frage gibt es auch noch. Auch ich habe den Begriff der „Aufklärung“ benutzt. Er wird beim NSU-Komplex häufig benutzt. Da muss alles „aufgeklärt“ werden. Die Frage ist dann nur: Was heißt das eigentlich? Ab wann ist etwas komplett aufgeklärt und ab wann ist die lückenlose Aufklärung beendet? Es gibt noch offene Fragen, die die Angehörigen im NSU-Prozess in München formuliert haben. Diese sollten vielleicht noch geklärt werden. Vielleicht ist dann eine komplette Aufklärung erfolgt. Vielleicht liefert die GdP eine Definition dazu. Eure Meinung dazu interessiert mich sehr stark, muss ich dazu sagen. Nichtsdestotrotz finde ich, dass die Fragen aus diesem Antrag doch sehr wichtig sind. Mein Vorschlag wäre hier, dass die Antragsberatungskommission ihre Empfehlung auf Annahme als Material zu H 001 ändert. – Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Jan. – Ihm folgt Stefan Dietl, ver.di. Stefan, Du hast das Wort.

Stefan Dietl

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr kennt mich noch. Ich brauche mich nicht noch einmal vorzustellen. Ich heiße immer noch Stefan Dietl und komme aus Bayern. Zunächst einmal möchte ich mich den Ausführungen meines Vorredners von der IG Metall anschließen. Ich würde auch überlegen, was es bedeutet, wenn man diesen Antrag ablehnt, was für eine Wirkung das hätte, und ob es nicht vielleicht klüger wäre, das entweder als Material zu H 001 oder zur Weiterleitung an den Bundesvorstand zu bescheiden.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt in die Diskussion einbringen. Derzeit findet in Bayern, genauer gesagt, in München, der NSU-Prozess statt. Fünf der Opfer des NSU wurden in Bayern ermordet. Oftmals wird dieser Prozess auch als Begründung dafür verwendet, die Einrichtung eines weiteren Untersuchungsausschusses abzulehnen. Wenn man viele Politiker fragt und auch in den Medien wird oftmals als Begründung verwendet: Es gibt ja jetzt einen NSU-Prozess, und da wird dann Aufklärung passieren. – Wer sich ein bisschen näher mit diesem Prozess beschäftigt hat, weiß, dass dem nicht so ist. Gerade die Aufklärung über die Hintergründe der Morde oder die Verstrickung staatlicher Behörden geschieht durch das Verhalten des Gerichts und auch der Bundesanwaltschaft im Moment nicht. Anträge der Nebenklage zu weiteren Unterstützern des NSU und zur Verwicklung staatlicher Stellen werden regelmäßig abgewiesen. Nebenklagevertretern, die die Rolle staatlicher Behörden thematisieren wollen, wird von Gericht und Bundesanwaltschaft vorgeworfen, den Prozess zu verschleppen.

Ich möchte auf eines hinweisen. Angela Merkel kündigte bei der zentralen Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU-Terrors an, alles zu tun, um die Morde aufzuklären und alle Täter ihrer Strafe zuzuführen. Im Februar 2014 – das ist noch nicht so lange her – stellten die Familien der NSU-Opfer gemeinsam fest: „Noch immer gibt es auf unsere zentralen Fragen keine Antworten. Erstens. Wer war noch im Netzwerk des NSU aktiv? Welche Beziehungen gab es ins Ausland? Wer half vor Ort? Wie finanzierte sich der NSU? Half ihnen staatliches Geld bei der Planung und Durchführung seiner Taten? Wie viel wussten die Geheimdienste? Haben die V-Männer oder ihre V-Mann-Führer die Taten gefördert, ermöglicht oder gedeckt? Warum wurden am 11. November 2011 die Akten von V-Leuten geschreddert?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antworten auf diese Fragen finden sich nicht im Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses, oder ich habe sie überlesen. Auch der Prozess brachte bisher keine Aufklärung. Ich finde, solange die berechtigten Fragen der Angehörigen nicht geklärt sind, können wir diesen Antrag nicht ablehnen. Wir dürfen Angela Merkel und auch der Bundesregierung keine Ruhe lassen, bis das Versprechen nach Aufklärung eingelöst ist. Dazu müssen wir zum einen auf die Straße gehen, dafür müssen wir Druck aufbauen, und dafür müssen wir uns aber für eine weitere Aufklärung im Parlament einsetzen.

Liebe Antragsberatungskommission, ich weiß, in diesem Antrag – der Kollege hat es vorhin schon gesagt – sind vielleicht nicht alle Formulierungen so, wie sie vielleicht hätten sein sollen. Das teile ich. Ich würde vorschlagen, diesen Antrag an den

Bundesvorstand weiterzuleiten. Wir haben bei den Anträgen zur Militarisierung gehört, dass wir uns vertrauensvoll darauf verlassen können, dass Sachen angeschaut werden, dass wir ihm das Vertrauen ausgesprochen haben. Das tue ich in diesem Fall auch und schließe mich dem an. Deswegen würde ich vorschlagen, es an den Bundesvorstand zu geben, der dann darüber entscheidet, inwieweit man hier weiter Druck für einen weiteren Untersuchungsausschuss ausübt. Das wäre mein Vorschlag. – Danke. (Vereinzelt Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Stefan. - Es folgt Jürgen Hohmann von ver.di, Teilnahmenummer 324.

Jürgen Hohmann

Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, alle Demokraten und alle, die hier im Saal sind, schämen sich für das, was in den letzten Jahren durch den NSU und Rechtsextremismus hier in diesem Land passiert ist. Sie schämen sich, dass es möglich ist, dass sich trotz Polizei und trotz Geheimdiensten über viele Jahre eine solche Zelle bilden kann und an vielen Stellen der Republik Menschen umbringt. Ich glaube, das ist unter uns breit diskutiert. Wir schämen uns dafür.

Ich glaube, dass sich trotzdem der Bundestag die Mühe gemacht hat, sich sehr ausführlich und auch im Konflikt mit den Organen der Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Das ist, glaube ich, in vielen Berichten des Untersuchungsausschusses des Bundestages deutlich geworden. Den Antrag, der hier sagt, dass das gleiche Gremium sozusagen mit den gleichen Mitteln ausgestattet zu anderen Ergebnissen kommt, halte ich allerdings für nicht zielführend. Natürlich kann man die Vermutung haben – das ist auch meine Vermutung –, dass hier Akten absichtlich, vorsätzlich geschreddert worden sind, um etwas zu vertuschen. Natürlich sind an vielen Stellen die entscheidenden Informationen möglicherweise vom Verfassungsschutz oder von Geheimdienstlern nicht in diesen Ausschuss gekommen. Wer erwartet denn, dass uns das - möglicherweise von uns gewollt und unterstützt - in einem neuen Ausschuss von den gleichen Organen bereitwillig unterbreitet wird? Wer von uns in diesem Saal erwartet das? Ich erwarte es nicht. Ich glaube, dass der Bundestag und sein Untersuchungsausschuss mit den Mitteln, die er hat, das weitestgehend Mögliche gemacht hat, Kolleginnen und Kollegen. Jetzt zu erwarten, dass das gleiche Gremium zu besseren Ergebnissen kommt, das muss doch begründet werden. Ich sehe diese Möglichkeiten nicht. Das Ziel dieses Antrags ist, den Bundestag aufzufordern, das in einem Untersuchungsausschuss zu machen. Ich glaube, dazu hat er keine neuen Informationen und keine Mittel. Deswegen geht dieser Antrag fehl.

Ich glaube, dass es notwendig ist, darüber in der Öffentlichkeit zu diskutieren, dass es Konsequenzen geben muss, uns in vielen Aktionen mit Rechtsextremismus, auch mit rechtsextremen Einstellungen zum Beispiel in Betrieben, in Belegschaften auseinanderzusetzen. Ja, wir müssen viele Konsequenzen ziehen. Aber ich glaube nicht, dass es dazu im Moment hilfreich ist, einen neuen Untersuchungsausschuss im Bundestag dazu aufzufordern. Das ist das einzige Anliegen. Deswegen meine ich, dass dieser Antrag fehlgeht und ich der Empfehlung im Prinzip zustimmen müsste. Besser wäre es noch, wenn dieser Antrag zurückgezogen wird. – Danke schön (Vereinzelt Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Oliver Malchow. Oliver, Du hast das Wort.

Oliver Malchow

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor zwei Tagen zum Thema ziviler Ungehorsam hier gesprochen habe, fiel mir das bei weitem nicht so schwer, wie das bei diesem Thema der Fall ist. Ich habe mir auch nicht umsonst mein dunkles Jackett angezogen.

Ich bin in meinem anderen Leben über zehn Jahre bis Mai letzten Jahres Leiter einer Kriminalpolizei im Landkreis Ostholstein – das ist die Ostseeküste hoch – gewesen. Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass auf der Insel Fehmarn die drei Mörder, also die Angehörigen der Gruppe NSU, über viele Jahre ihren Urlaub verbracht haben. Ich bin, als dann die Ermittlungen so weit waren, als uns mitgeteilt wurde, dass sie dort über viele Jahre ihren Urlaub verbracht haben, aufgefordert worden, eine Stellungnahme dazu abzugeben, warum es mir nicht möglich war als Leiter der Kriminalpolizei, dieses festzustellen.

Die Antwort ist vielleicht in diesem Fall banal und traurig wegen der Folgen, aber sie ist Realität: Menschen, die in Schleswig-Holstein Urlaub machen, werden von der schleswig-holsteinischen Polizei nicht beobachtet. Sie werden nicht verfolgt, und man spioniert ihnen nicht nach. Ich möchte, dass diese Aussagen wahrgenommen werden unter dem, was ich am Anfang gesagt habe, dass es mir schwerfällt, überhaupt zu diesem Thema zu sprechen. Das fällt nicht nur mir schwer, sondern auch meinen Kolleginnen und Kollegen, die, seit die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses da sind, an ganz vielen Stellen geschwiegen haben. Sie haben geschwiegen, obwohl es Vorwürfe gegen sie gab, weil sie in dem Moment, in dem sie

sich geäußert hätten, den einen oder anderen der Hinterbliebenen der zehn Opfer möglicherweise erneut zu Opfern gemacht hätten. Deswegen haben wir als Gewerkschaft der Polizei nichts dazu gesagt. Wir könnten zu manchen Ermittlungsergebnissen, die nicht zu den Tätern geführt haben, aber die im Rahmen der Ermittlungen zu Straftaten, auch zu gravierenden Straftaten geführt haben, einiges sagen. Aber das spielt an dieser Stelle keine Rolle.

Es geht mir mit meinen Ausführungen nicht um die Frage, ob wir einen erneuten Untersuchungsausschuss benötigen oder nicht. Es geht bei mir um die Frage: Was drückt der Antragsteller aus, was ist seine Motivlage für das Thema eines erneuten Untersuchungsausschusses? Wir haben hier ja einige Beiträge gehört. Es geht um die Frage, ob es in staatlichen Stellen – ich würde mal sagen, damit werden wohl Polizei, Verfassungs- und Staatsschutz gemeint sein – institutionellen Rassismus gibt, vielleicht das Mitmachen, das Mitfinanzieren von Zellen.

Wenn sich drei Menschen in Deutschland über mehrere Jahre auf den Weg gemacht haben, Menschen zu ermorden – übrigens, ein Opfer ist unsere Kollegin, eine Polizeibeamtin; auch diese ist ermordet worden -, wenn drei Leute hier in Deutschland konspirativ agieren, nicht über das Internet kommunizieren, sich nicht zu Taten bekennen, nichts sagen, sondern Taten begehen, dann haben es Ermittlungen und die, die sie leiten, äußerst schwer, weil es für viele Dinge dann keine Anhaltspunkte gibt.

In meiner Funktion als Leiter einer Kriminalpolizei war ich selber dabei, als die Verantwortlichen der Sonderkommission in Schleswig-Holstein – das haben sie in jedem Bundesland gemacht – alle Leiter von Kriminalpolizeien zusammengerufen haben, um ihren Ermittlungsstand darzustellen und zu sagen: Wir wissen nicht weiter, wir wissen nicht, in welche Richtung wir noch ermitteln sollen, wir haben keine Anhaltspunkte dafür, in welche Richtung wir weiter schauen müssen. Kann es sein, dass ihr durch das, was wir euch hier als Ermittlungsergebnisse präsentieren, vielleicht den einen oder anderen Hinweis habt, sodass wir weiterkommen?

Wir reden hier über Leute, die in der Phase der Ermittlungen nichts von Arbeitsschutz und Arbeitszeiten kennen, die nichts von Einheit von Beruf und Familie kannten, die nächtelang nicht schlafen konnten, obwohl sie zwei oder drei Stunden Zeit hatten, weil sie sich auf den Weg gemacht haben, um Mörder in Deutschland dingfest zu machen. Das ist das Leben der Polizei. Es ist nicht das Leben der Polizei, systematisch bestimmte politisch motivierte Straftaten zu verdecken oder finanziell zu unterstützen oder andere Kollegen auf den Irrweg zu bringen. Diese Kollegen sind mit den Berichten und solchen Unterstellungen das zweite Mal brüskiert und verletzt worden. Diese haben sich Mühe gegeben, um Straftäter schlimmster Art zu ermitteln. Sie haben tage-, wochen-, monatelang Überstunden geschoben, die sie in ihrem gesamten Berufsleben nicht abbauen werden, weil sie sie nicht bezahlt kriegen und so viele Stunden haben, dass sie sie nicht weg kriegen. Das machen sie, weil sie ein Berufsethos haben und sagen: Wir müssen da handeln. Polizisten in Mordkommissionen ist es völlig egal, ob das ein Mann, eine Frau, jemand mit Migrationshintergrund, groß, klein oder sonstwas ist. Es geht um die Aufklärung von Taten.

Ich bitte Euch darum, das bei Eurer Bewertung zu berücksichtigen. Wir zeichnen sonst ein falsches Bild. Der Untersuchungsausschuss hat einiges dargestellt, was schiefgelaufen ist. Wir haben uns als Gewerkschaft der Polizei dazu bekannt und haben gesagt: Gemeinsam müssen wir da hingucken, das ist eine Schande für uns als Apparat. Wir haben deutlich unsere Grenzen aufgezeigt bekommen. Aber – das verzeiht mir als Letztes hier sagen zu dürfen – Polizei darf sich nur in dem ihr zugewiesenen Recht aufhalten. Ich hatte nie das Recht, Touristen, die in Schleswig-Holstein Urlaub gemacht haben, zu überprüfen, und das will ich auch nicht haben. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Herzlichen Dank, Oliver. – Ich frage die Antragsberatungskommission – es gab ja den Appell, ob eventuell der Antrag als Material dem ersten Antrag zugeordnet werden kann -, habt Ihr das intern beraten, ändert Ihr Eure Empfehlung oder bleibt Ihr bei Eurer Empfehlung?

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir hatten Sebastian Edathy zum DGB-Bundesvorstand eingeladen und waren tief beeindruckt davon, was Sebastian dort alles mit seinem Untersuchungsausschuss ermittelt hat. Wir beklagen als GdP, dass Informationsveranstaltungen zu den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses mäßig besucht werden, um es mal so zu sagen. (Beifall)

Das, was als gesellschaftliche Aufarbeitung hier formuliert worden ist, unterstützen wir wirklich zu 100 Prozent. Aber der Antrag lautet: Einsetzung eines neuen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Ich glaube nicht, dass sich das in Form einer Empfehlung an den Bundesvorstand oder sonst etwas erledigen lässt, sondern diesen Antrag, einen neuen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, halten wir für falsch. Deshalb plädieren wir für Ablehnung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb entscheiden wir jetzt über die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung zustimmen können, um ihr Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war ganz eindeutig die Mehrheit.

Damit kommen wir zum nächsten und letzten Antrag dieses Komplexes, nämlich dem Antrag H 004, eingereicht vom DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg. Es geht um die Extremismusklausel. Da hat die Antragsberatungskommission Annahme in geänderter Fassung empfohlen. - Ernst, Du hast das Wort.

Ernst Scharbach, Sprecher der Antragsberatungskommission

H 004 hat sich, glaube ich, auch dadurch, dass wir eine neue Bundesregierung haben, doch deutlich entschärft. Insofern schlagen wir vor, diesen neuen Text zu nehmen, der sozusagen an die aktuelle Lage anknüpft, sodass wir die Ankündigungen von Bundesministerin Schwesig und Bundesminister de Maizière begrüßen und damit den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus führen wollen.

Wir plädieren für Annahme in der vorliegenden geänderten Fassung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Ernst. - Mir liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Wir entscheiden also über die Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Annahme in der geänderten Fassung. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dem Antrag ist einstimmig zugestimmt worden.

Damit ist das Kapitel H - Rechtsextremismus - beendet. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass mir meine Bemerkung von eben sehr spontan rausgerutscht ist und sie ausdrücklich nicht als Kritik an der Antragsberatungskommission gemeint war, auch nicht als Kritik an anderen. Das ist eine spontane Gefühlsäußerung gewesen.

Ich rufe jetzt das Antragspaket V auf: Für ein soziales Europa - für eine gerechte Globalisierung; Handelspolitik sozial, ökologisch und gerecht gestalten. Dafür zuständig in der Antragsberatungskommission ist Sylvia Böhler. - Sylvia, Du hast das Wort.

Sylvia Böhler, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Danke schön, Claudia. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Sachgebiet befasst sich mit der Handelspolitik. Handelspolitik muss sozial, ökologisch und gerecht gestaltet sein. Es reicht nicht, Zölle und sogenannte Handelshemmnisse zu beseitigen. Wir fordern einen Kurswechsel in der EU-Handelspolitik.

Deregulierung und Liberalisierung haben den allgemeinen Wohlstand nicht gesteigert. Die einseitige Marktliberalisierung hat den Unterbietungswettbewerb und die Verletzung von Arbeitsstandards gefördert und den Druck zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen erhöht.

Die EU-Handelspolitik muss an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet sein. Elementare Bestandteile sind die Durchsetzung der wichtigsten Arbeitsnormen der ILO, die Achtung der Menschenrechte sowie die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards.

Insgesamt haben wir diesem Sachgebiet sieben Anträge zugeordnet. Während der Leitantrag des DGB-Bundesvorstands die Handelspolitik unter einem generellen Blickwinkel bewertet, fokussieren die Anträge V 002 bis V 005 auf das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, das gegenwärtig verhandelt wird.

Auch der Initiativantrag des Bundesvorstands positioniert sich zu TTIP und den aktuellen Entwicklungen in diesen Verhandlungen.

Ich möchte Euch einen Hinweis geben. Nach meiner Information liegt Euch eine Übersicht vor, in der zu den Anträgen V 002 bis V 005 steht: „erledigt bei Annahme des Antrags V 001“. Das ist überholt. Das galt in der Phase, als der Initiativantrag noch nicht vorlag. Ich bitte Euch, das im Blick zu haben, wenn wir die Anträge durchgehen. Eigentlich soll dort stehen - vielleicht könnt Ihr das handschriftlich notieren -: erledigt bei Annahme des Antrags I 001. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, was gleich unsere Empfehlung sein wird.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Wir haben dann die Ausgangsbasis, dass der Antrag V 001 zur Annahme empfohlen wird, der Antrag I 001 ebenfalls.

Sylvia Böhler, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Jawohl, das ist unsere Empfehlung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

In diesem Zusammenhang wäre der Antrag Ä 005 abgelehnt. Die vier anderen Anträge wären erledigt.

Sylvia Böhler, Sprecherin der Antragsberatungskommission

So ist unsere Empfehlung, ja.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich rufe den Antragskomplex auf. Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Als Erste spricht Marlis Tepe von der Gewerkschaft GEW, Teilnehmernummer 82, als Antragstellerin des Antrags Ä 005. - Marlis, Du hast das Wort.

Marlis Tepe

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema TTIP hat sich durch den ganzen Bundeskongress gezogen. Bei Michael ist es zum Ausdruck gekommen, auch bei Reiner. Wir haben unsere Position zu TTIP in den letzten Monaten geschärft. Deswegen liegt Euch dieser Initiativantrag vor.

Meine Gewerkschaft, die GEW, hat mich und die GEW-Delegierten aufgefordert, hier für „beenden“ zu plädieren, weil wir einfach nicht glauben können, dass die Vorstellungen, die wir mit diesem Handelsabkommen oder auch überhaupt mit Handelsabkommen verbinden, in die Tat umgesetzt werden können. Deshalb haben wir gesagt: beenden.

Jetzt aber wollen wir trotzdem der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen. Ich will unseren Antrag nicht zurückziehen. Ich will, dass er sozusagen abgelehnt wird, weil wir gern wollen, dass sehr deutlich wird: Aufgrund dieser Befürchtungen müssen die TTIP-Verhandlungen ausgesetzt werden und eine andere Zielsetzung bekommen. Die Aussetzung soll dazu genutzt werden, einen transparenten Verhandlungsauftrag der Europäischen Union neu zu bestimmen und damit einen grundsätzlich neuen Ansatz in der globalen Handelspolitik zu etablieren.

Das würden wir gern versuchen, weil ja von diesem Bundeskongress die Botschaft ausgehen soll: Wir wollen aktiv in die Politik eingreifen. Aber wenn das nicht gelingt, müssen wir es beenden. Wir wollen kein TTIP, wie es jetzt ist. (Beifall)

Ich bitte Euch also, in Bezug auf unseren Antrag der Antragsberatungskommission zu folgen. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Marlis. - Es folgt Olaf Harms. - Olaf, Du hast das Wort.

Olaf Harms

Vielen Dank. - Liebe Marlis, Du hast mich eben erschreckt. Ich hatte schon befürchtet, dass Du sagst: Wir ziehen den Antrag zurück.

Ich begrüße zunächst einmal sehr die Initiative des DGB-Bundesvorstands, die schon weiter gehend ist, indem sie sagt: aussetzen. Ich glaube aber, wir könnten mutiger sein. Ich finde den Ansatz wichtig: Wir müssen nicht aussetzen, sondern beenden.

Ich glaube, es wird keine andere und verbesserte Ausgangslage geben. Ich will das, obwohl dazu schon vieles gesagt wurde, mit zwei, drei Argumenten begründen.

Es geht mir nicht darum, dass die Verhandlungen über TTIP geheim und bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit liefen. Wir wissen heute noch nicht einmal, welcher Stand inzwischen erreicht wurde.

Es soll auch nicht nur um den Investitionsschutz gehen einschließlich Investor-Staat-Schiedsverfahren, die verbindlich sind und aus meiner Sicht außerhalb gesetzlicher Regelungen. Auch dazu ist schon viel gesagt worden, auch sehr viel Kritisches. Ich will den Fokus noch auf ein, zwei andere Aspekte richten. In den Leitlinien des Europäischen Rats vom 17. Juni 2013 für die Verhandlungen über das TTIP ist ein Punkt: öffentliches Beschaffungswesen einschließlich insbesondere öffentlicher Bauaufträge. Es heißt dazu: „Mit dem Abkommen wird das Ziel verfolgt werden, einen verbesserten beiderseitigen Zugang zu

den Beschaffungsmärkten auf allen Verwaltungsebenen (national, regional und lokal) und im Versorgungsbereich vorzunehmen.“

Daraus können aus meiner Sicht Risiken entstehen. Insbesondere die Kommunen laufen Gefahr, ihre Handlungs- und Steuermöglichkeiten, so gering sie denn auch zum Teil sind, zu verlieren, wenn sie keinen Einfluss mehr haben zum Beispiel auf die lokale oder regionale Wirtschaft. Aus meiner Sicht bedeutet dieses TTIP mit den Ansätzen und Leitlinien, die dort formuliert sind, in der Tat letztendlich eine Entdemokratisierung in den Kommunen, aber auch in den regionalen Landesparlamenten.

Wenn mit „Versorgungsbereich“ Energie, Wohnungsbau, Bildung, Krankenhäuser et cetera gemeint sind, dann droht aus meiner Sicht eine Privatisierungswelle von öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen ungeahnten Ausmaßes. Dann wird auch unsere Forderung zum Beispiel einer gesetzlichen Personalbemessung im Gesundheitsbereich, die wir hier beschlossen haben, schon nicht mehr realisiert werden können, weil im Zuge der Verhandlungen aus meiner Sicht TTIP auch bereits auf solche Schutzmaßnahmen fällt.

Darüber hinaus soll, so im Kapitel „Handel und Wettbewerb“ der Leitlinien, das Abkommen auch regeln, wie zum Beispiel mit staatlichen Beihilfen, mit staatlichen Unternehmen umzugehen ist. Hier besteht die Gefahr, dass über TTIP erneut zum Beispiel das VW-Gesetz oder Port Package - etwas für die Häfen, mit dem versucht wurde, massiv zu liberalisieren - angegangen werden, also eben nicht entsprechende Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen verfolgt werden. Diese Punkte würden meines Erachtens schon ausreichen, um einen Stopp, eine Beendigung der Verhandlungen zu fordern.

Darüber hinaus gibt es aus meiner Sicht aber auch sehr Grundsätzliches. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Grundsatzreferat von Dir, Reiner, hat mich an einigen Stellen ganz besonders beeindruckt. Ich zitiere zwei Stellen: „In einer neuen Ordnung der Arbeit und für ein modernes Leitbild von guter Arbeit und gutem Leben muss der Mensch und nicht der Markt in den Mittelpunkt gestellt werden.“ „Internationale Arbeitsstandards sind ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen und unlauteren Wettbewerb zu verhindern.“ Zu diesen Standards zählen aus meiner Sicht als Erstes die Kernnormen der ILO. Ich glaube, wir müssen konstatieren, dass die USA die meisten dieser Kernnormen nicht ratifiziert haben, so zum Beispiel nicht das Recht auf Koalitionsfreiheit. Darüber haben wir im Übrigen hier auch sehr heftig gesprochen und diskutiert. Das gilt auch für das Recht auf kollektive Tarifverträge. Auch darüber haben wir hier diskutiert und dazu Beschlüsse gefasst. Dann wäre es also nicht möglich, sich in Gewerkschaften zu organisieren und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen, ganz zu schweigen von einem Recht auf Streik, über das wir hier ebenfalls diskutiert haben.

Ebenfalls nicht ratifiziert wurden zum Beispiel der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das Mindesteintrittsalter für den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis oder das Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt wegen Herkunft, Geschlecht oder politischer Meinung. Das Nichtanerkennen dieser Normen - und damit gelten sie eben nicht für US-Unternehmen, und zwar überall auf der Welt nicht - führt dann zu einem Ungleichgewicht im ach so freien Handel und Wettbewerb und geht letztlich zulasten der Beschäftigung. Lohndumping findet seine Grundlage eben in der Nichtanerkennung dieser Normen.

Sigmar Gabriel hat zum Ausdruck gebracht, dass er kein Verständnis dafür hat, mit der größten Handels- und Wirtschaftsmacht noch nicht einmal den Versuch des Verhandeln zu wagen. Aber wenn wir das ernst nehmen, was Reiner Hoffmann zu internationalen Arbeitsstandards gesagt hat, dann kann doch die Eingangsvoraussetzung für Verhandlungen mit den USA nur sein, dass diese zunächst die Kernnormen der ILO ratifizieren. Das kann aus meiner Sicht nur die Basis für Verhandlungen auf Augenhöhe sein. (Beifall)

Damit würden wir im Übrigen auch unseren Kolleginnen und Kollegen in den USA und überall dort, wo US-Konzerne Niederlassungen haben, den Rücken stärken für ihren Kampf um gute Arbeit, um Tarifverträge, letztlich für ein gutes Leben. Und wir würden unserem Antrag U 001 - Eine gerechte Globalisierung braucht starke Gewerkschaften -, in dem wir nämlich genau das fordern, die Koalitionsrechte für Gewerkschaften überall, tatsächlich wesentlich mehr Gewicht verleihen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Euch, und da folge ich jetzt nicht Deiner Empfehlung Marlis, auch als Antragsteller: Stimmt gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Stimmt für die Ergänzung mit der Forderung nach Beendigung und dann letztlich für einen so geänderten Initiativantrag des Bundesvorstandes. - Vielen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Olaf. - Es folgt Regine Möbius von ver.di, Teilnehmernummer 372.

Regine Möbius

Regine Möbius, Kunst- und Kulturbeauftragte in ver.di. - Kolleginnen und Kollegen! Gern möchte ich auf zwei der grundlegenden Bedenken hinweisen, die uns im Rahmen der Verhandlungen zu TTIP beschäftigt haben und noch beschäftigen. Besonders in der Kritik steht das geplante Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren, ein bisschen ein Zungenbrecher, das im Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA verankert werden soll. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die Grundfesten der Demokratie in Frage gestellt sind, wenn künftig Staaten für ihre politischen Vorhaben von Unternehmen verklagt werden können. Welche Regierung wird dann noch wagen, bestimmte politische Maßnahmen zu ergreifen? Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wir erinnern daran, dass auch Simone Peter und Sigmar Gabriel in ihren Grußworten bereits darauf hingewiesen haben.

Ein weiterer Bereich, der uns als Künstlerinnen, Künstler und in der Kultur Arbeitende existenziell beschäftigt, ist die dringend notwendige vollständige Bereichsausnahme für den Kultursektor. Ohne hier auf alle Kultur- und Medienbereiche des Abkommens eingehen zu können, möchte ich mit aller Dringlichkeit für Ausnahmeregelungen werben. Gelingen sie nicht, sind beispielsweise die mühsam erstrittenen Vergütungsregeln im Urheberrecht in Gefahr, ebenso die Buchpreisbindung und damit eine vielschichtige Verlags- und Buchhandelslandschaft, die unterschiedlichen Formen der Kulturförderung, die öffentlich finanzierte Kulturlandschaft, bestehend aus Museen, Theatern, Orchestern und Bibliotheken. Es geht auch um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, um privaten Rundfunk, um die Musikwirtschaft sowie um den wachsenden Markt der E-Books.

Diskutiert wird, sogenannte Negativlisten zu formulieren, in denen festgelegt wird, welche Sektoren vom Abkommen nicht erfasst werden können. Aber weder Negativlisten noch Positivlisten weisen in die Zukunft. Das Vertragswerk, so es nicht ausgesetzt wird, muss die Unesco-Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt in Europa verankern. Kolleginnen und Kollegen, setzen wir uns dafür ein, dass die Unesco-Konvention, die bindendes Völkerrecht ist, dem Abkommen zugrunde gelegt werden wird. - Ich danke Euch. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Reiner, Du hast das Wort.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns in der Kritik an den bisherigen Verhandlungen mehr als einig und wir sind uns auch einig, was die Anforderungen betrifft, die wir an ein solches Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten stellen. Ich habe in den letzten Wochen sehr intensive Gespräche geführt mit vielen Kolleginnen und Kollegen in der Politik, auch mit dem Handelskommissar De Gucht. Ich habe ihm immer wieder klar gemacht: Gerade die Europäische Kommission muss die Gelegenheit nutzen und deutlich machen, dass es hier nicht lediglich um freien Handel geht, sondern dass wir fairen Handel wollen und den Handel auch sozial gestalten müssen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland und hier insbesondere Sigmar Gabriel in vielen Punkten mit uns völlig einer Meinung ist.

Es darf und kann kein Investitionsschutzabkommen geben. (Vereinzelt Beifall) Dies gibt es im Übrigen auch gegenwärtig nicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Es kann ja nicht sein, dass mit einem Investitionsschutzabkommen die demokratischen Rechte von Regierungen, Arbeits- und Lebensverhältnisse zu gestalten, in den Hintergrund vor dem Schutz von Investoren gestellt werden. Es kann nicht sein - auch das ist angesprochen worden -, dass es hier zu weiteren Liberalisierungen von öffentlicher Daseinsvorsorge kommt. Hier brauchen wir klare und transparente Bedingungen und keine Negativlisten. Auch da sind wir uns völlig einig.

Ich habe in der letzten Woche - ich werde das nächste Woche fortsetzen - mit Kolleginnen und Kollegen des amerikanischen Dachverbandes, dem AFL-CIO, gesprochen. Auch wir sind uns einig: Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation müssen anerkannt werden. Wir sind aber mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund, mit dem AFL-CIO selbstbewusst genug, auf diese Verhandlungen so Einfluss zu nehmen, dass sie wirklich einen Beitrag zum fairen Handel in Zukunft leisten und stellen werden. Wenn nicht, dann sind wir dagegen. Ich unterstütze Sigmar Gabriel ausdrücklich, dass dieses Abkommen auch von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Handelsabkommen, das wir nicht akzeptieren, wogegen wir uns wehren, 28 nationale Parlamente oder das zukünftige Europäische Parlament passieren wird.

Ich erinnere nur an den Erfolg, den wir in unserer Auseinandersetzung mit der Dienstleistungsrichtlinie gehabt haben, wo wir es auch geschafft haben, auf die Verhandlungen bis zum Schluss Einfluss zu nehmen, damit diese Richtlinie auf die richtige Spur gesetzt wurde.

Deshalb werden wir alles daransetzen, dass die Verhandlungen ausgesetzt werden sollen und dass wir uns dann gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund, mit dem AFL-CIO dafür einsetzen, dass unsere Ziele verwirklicht werden. Das wird in dem Initiativantrag, glaube ich, präzise beschrieben. Da sollten wir uns auf den Weg machen. Wir haben nächste Woche, wenn der Internationale Gewerkschaftsbund hier in dieser schönen Garage tagt, Gelegenheit, mit unseren europäischen Partnern und mit dem AFL-CIO weiter darüber zu diskutieren. Das ist im Übrigen der gleiche Zeitraum, wo nächste Woche die fünfte Verhandlungsrunde in Arlington, einem Vorort von Washington, stattfinden wird. Auch da werden wir, glaube ich, klare Signale aussenden.

Deshalb: Unterstützt den Antrag, unterstützt die Empfehlung der Antragsberatungskommission! - Vielen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Reiner. - Ich gebe der Antragsberatungskommission noch mal das Wort. Sylvia.

Sylvia Bühler, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir bleiben bei unserer Empfehlung.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ihr habt Sylvia gehört. Wir stimmen jetzt über die Anträge ab.

Wir stimmen als Erstes über den V 001 ab - da wird auf Annahme plädiert -, danach über den I 001 - da wird ebenfalls Annahme empfohlen. Bei Ä 005 wird Ablehnung empfohlen. Sollten wir den V 001 und den I 001 verabschiedet haben, sind der V 002, der Antrag V 003, der Antrag V 004 und der Antrag V 005 erledigt.

Ich rufe den Antrag V 001 auf. Empfohlen wird Annahme. Wer der Empfehlung zur Annahme zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen. (Vereinzelte Beifall)

Ich rufe den Antrag I 001 auf. Auch da wird Annahme empfohlen. Wer der Annahme folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Bitte die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das schien mir einstimmig.

Dann kommen wir zum Antrag Ä 005. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet auf Ablehnung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - 1 Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei 3 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt worden.

Damit sind die anderen Anträge erledigt, und wir sind am Schluss der Beratungen angelangt. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich sehr dafür, dass Ihr so konzentriert mitgearbeitet habt. Ich bedanke mich ausdrücklich auch für die Diskussionskultur. Die Diskussion gerade bei den Themen, die uns alle innerlich besonders mitnehmen, wo ganz viel Herzblut eine Rolle gespielt hat, hat gezeigt, dass wir in der Lage sind, auch bei unterschiedlichen Anliegen respektvoll miteinander umzugehen. Das gibt Kraft und Zuversicht für die Zukunft.

Ich gebe jetzt Reiner das Schlusswort.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte in meinem Schlusswort zunächst Euch, allen Delegierten, ganz herzlich danken für die lebendigen Debatten und für die guten Beratungen und Beschlüsse, die wir getroffen haben. Ihr wart voll bei der Sache. Es war ein wunderbarer, ein guter, ein erfolgreicher Kongress.

Danken möchte ich natürlich auch der Antragsberatungskommission. (Beifall) Ihr habt eine super Arbeit gemacht und mit Euren Empfehlungen in die richtige Richtung gewiesen. Natürlich danke ich dem Präsidium (Beifall) für die exzellente Moderation der letzten fünf Tage.

Mein Dank gilt auch allen helfenden Händen, die im Hintergrund hier, in der schönsten Garage Berlins, mitgewirkt haben, unzähligen Handwerkern für die Messe, den Kolleginnen und Kollegen der Veranstaltungsorganisation, den zahlreichen Technikern, Druckern, IT-Kolleginnen und -Kollegen, den Menschen, die am Counter dafür gesorgt haben, dass hier alles ordnungsgemäß läuft, den Kolleginnen und Kollegen, die mit der Verteilung beschäftigt waren, dem Reinigungspersonal,

den Caterern, den Wach- und Feuerwehrlern und last, but not least natürlich allen Beschäftigten des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die zum Gelingen des 20. Parlaments der Arbeit beigetragen haben. Euch allen ein herzliches Dankeschön. (Beifall) Ihr habt alle zusammen eine verdammt gute Arbeit gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf unserem 20. Parlament der Arbeit haben wir erneut bewiesen: Wir sind die gesellschaftliche Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit und ein anderes, ein soziales Europa. Unser Kerngeschäft ist die Tarifpolitik und ist die Betriebspolitik. Dabei – auch das ist deutlich geworden – geht es uns auch immer um das Gemeinwohl, um die Mitgestaltung einer sozial gerechteren Gesellschaft.

Natürlich bedeutet der Grundsatz, unser gelebtes Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht, dass wir immer einer Meinung sind. Das wäre nicht nur langweilig, sondern das widerspräche auch unserer Kultur und unserem Demokratieverständnis. Der Kongress hat gezeigt: Wir sind in einer solidarischen Streitkultur, mit Leidenschaft und Engagement für unsere gemeinsamen Ziele, mit sachlichen und fundierten Argumenten.

Besonders danken möchte ich der Jugend. (Beifall) Ihr habt uns zum Teil natürlich schon auf Trab gehalten und auch gezeigt und bewiesen, dass Ihr in der Lage seid, Eure Positionen engagiert und kompetent nach vorne zu bringen und dafür zu kämpfen. Das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Selbstlos können wir sagen: Wir sind es, die die Zukunft der Arbeit gestalten. Wir setzen uns für Gute Arbeit und für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft ein. Hungerlöhne in diesem Land darf es nicht mehr geben. Arbeit darf nicht arm machen und Arbeit darf nicht entwürdigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dazu gehört natürlich, dass wir es nicht zulassen werden, dass der Mindestlohn verwässert wird. Unsere Forderung ist und bleibt: Mindestlohn für alle. Würde kennt keine Ausnahme. (Beifall)

Wir sind auch nicht bereit, noch eine ganze Legislaturperiode durchs Land ziehen zu lassen ohne eine echte Reform der Minijobs. (Beifall)

Selbst wenn der Gesetzgeber einige unserer Forderungen nun erfüllt und auf den Gesetzgebungsweg gebracht hat, wiederhole ich: Das ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Guter Arbeit in diesem Land. (Beifall)

Wir wissen: Gute Arbeit bedeutet das Bohren dicker Bretter. Wir wollen Gute Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie und in den Dienstleistungen. Dazu brauchen wir eine Humanisierung der Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen. Ich fordere die Bundesregierung erneut auf: Legen Sie ein substantielles Humanisierungsprogramm für die Arbeit der Zukunft vor. (Beifall)

Wir haben auch deutlich gemacht: Wir brauchen eine Stärkung der Tarifautonomie. Und wir haben unter Beweis gestellt, dass wir kritisch und solidarisch miteinander diskutieren können und dass uns als Gewerkschaften die Tarifeinheit wichtig ist und einen hohen Stellenwert besitzt, damit wir Konkurrenz in den Betrieben verhindern und uns gemeinsam an die Arbeit machen, vernünftige Tarifverträge abzuschließen und uns nicht in eine Konkurrenz mit kleineren Gewerkschaften zu begeben, die am Ende des Tages Partikularinteressen vertreten.

Aber wir haben auch klar und deutlich gemacht: Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen jegliche Eingriffe in die bestehenden Regelungen ab, die das Streikrecht oder die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie beeinträchtigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und wir kämpfen für eine Bildungsrepublik. Wir werden uns deshalb nicht damit abfinden, dass 1,4 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Die Gewerkschaften werden sich nur an einer Allianz für Aus- und Weiterbildung beteiligen, wenn Bundesregierung und Arbeitgeber Ernst machen mit dem Einstieg in eine Ausbildungsgarantie. (Beifall)

Bildung ist ein Menschenrecht. Dazu gehört auch ein Rechtsanspruch auf gute Ganztags-Kitas und Ganztagschulen. Wir haben deutlich gemacht: Wir brauchen eine soziale Öffnung der Hochschulen und eine deutliche und schnelle Erhöhung des BAföGs. (Beifall) Das alles sind wichtige Forderungen, um Bildung in diesem Land nach vorne zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen (Beifall)

Wir sind selbstbewusst genug und gehen in die Offensive für mehr Mitbestimmung. Die Europäischen Betriebsräte haben uns gestern auf der Podiumsdiskussion Einblicke in ihre tägliche Arbeit gegeben und haben deutlich gemacht und gezeigt, dass ihre Rechte gestärkt werden müssen. Die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalvertretungen müssen gestärkt werden, beispielsweise wenn es darum geht, Leiharbeit und Werkverträge in den Betrieben und Verwaltungen zu gestalten. Dafür werden wir uns in den nächsten Monaten engagieren, und dafür werden wir kämpfen.

Wir sind uns einig: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, eine ordentliche öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Dienstleistungen, Geld für Bildung und für marode Infrastrukturen. Damit sichern wir auch den Industriestandort Deutschland. Industriepolitik und Dienstleistungspolitik sind kein Gegensatz, sondern das ist die sinnvolle Verzahnung, wie wir dieses Land nach vorne bringen können. (Beifall)

Wir brauchen natürlich eine solide Finanzierung öffentlicher Aufgaben und ein sozial gerechteres Steuersystem. Was die Fragen zu den aktuellen Steuerermehreinnahmen betrifft und den Abbau der kalten Progression, so habe ich Euch versprochen: Wir werden die Zeit nicht verstreichen lassen und daran arbeiten, zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Wir wissen: Wenn wir gemeinsam Positionen nach vorne bringen, dann sind wir erfolgreich. Es ist die Aufgabe, die Ihr uns mit auf den Weg gegeben habt, als DGB dafür zu sorgen, dass wir Einheit und Geschlossenheit für die gemeinsamen Sache erzielen, um unsere Anliegen nach vorne zu bringen. Dafür werden wir arbeiten, und wir werden dazu im Juni etwas vorlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch deutlich gemacht: Wir brauchen mehr und ein anderes Europa und keinen Rückfall in Nationalstaaterie und chauvinistische Ressentiments. Nazis haben in Deutschland und in Europa keinen Platz. (Beifall)

Damit Europa wieder auf den richtigen Weg kommt, brauchen wir auch in Europa Gute Arbeit und Mitbestimmung. Vor allem junge Menschen in Europa brauchen eine Perspektive. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung: Wir brauchen ein Konjunktur- und Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung.

Die Krise in Europa kann nicht mit einem rigiden Sparprogramm überwunden werden. Das haben uns die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt. Dafür streiten wir gemeinsam mit anderen Gewerkschaften in Europa und gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund. Gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Europa setzen wir uns ein für ein solidarisches und demokratisches Europa.

Am 25. Mai werden wir Gelegenheit haben, unsere Stimme zu erheben, ein klares Nein zu Lohn-, Sozial- und Steuerdumping sowie zum Demokratieabbau zu sagen. Das zukünftige Europäische Parlament hat einen klaren Auftrag, und wir haben klare Forderungen und Erwartungen. Deshalb lasst uns dafür mobilisieren. Dass ich Euch nicht motivieren muss, ist klar. Aber strengt Euch in den nächsten Tagen bis zum 25. Mai an, damit viele Menschen in diesem Land von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Für einen Gewerkschafter gehört es sich - das ist nicht nur ein Wahlrecht, das ist eine Wahlpflicht -, für ein anderes Europa, für ein Europa der Menschen und nicht für ein Europa der Märkte zu kämpfen.

Ich danke Euch ganz herzlich. Glückauf! Das 20. Parlament der Arbeit ist geschlossen. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich bitte Euch, noch kurz zu bleiben. Wir haben jetzt die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Berliner DGB-Chor „Brüder, zur Sonne, Schwestern, zur Freiheit“ – Ihr erinnert Euch an die Eröffnung – zu singen.

(Die vorwärts-Liederfreunde kommen auf die Bühne und singen das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ – der Kongress stimmt ein – die Teilnehmer reichen sich zum Abschluss die Hände – Beifall)

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ihr erinnert Euch an die Kongresseröffnung: Brüder, zur Sonne, Schwestern, zur Freiheit! – Wenn Ihr herausgeht, könnt Ihr Euch einige Sticker und Aufkleber dazu mitnehmen.

Kommt gut nach Hause! Macht erfolgreiche Arbeit! Gemeinsam sind wir stark, Kolleginnen und Kollegen! Glückauf! (Beifall)

(Ende des Kongresses: 18.23 Uhr)

•

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,
Brüder zum Lichte empor.
Hell aus dem dunklen Vergangenen
leuchtet die Zukunft hervor.

Seht wie der Zug von Millionen
endlos aus Nüchternem quillt.
Bis eurer Sehnsucht Verlangen
Himmel und Nacht überschwillt.

Brüder, in eins nun die Hände,
Brüder, das Sterben verlacht.
Ewig der Sklaverei ein Ende,
Heilig die letzte Schlacht.